

Herr Kollege Purr, ich glaube, das kann doch kein Problem sein, gerade von Herrn Landesrat Paieryl haben wir schon so viele Referate gehört, und ich glaube, diese Klemens-Studie, die er anspricht, ist sehr vernünftig, wo eben erhoben wird, wo die Steiermark spezifische Möglichkeiten für Berufe hat.

Herr Kollege Purr, wenn Ihrer Meinung nach Studien sinnlos sind, dann müssen Sie das dem Herrn Kollegen Paieryl sagen. Ich glaube, daß es sinnvoll ist. (Abg. Purr: „Das habe ich nicht gesagt!“ - Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Wie erkläre ich den jungen Mädchen, die Friseurin oder Verkäuferin werden wollen, daß das kein Zukunftsberuf ist? Das ist unser gemeinsames Problem!“) Das ist unser aller Problem, aber Probleme muß man ansprechen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Man kann nicht negieren, auf der Seite liegen lassen und so tun, als ob es sie nicht gäbe. (Abg. Purr: „Ich möchte bei Ihren Problemlösungen dabei sein. Bitte laden Sie mich ein.“)

Meine geschätzten Damen und Herren, ich glaube, es ist Aufgabe der Gesellschaft, Möglichkeiten zu schaffen, daß Frauen Beruf und Familie vereinbaren können. Und wir wissen jetzt schon, daß immer weniger Frauen bereit sind, Kinder großzuziehen, Kinder in die Welt zu setzen, und das ist ein Problem, das uns alle trifft. Denn wir als Gesellschaft werden scheitern, wenn wir dieses Problem nicht lösen können. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. - 16.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr. Und sollte sie erwartet haben, daß sie erst später zu Wort kommt, aber sie ist Hauptrednerin, dann ersuche ich die Frau Abgeordnete Keshmiri, das Wort zu ergreifen.

Abg. Keshmiri (16.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich bei der Wortmeldung von der Frau Kollegin Beutl etwas gewundert, weil sie gemeint hat, man soll die Firmen eher auf die Freiwilligkeit ansprechen, Frauen zu beschäftigen. Ich glaube, daß das in Zukunft nur beschränkt möglich sein wird. Denn wenn man die Entwicklung im Wirtschaftsbereich und im sozialpolitischen Bereich verfolgt, dann werden sich die Firmen in Zukunft nur mehr ein gewisses Stammpersonal leisten können und sich den Rest nur mehr „zukaufen“.

Wenn man sich die Steiermark anschaut, dann hat sich die Situation der Frauen auch hier im Jahr 1998 massiv verschlechtert. In sämtlichen Bereichen sind die Frauen schlechtergestellt als im Vorjahr. Und wie ernst die Landesregierung dieses Problem nimmt, das spiegelt sich in der vorliegenden Regierungsvorlage wider, denn in dieser Vorlage wird in keinem einzigen Punkt auf die neue Situation, mit der wir in der Steiermark konfrontiert sind, eingegangen. Im Gegenteil, es werden veraltete Zahlen von 1997 verwendet, um über die neuen schlechteren Tatsachen hinwegzutäuschen. Tatsache ist nämlich, daß sämtliche Förderungen vom AMS, Herr Landesrat, für frauenspezifische Projekte gestrichen wurden und daß hier in der Steiermark völlig neue Tatsachen für das Jahr 1998 bestehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Da müssen Sie im Nationalrat fragen!“) Das ist genau auch ein Punkt, den ich ansprechen möchte. Also, Rahmenbedingun-

gen, alles gut, recht und schön, aber die Rahmenbedingungen werden meiner Meinung nach zu wenig geändert, um die wirtschaftliche Situation in Österreich zu verbessern.

Genau in dieser Vorlage, die uns hier vorliegt, wurde in keinem Punkt angesprochen, daß die AMS-Förderungen gestrichen wurden, daß frauenspezifische Projekte im Kindergartenbereich, in Frauenförderungsprogrammen schlechtergestellt sind. Es sind auch keine Ansätze zu erkennen, was man dagegen, speziell auch auf Landesebene, tun könnte.

Wenn ich mir jetzt die Unterlagen und den Bericht des Gleichbehandlungsausschusses auf Bundesebene anschau, der sich mit dem Frauenvolksbegehren beschäftigt, dann sind auch hier von den zuständigen Regierungsparteien keine Reformansätze erkennbar, um das Frauenvolksbegehren umsetzen zu können oder um zumindest der Umsetzung etwas näherkommen zu können.

Was macht die Regierung dagegen? Sie verteilt frauenpolitische Zuckerl, wie zum Beispiel die Kindergartenmilliarde, um über die tatsächlichen Probleme hinwegzutäuschen und um die Bevölkerung von den tatsächlichen Problemen ablenken zu können.

Wenn wir - das Liberale Forum - konstruktive Vorschläge einbringen, sei es in bezug auf arbeitsmarktpolitische Punkte oder auch in bezug auf die Grundversicherung, die wir ja immer wieder thematisieren, dann kann man sich speziell von der SPÖ anhören, daß das quasi ein Populismus ist.

Ich möchte da auf die Wortmeldung - ich glaube, das war vor zwei oder drei Landtagssitzungen - von der Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa zurückkommen, die gesagt hat, als die Grünen die Grundpension eingebracht haben, daß unser Sozialversicherungssystem nach wie vor finanzierbar ist.

Wenn man sich den Sozialbericht vom Jahre 1996 anschaut - und ich habe hier einen Auszug daraus -, dann schaut die Situation etwas anders aus. In der Krankenversicherung zum Beispiel sind die Ausgaben um 5,8 Prozent gestiegen. Besonders problematisch ist es mit der Pensionsversicherung. Da ist die Zuwachsrate um 5,9 Prozent gestiegen in bezug auf das Beitragsaufkommen. Ganz massiv schlechtergestellt in der Pensionsversicherung sind die Frauen. Da gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede, die sehr eklatant sind. Die Durchschnittspension zum Beispiel bei den Männern beträgt 13.800 Schilling, bei den Frauen 7900 Schilling. Die Sozialleistungen stiegen von 1980 auf 1995 um sage und schreibe 606 Prozent. Am stärksten bei der Notstandshilfe, da stiegen die Ausgaben im Sozialbereich um 1300 Prozent.

Ich frage Sie, wie schaut der Sozialversicherungsbereich in 15 oder 20 Jahren aus?

Auf Grund der ganzen Entwicklung sind speziell die Frauen auch von Armut betroffen. Hier habe ich auch ein paar Auszüge aus dem Armutsbericht. Und speziell die Alleinerzieherinnen sind darin sehr stark hervorgehoben. Mehr als ein Drittel der Armen sind Kinder, 60 Prozent der armen Kinder leben in Alleinerzieherinnenhaushalten oder solchen mit drei oder mehr Kindern. Die hohe Kinderarmutsquote steht im Zusammenhang mit der erschwerten Erwerbsmöglichkeit von Müttern und mit der Unterversorgung bei der

Kinderbetreuung. Und von den Alleinerzieherinnen sind 12 Prozent als arm zu bezeichnen. 60 Prozent der Frauen, bitte, 60 Prozent der Frauen hatten ein Arbeitslosengeld unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz.

Diese Tatsachen, die ich hier jetzt angeführt habe, haben uns bewogen, eine Frauenenquete zu beantragen, damit nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene das Frauenvolksbegehren noch einmal hervorgehoben wird, um auch die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten besser durchleuchten zu können.

Ich möchte jetzt den Beschlußantrag vorlesen, betreffend Abhaltung einer Frauenenquete.

Trotz der breiten Zustimmung zum Frauenvolksbegehren ist mit einer tatsächlichen Umsetzung der geforderten Punkte in absehbarer Zeit offensichtlich nicht zu rechnen. Die parlamentarische Einigung über die Umsetzung auf Bundesebene ist vielmehr eine Willenserklärung ohne die Absicht, dieser Erklärung auch konkrete Schritte folgen zu lassen. Nicht zuletzt deshalb tauchten in jüngster Vergangenheit immer wieder Gerüchte um die Gründung einer Frauenpartei auf, die auch den Forderungen des Volksbegehrens Nachdruck verleihen sollte.

Die Dinge haben sich sogar eher noch zum Schlechteren gewendet; so sind von den Kürzungen der AMS-Gelder auch Frauenförderungsprogramme in der Steiermark massiv betroffen. Deshalb ist hier das Land Steiermark gefordert, gemeinsam mit Institutionen, die etwa Frauenbeschäftigung oder Tagesmütter fördern, aktiv zu werden und langfristige Konzepte auszuarbeiten, damit die Frauenförderung in der Steiermark nicht noch weiter ins Hintertreffen gerät.

Eine Landtagsenquete wäre der ideale Rahmen, um diese Fragestellungen mit Expertinnen und Experten zu erörtern und das Problem neuerlich ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Das langfristige Ziel muß eine konzeptionell durchdachte und auf längere Zeit angelegte Abstimmung der Förderungen des Landes, des Bundes und anderer im Bereich Frauenförderung tätigen Institutionen und Initiativen sein.

Die Dringlichkeit der Umsetzung der Forderungen des Frauenvolksbegehrens beschränkt sich nicht nur auf Österreich: Obwohl im Artikel 119 der Römischen Verträge die „absolute Gleichbehandlung von Männern und Frauen“ in den Bereichen „Beschäftigung, Berufsausbildung, Aufstieg und Arbeitsbedingungen“ gefordert wird, wurde in keinem einzigen Land der EU gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit auch nur annähernd umgesetzt. Dazu jetzt einige Zahlen: Die Frauenerbeitslosenrate beträgt 12,5 Prozent, bei Männern 9,5 Prozent. Die Löhne in Europa entsprechen nur zu drei Viertel jenen der Männer, bei nichthandwerklichen Tätigkeiten kommen Frauen auf nur knapp 55 Prozent, 28 Prozent der Frauen, 4 Prozent der Männer üben eine Teilzeitbeschäftigung aus. 22 Prozent der Frauen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren haben überhaupt keine Berufsausbildung, Männer nur zu 7 Prozent. 52 Prozent der Männer, aber nur 30 Prozent der Frauen verfügen über einen Lehrabschluß.

Das sogenannte vierte Aktionsprogramm zur Förderung der Gleichbehandlung wurde auf Grund der schlechten Konjunkturlage von 60 Millionen ECU auf die Hälfte verkürzt.

Österreich könnte hier auf der Basis des Frauenvolksbegehrens eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen. Da die Bundesregierung diese Chance nicht ergreift, sondern sich im Gegenteil die Situation der Frauen zunehmend verschlimmert, kann in der Steiermark durch die Abhaltung einer speziellen Frauenenquete ein notwendiges und positives Signal gesetzt werden.

Schwerpunkte der Landtagsenquete müssen deshalb die Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten, der Ein- und Umschulung auf neue Technologien, eine koordinierte und langfristige Förderung von frauenspezifischen Beschäftigungsprogrammen, der Ausbau und die vermehrte Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine Verbesserung der Information über bestehende Möglichkeiten an mögliche Adressatinnen sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Frauenenquete in Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen abzuhalten, mit dem Ziel, mit Exexpertinnen und Experten die Frauenförderung in der Steiermark auf eine langfristige und koordinierte Basis zu stellen. Danke. (Beifall beim LIF. – 16.46 Uhr.)

Präsident: Danke sehr! Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (16.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, die kritische Einschätzung dieser Regierungsvorlage ist jetzt von mehreren Seiten gekommen, auch schon im inhaltlich zuständigen Ausschuß. Ich werde jedenfalls gegen diese Regierungsvorlage stimmen, möchte aber einen ergänzenden Antrag zu dieser Debatte einbringen, nämlich einen Antrag, betreffend eine Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark. Ich glaube, daß ein qualifiziertes Beratungsangebot für Frauen, die in irgendeiner Form persönliche Beeinträchtigungen haben, die es ihnen nicht ermöglichen, am gesellschaftlichen, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Leben teilzunehmen, oder die persönliche Krisen haben, oder die in der einen oder anderen Form für Bedürfnisse im Bereich ihrer Arbeitsfähigkeit oder im persönlichen Bereich Beratung brauchen, daß dieses Recht auch Obersteiererinnen nicht vorenthalten werden sollte.

Ich möchte deswegen den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für eine Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark in der Gruppe 4 einen Ansatz und eine Post im Landesvoranschlag 2000 vorzusehen. Ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Es geht dabei darum, dieses Anliegen Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark nicht nur immer wieder in die Debatte einzubringen, regional und auf Landtagsebene, sondern dafür tatsächlich im

Budget auch die adäquaten finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die dann auch längerfristig halten. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. - 16.48 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (16.48 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte eingangs zur Wortmeldung von Frau Kollegin Beutl etwas sagen. Sie plädieren für eine frauen- und familienverträgliche Arbeitswelt. Ich denke, das kann wohl jeder von uns unterstreichen, und niemand hier wird sagen, wir sind dagegen. Ich möchte aber auf eines hinweisen. Gerade Ihre Partei hat die Flexibilisierung der Arbeitszeiten immer als die Lösung für Frauen und Frauen mit Kindern hingestellt. Jetzt haben wir die Probleme damit. Es gibt immer mehr Frauen, die nicht wissen, wann sie nächste Woche arbeiten und wie lange sie arbeiten, und es gibt sogar Frauen, die nicht einmal wissen, wann und wie lange sie am nächsten Tag arbeiten. Wie solche Arbeitszeiten sich mit Kindern vereinbaren lassen, das können Sie sich ungefähr denken. Flexibilisierung hat nur dann einen Sinn, wenn der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin ihre Arbeitszeit mitgestalten können. Und das ist genau in jenen unteren Bereichen, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, Frauen mit Kindern beschäftigt sind, nicht der Fall. Gerade die großen Betriebe, die großen Handelsbetriebe, machen das nicht. Und warum sollen sie das tun, wenn 100 andere vor der Tür stehen, die bereit sind, für jene Bedingungen zu arbeiten, die das Unternehmen vorschreibt?

Das wohl Wichtigste im Rahmen aller Frauenförderungsprogramme sind der Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt und die berufliche Qualifikation. Im Bereich der Qualifikation muß darauf hingewiesen werden, daß wir hier vor allem im unteren Bereich der formalen Ausbildung erheblichen Nachholbedarf haben, also nicht bei den Akademikerinnen und Maturantinnen. So haben deutlich mehr Frauen als Männer überhaupt keine Berufsausbildung, nämlich 22 Prozent der Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren, aber nur 7 Prozent der männlichen Jugendlichen in diesem Alter. Daß weit weniger Mädchen als Burschen einen Lehrabschluß haben, hat schon die Frau Kollegin Keshmiri angeführt, also muß ich die Zahlen nicht noch einmal wiederholen. Und auch bei den Lehrabschlüssen haben wir dieses Problem, hier ist das Qualifikationsspektrum äußerst eingeschränkt. Und ich kann auch nicht die Meinung des Herrn Abgeordneten Purr teilen, daß hier überhaupt nichts getan werden kann, denn viele dieser Dinge sind in Wahrheit eine Frage der Förderung und auch der Bewußtseinsbildung der Eltern, der Lehrer wie auch der jungen Mädchen selbst.

Weiters verfügen Frauen im Regelfall über weniger Zeit und Geld, haben also größere Schwierigkeiten, berufliche Weiterbildung in Anspruch zu nehmen, und Betriebe schließen sie von weiteren Bildungsmaßnahmen häufig aus, weil sie der Meinung sind, daß es sich bei Frauen ohnehin nicht auszahlt.

Sehr geehrte Damen und Herren, in Wahrheit ist Frauenförderung eine Querschnittsmaterie. Wie die Leiterin des ÖGB-Europareferates, Bettina Agathonos-Mähr, richtig sagt, gehören dazu auch ausreichend Kinderbetreuungsplätze, familiengerechte Arbeitszeiten für beide Elternteile und die partnerschaftliche Teilung familiärer Pflichten. Denn Frauenförderung beginnt und endet nicht beim Arbeitsmarkt und bei der Qualifikation. Wichtig ist aber auch das kulturelle, geistige und emotionale Klima, in dem Frauenförderung stattfinden soll. Und daß ein positives Klima in Sachen Frauenförderung in der Steiermark in dieser Hinsicht - und zwar angesiedelt beim Landesrat Paierl - nicht existiert, dafür spricht diese Vorlage eine deutliche Sprache. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wenn es die Querschnittsmaterie ist, warum ist es dann in meinem Ressort?“) Jedenfalls für den Teil, der Sie betrifft, da besteht dieses Klima nicht. Abgesehen vom generell unverschämten Ton, und das ist nicht das erste Mal beim Referat für Wirtschaftspolitik. Die Vorlage ist in einem unverschämten Ton gehalten. Und wenn Sie dafür kein Gespür haben, tut es mir leid. Es ist wohl auch der Gipfel der parteipolitisch motivierten Anmaßung, den ÖVP-Antrag „Unternehmen Haushalt, Arbeitsplätze schaffen“ als Projekt der Frauenförderung zu qualifizieren oder gar als Ersatz für unseren Antrag hinzustellen. Man mag zu diesem ÖVP-Antrag stehen wie man will, aber mit Qualifizierung, Weiterbildung und Einbindung von Frauen in den regulären Arbeitsmarkt und Ermöglichung von Aufstiegschancen hat er wirklich nichts zu tun, und schon gar nicht mit Richtlinien zur Frauenförderung. Es ist in diesem Zusammenhang übrigens interessant anzumerken, daß die Leiterin des Referates für Frau, Familie und Gesellschaft, Frau Ridi Steibl, die ja Taten statt Worte setzt, zu keiner Stellungnahme gebeten wurde. Hat sie zu diesem Thema nichts zu sagen oder verzichtet Herr Landesrat Paierl auf die Meinung seiner Parteikollegin? Oder geht es darum, daß sozialdemokratische Anträge vom Referat für Wirtschaftspolitik unter Landesrat Paierl grundsätzlich abgeschmettert werden? Falls dem so sein sollte, so würde ich in Zukunft ein höheres intellektuelles Niveau bei der Abschmetterung unserer Anträge erwarten. Wir stimmen aber nicht diesen Anträgen deshalb nicht zu, sondern aus inhaltlichen und frauenpolitischen Gründen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Regierungsbeschlüsse!“)

Ja, wir wissen, wie diese Beschlüsse zustande gekommen. (Beifall bei der SPÖ. - 16.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (16.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Dr. Reinprecht, ich glaube, auch Ihre Wortmeldung war insofern parteipolitisch gefärbt, weil das Thema Frauenförderung ein Zukunftsthema ist, welches Männer, Frauen, Unternehmungen, Ausbildungsstätten et cetera betrifft. Die Betreuung dieses umfangreichen Themas durch nur eine Person erscheint mir zu wenig und, wie eingangs erwähnt, zu parteipolitisch gefärbt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich lade Sie ein, in den Bezirk Knittelfeld zu kommen. Ende März haben wir im Bezirk 1022 Personen als arbeitslos gemeldet gehabt. Das ist gegenüber dem Februar eine Verringerung um 116 Personen, 534 Männer und 488 Frauen waren als arbeitslos gemeldet. Der Frauenanteil stieg gegenüber dem Vorjahr, März 1997, um 29, bei den Männern gab es einen Rückgang von neun Personen. Nur in diesem kleinen Bezirk. (Abg. Schinnerl: „Warum?“) Weil wir keine Frauenarbeitsplätze haben, Herr Kollege.

Im März 1998 sind 118 Männer und 94 Frauen in die Arbeitslosigkeit gegangen. Im gleichen Zeitraum sind aber wieder 221 Männer, aber nur 13 Frauen wieder in die Beschäftigung übergetreten.

Das zeigt, glaube ich, die Problematik, die von allen Vorrednerinnen unisono angesprochen wurde, ganz deutlich. Tatsächlich gibt es in dieser obersteirischen Region ganz wenig Frauenarbeitsplätze.

Natürlich lassen sich die Prozentzahlen von 7,8 Prozent Arbeitslosigkeit für Männer und von 11,1 Prozent Arbeitslosigkeit für Frauen sinngemäß auf die ganze Steiermark und auch auf Österreich übertragen. Jedoch ist die allgemeine Arbeitsplatzsituation in unserer Region besonders prekär.

Diese Tatsache allein läßt natürlich junge Frauen und vor allem auch Mädchen trotz guter beruflicher Qualifikation und Ausbildung an ihren persönlichen Lebenszielen sehr zweifeln. Sie drängen mit einer großen Selbstverständlichkeit als motivierte und beruflich qualifizierte Frauen in die Arbeitswelt beziehungsweise auf den Arbeitsmarkt und bringen dort, wo sie einen Job ergattert haben, 100prozentige Leistung. Bis sie aber endlich zu einer Arbeit kommen, sind sie durch die lange Wartezeit sehr frustriert.

Ich möchte aber auch noch den zweiten Teil, den Kollegin Beutl angesprochen hat, nicht unerwähnt lassen, nämlich in Frauen nur Arbeitnehmerinnen und arbeitende Personen zu sehen. Ich denke, daß neben der Arbeit auch die Ergänzung durch Partnerschaft und Familie ganz wichtig ist. Es ist nicht richtig und bedeutet eine Einschränkung der Person, wenn auf das eine wegen des anderen verzichtet werden muß. Es müssen viele gesellschaftliche Rollenbilder verändert und ein großes Umdenkpotential in Bewegung gesetzt werden.

Ich spreche alle Kolleginnen und Kollegen hier im Raum und weit drüber hinaus an, sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Frauen einzusetzen. Die Unternehmungen selber sind gefordert, die frauenspezifischen Aufgaben auf familienspezifische Aufgaben zu erweitern und neue Wege zu beschreiten. Wenn die Familien aus der Arbeitswelt ausgegliedert werden, muß man sich schlußendlich fragen, wozu gibt es dann überhaupt die Bemühungen, Arbeitsplätze zu schaffen? Über kurz oder lang brauchen wir dann keine Arbeitskräfte mehr, weil die Frage nach Familiengründung und Kindern zunehmend eine Lebensfrage beziehungsweise Überlebensfrage für qualifizierte Frauen wird. Vor allem junge Frauen wollen Beruf und Familie vereinbaren. Die Gesellschaft ist aufgefordert, dazu verstärkt beizutragen, daß die Welt wieder familienfreundlicher wird, um das Leben wieder schöner, interessanter und vielfältiger gestalten zu können.

Ich habe mir dieses Wochenende ein paar regionale Stellenausschreibungen angeschaut. Wie werben Betriebe um Mitarbeiter? In den Regionalausgaben, unter Jobbörsen, werden zum Beispiel 17 Angebote für Männer, vorwiegend für Vollbeschäftigung, mit abgeleistetem Präsenzdienst, angeboten. Hier handelt es sich um Programmierer, Sekretäre, Außendienstmitarbeiter, in speziellen Branchen als Gärtner, Dreher, Koch und technische Verkäufer.

Da frage ich mich, ob all diese Möglichkeiten wirklich nur ausschließlich von Männern abgewickelt werden können.

Nur viermal wurde eine weibliche Form gewählt. Die weibliche Ausschreibung ging in Richtung Näherin, Köchin, Verkäuferin, Reinigungskraft. Also klassische Frauenberufe, die sowohl von der Bezahlung als auch vom sozialen Image her leider nicht den Rang und den Stellenwert einnehmen, den sie eigentlich von der Emotionalität her einbringen müßten.

Eine ganz klare Forderung ist, daß Frauen eine ständige Fort- und Weiterbildung brauchen, daß ihnen diese Möglichkeit zur Verfügung gestellt werden muß und daß dieses lebenslange Lernen, welches immer wieder erwähnt wird, einfach eine Tatsache, speziell für Frauen, ist.

Das AMS schult über Kurse und Projekte Frauen mit verminderten Arbeitsplatzchancen. Die Frau Kollegin Dietrich hat schon angesprochen, daß in den Schulungen nicht immer auf den regionalen Bedarf Wert gelegt und vor allem auch nicht dahin gehend motiviert wird, in speziellen Nischen und Lücken im Arbeitsbereich Arbeitsplätze anzubieten. Das ist sehr schade, weil dadurch viele Fördermöglichkeiten für Frauen verlorengehen.

Ich möchte noch etwas erwähnen. Teilweise werden Berufe oder Qualifikationen angeboten, die in keinem Berufsbild münden. Wenn zum Beispiel diese qualifizierten Personen, mit Zertifikaten ausgestattet, als Freizeitanimateurinnen oder Trainerinnen in den Arbeitsmarkt gehen wollen, gibt es dafür kein Berufsbild, und somit wird die soziale Komponente wieder nicht entsprechend abgedeckt. Da werden Hoffnungen und Wünsche, die die Gesellschaft braucht, geweckt, können aber in Wirklichkeit in keiner Form abgedeckt werden. Viele Enttäuschte bleiben wieder auf der Strecke.

Die in der Regierungsvorlage aufgezählten Projekte, die hier erwähnt wurden, brachten immerhin 820 Frauen eine Beschäftigung. Von keinem AMS-Projekt oder einem anderen Landesprojekt gibt es eine Rückmeldung zu folgenden Fragen: Wie viele Frauen bleiben im dauernden Beschäftigungsverhältnis, wie lange sind diese Frauen in diesen Projekten, werden daraus Dauerarbeitsplätze, und welche Möglichkeiten gibt es, aus diesen Projekten heraus wirkliche Dauerarbeitsplätze mit vielleicht ganz neuen Kompetenzen zu schaffen? Erst nach Klärung dieser Fragen würde ich es als Frauenförderungsprogramm empfinden.

Ich habe schon vor einem Jahr hier von diesem Rednerpult aus einmal den Begriff „Abakaba“ erwähnt. „Abakaba“ ist ein schweizerisches Modell, bei dem eine geschlechtsunabhängige Bewertung der Arbeit durchgeführt wird.

Momentan haben wir das System, daß zum Beispiel Arbeiten im metallverarbeitenden Bereich, wo mehr Arbeitskraft notwendig ist, sehr hoch dotiert sind. Pflegerinnen, die zum Beispiel in der mobilen Hauskrankenpflege sich stündlich oder den ganzen Tag speziell auf Patienten mit großen Ansprüchen einstellen müssen, werden niedrig bezahlt. Das ist nicht richtig. Ich glaube, daß gerade diese Frauen oft sehr viel Emotionalität brauchen, sehr viel Einfühlungsvermögen, aber auch sehr viel körperliche Arbeit leisten müssen, um ihren Dienst entsprechend ausüben zu können.

Um einen Ausgleich beziehungsweise eine Ausgewogenheit herzustellen, müssen wir stark und intensiv daran arbeiten, neue Grundlagen zu schaffen. Ich glaube, Herr Landesrat, hier wäre auch ein Überdenken mit der Gewerkschaft angesagt, mit Männern zusammen, im Punkt Arbeitsbewertung etwas zu verändern.

In der gestrigen Presse fand ich einen Artikel, der sich betitelt „Arbeit schaffen, Arbeit vernichten“. Der Artikel befaßt sich mit der Problematik, daß Kinder- und Haushaltsbetreuung als Dienstleistung in einem fremden Haushalt als steuerlicher Absetzposten gewertet werden sollte. Damit würden tatsächlich viele Arbeitsplätze geschaffen.

Manche Haushalte würden Hilfen in Anspruch nehmen und sie auch entsprechend bezahlen. Die Absetzbarkeit der Soziallasten würde vielen Frauen eine geregelte Arbeitszeit, entsprechenden Verdienst und eigene Sozialleistungen bringen. Den anderen, den Arbeitgebern, könnte ebenso geholfen werden.

Ich glaube, daß im Nationalrat Bestrebungen im Gange sind, neue Modelle zu erarbeiten, um Arbeitsplätze zu schaffen. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.06 Uhr.)

Präsident: Es hat schon länger ausgeblinkt gehabt. Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (17.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte jetzt eigentlich nicht mehr auf die Regierungsvorlage eingehen. Herr Landesrat Paieryl, nur soviel gesagt, es ist wirklich schlichtweg eine Zumutung, so eine Regierungsvorlage diesem Hohen Haus vorzulegen. Aber es wurde diesbezüglich von meinen Vordnerinnen schon einiges dazu gesagt. Warum ich mich doch gemüßigt sehe, mich noch in letzter Minute zu Wort zu melden, ist der Beschlußantrag der Grünen betreffend Frauenberatungsstelle Obersteiermark. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Beschlußantrag verweisen, der am 25. November 1997 im Landtag einstimmig beschlossen wurde, wonach die Landesregierung aufgefordert wurde, eine oder mehrere in der Obersteiermark vorhandene Beratungseinrichtungen zu frauenspezifischen Frauenberatungsstellen auszubauen. Warum? Wir haben in der Obersteiermark Beratungsstellen, die sich um Frauen in Krisensituationen annehmen; das ist beispielsweise „Rettet das Kind“ in Leoben, Bruck und Mürzzuschlag, und es wurden allein in den Monaten Jänner bis Oktober 1997 im Beratungszentrum Leoben

507 Frauen und im Beratungszentrum Kapfenberg im gleichen Zeitraum 788 Frauen beraten. Daher glaube ich, daß es nicht erforderlich ist, eine eigene Frauenberatungsstelle einzurichten. (Abg. Mag. Zitz: „Da geht es um das Geld!“) Ja, zum dem komme ich auch noch. Zunächst einmal bin ich der Meinung, daß es wichtig ist, daß wir Beratungsstellen in ausreichender Anzahl haben, an die sich Frauen wenden können. Die vorhandenen auszubauen, scheint mir am sinnvollsten zu sein. Was die Dotierung betrifft, so möchte ich zum jetzigen Zeitpunkt sagen, daß wir heute über das Budget 2000 noch nicht zu befinden haben und dies an anderer Stelle zu einem späteren Zeitpunkt tun werden, weshalb wir Ihrem Beschlußantrag hier und heute nicht zustimmen werden.

Und zur Aussage der Kollegin Keshmiri, betreffend Pensionen, möchte ich auch noch ein Wort sagen. Ich habe keine Sorge, daß unsere Pensionen nicht gesichert sind, wenn wir weiterhin mit allem Nachdruck darauf schauen – und da binde ich gleich die Wirtschaft mit ein –, daß die Beschäftigung gesichert ist, daß über den Faktor Arbeit die Beiträge bezahlt werden; und deshalb habe ich seinerzeit gesagt, daß ich das Umlageverfahren noch immer für das geeignetste halte. Und als das ASVG 1956 beschlossen wurde, hat man festgelegt, daß ein Drittel der Staat, ein Drittel die Arbeitgeber und ein Drittel die Arbeitnehmer zu bezahlen hätten. Der Staat zahlt heute zu den ASVG-Pensionen weit weniger als ein Drittel, hingegen aber zu den Pensionen der Selbständigen fast zwei Drittel. Das heißt also: Ich glaube nach wie vor, daß das zwei verschiedene Dinge sind – Ihre Forderung nach einer Grundpension und die Sicherung unserer Pensionen nach dem derzeitigen System. Ich bange nicht um unsere Pensionen, wenn wir eine vernünftige Regelung haben, wonach alle Beschäftigungsverhältnisse so aussehen, daß Sozialversicherungsbeiträge nicht nur von Arbeitnehmerseite, sondern auch von Arbeitgeberseite abgeführt werden. Und was die Grundpension betrifft, die Sie wollen, möchte ich noch sagen, daß ich von einer totalen Abkoppelung von jeglicher Beitragszahlung nicht sehr viel halte. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.11 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (17.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren, insbesondere Damen!

Frau Dr. Reinprecht und auch Frau Dr. Bachmaier, ich biete Ihnen einen Text an, wenn Sie unzufrieden sind mit der Vorlage. Sie finden ihn in abgewandelter Form auch auf Seite 2. Ich lese Ihnen sozusagen die Alternative vor:

Das Wirtschaftspolitische Referat begrüßt in seiner Stellungnahme die Auflage von Förderungsrichtlinien für derartige Programme beziehungsweise Projekte und teilt mit, daß das Wirtschaftspolitische Referat eine Reihe von Frauenförderungsprogrammen beziehungsweise Projekten im Rahmen des sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Förderungsprogrammes nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Kreditmittel fördert.

Wären Sie damit mehr einverstanden gewesen als mit dem, was meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach bestem Wissen und Gewissen, zugegebenermaßen mit einem pragmatischen Zugabe, was im Rahmen unseres Ressorts an Instrumenten vorhanden ist, geantwortet haben? Es gibt ein grundlegendes Mißverständnis, dem Sie in einer Sache unterlegen sind. Ich kritisiere Sie damit nicht so, wie Sie das mit mir tun, weil mit mir können Sie sowieso alles machen, weil ich kriege ja dafür bezahlt, aber bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bin ich etwas kritischer und sozusagen auch in einer Schutzfunktion. Das, was Sie offensichtlich meinten mit Ihrem Antrag in Richtung Frauenförderungsprogramm, hat zwei grundsätzliche Zugänge. Das eine ist das, was Sie offensichtlich hier gemeint haben – ich habe sehr genau zugehört, auch bei der Frau Kollegin Gross, ich war nur draußen, weil hier von Ericsson eine Vorsprache stattgefunden hat, aber ich habe zugehört –, das ist der grundsätzlich ideologische. Ist in Ordnung, ich kann Ihnen da sehr weit auch folgen, und ich habe sehr viele Diskussionen, Meinungsgebungen – auch privat – hier schon abgeführt, wie man strukturelle Benachteiligungen und sozusagen gesellschaftspolitische Probleme bewältigt.

Und das Zweite, das ist der pragmatisch-realistische Zugang auf Grund unseres Vermögens da hier im Ressort. Wir haben im Land auf der Ebene meiner Mitarbeiter diejenigen abgefragt, die sich in irgendeiner Weise zuständig fühlten, und dann ist dieser Bericht herausgekommen. Und wenn dann als Schlußsatz nach einer meines Erachtens doch sehr gehaltvollen Darlegung der Schluß der ist, was alles in einem Programm aus meinem Ressort im Rahmen der Qualifizierung und Beschäftigungsprogramme – gemeinsam mit dem AMS –, dann wären wir völlig erschossen und erschlagen, wenn wir das Geld nicht hätten, weil dort ist das viele Geld auch ausgegangen, selbstverständlich, weil eben da der eine oder andere politische Wunsch überbordend war und die Programme dann einfach nicht ausfinanziert wurden. Uns geht es ja ganz gleich bei der RIP, das ja früher dargestellt wurde. Und ich spreche die Dinge an, glauben Sie mir, da habe ich keine Angst und auch keine Mutlosigkeit in diesen Sachen. Unser Zugang war, der pragmatische, der realistische, wo wir aufgezeigt haben, was wir tun, und wir haben dazugefügt, auf Grund dessen, was wir jetzt schon tun. Und nennen Sie mir ein Projekt, das an uns gescheitert wäre, im Landesbereich gescheitert wäre. Ich zitiere die Frau Kollegin Rieder, die nicht da ist, aber blind ziehe ich sie mit ein, weil ich die Strukturen des Landes, die Abteilungen und die Programme kenne. Nennen Sie mir ein Frauenprojekt, ein spezifisches Frauenarbeitsprojekt, das – wir haben Richtlinien – nach diesen Richtlinien nicht gefördert worden wäre. Ich kenne keines. Alle andere Erregung ist eine ideologische, grundsatzpolitische, da kann man viel diskutieren, da kann man natürlich auch sehr viel hier hineininterpretieren, ich fühle mich da nicht angesprochen. Ich bin durchaus auch ein bißchen für Politfrust Blitzableiterfunktion zu haben, aber was mein Ressort anlangt, da bin ich sehr kritisch, weil die Damen und Herren dort arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen.

Meine Einschätzung grundsätzlich ist, daß man an sich der Sache nicht einen weiß Gott wie großen Dienst leistet und dazu beiträgt, daß das grundsätzliche Problem, das strukturelle, gesellschaftspolitische Problem abgebaut wird. Im konkreten hat es in der letzten Zeit ein paar Geschichten gegeben. Ich habe auch mit der Frau Kollegin Gross da ein bißchen getratscht und auch mit Gennaro. Die Geschichte bei AT & S. Wenn wir ein bißchen früher drangewesen wären, haben mir die Ericsson-Leute gesagt in Kindberg, hätten sie auch mehr einstellen können.

Siehe da, es gibt Branchen, die sagen, mir sind auf Grund der Erfahrungen in der Praxis Frauen am Arbeitsplatz viel lieber, sie sind zuverlässiger, sie sind hartnäckiger. Das gibt es. Es gibt auch natürlich geschlechtliche Nachteile, Benachteiligungen. Ja, bitte, reden wir nicht um den heißen Brei herum, das ist sicherlich in bestimmten Branchen auch das Problem.

Und das, bitte noch einmal, ist nur ein kleiner persönlicher Beitrag von mir, obwohl ich zugebe, ich kann da, ich vermag hier, auf Grund des Instrumentariums der qualifizierten und der steirischen Beschäftigungsprogramme, gar nicht viel machen, außer Projekte, wie sie hier aufgelistet und frauenspezifisch sind, fördern. Und das mit großer Überzeugung. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.17 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 95/6, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Richtlinien für ein Frauenförderungsprogramm, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des LIF, der Grünen und der SPÖ, betreffend Abhaltung einer Frauenenquete zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 744/1, betreffend Änderung der Ausfallhaftungsbedingungen im Rahmen der mit Regierungssitzungsbeschlüssen vom 1. Juli 1996 beziehungsweise 10. März 1997 bewilligten Ausfallbürgschaft für einen Investitionskredit per 10 Millionen Schilling und Verkauf der landeseigenen Liegenschaft, EZ. 1715, KG. 62212 Fürstenfeld, im unverbürgten Ausmaß vom 38.925 Quadratmeter zu einem Preis von 25 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.19 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, betreffend Änderung der Ausfallhaftungsbedingungen im Rahmen der mit Regierungssitzungsbeschlüssen vom 1. Juli 1996 beziehungsweise 10. März 1997 bewilligten Ausfallsbürgschaft für einen Investitionskredit per 10 Millionen Schilling und den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft, EZ. 1715, KG. 62212 Fürstenfeld, im unverbürgten Ausmaß von 38.925 Quadratmeter zu einem Preis von 25 Millionen Schilling.

Die Firma Stahlcord, Sie wissen, das ist die Firma, die im Konkurs gegangen ist, hat diesen Antrag gestellt. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß die im Rahmen des seinerzeitigen Regierungsbeschlusses bewilligte Ausfallhaftung des Landes Steiermark im Ausmaß von 10 Millionen Schilling nunmehr zur Finanzierung von Maschinen, maschinellen Anlagen im Ausmaß von rund 21,35 Millionen Schilling herangezogen werden soll. Hinsichtlich des Verkaufs der landeseigenen Liegenschaft an die Firma Stahlcord Betriebs-AG. wurde darauf verwiesen, daß nach Konkurs der Stahlcord Betriebs-AG. eine Restrukturierung der Betriebsaktivitäten des Unternehmens auf allen Ebenen vorgenommen wird, die auch eine Änderung in der gesamten Finanzierungsstruktur notwendig macht. Um die Gesamtfinanzierung sicherzustellen, sei es notwendig, die landeseigene Liegenschaft zu erwerben.

Ich stelle daher namens des Ausschusses den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaft, EZ. 1715, KG. 62212 Fürstenfeld, im unverbürgten Ausmaß von 38.025 Quadratmeter zu einem Preis von 25 Millionen Schilling wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (17.21 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Da keine Wortmeldung vorliegt, bitte ich jene Damen und Herren, die zustimmen, um ein Handzeichen.

Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/1, betreffend die landeseigenen Liegenschaften EZ. 444, 458, 539 und 1064, je KG. Feldbach, im unverbürgten Flächenausmaß von 26.637 Quadratmeter, um vorzeitige Optionsausübung durch die Firma Kelly Gesellschaft mbH., 1226 Wien, zu einem Kaufpreis von 27.428.570 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.21 Uhr): Meine Damen und Herren!

Mit Eingabe vom 8. September 1997 stellte die Firma Kelly Gesellschaft mbH. in Wien den Antrag, die Option, betreffend die Liegenschaften EZ. 444,

458, 539 und 1064, alle KG. Feldbach, vorzeitig, und zwar zum nächstmöglichen Zeitpunkt, ausüben zu können.

Begründet wurde dieser Antrag damit, daß der Hauptgesellschafter, die Bahlsen International AG., zukünftige Investitionen in die oben angeführten Liegenschaften nur dann bewilligt, wenn diese Liegenschaften in ihrem Eigentum sind und somit keine Superädifikate begründet werden.

Sämtliche in dem oben angeführten Optionsvertrag und Kaufvertrag vom 7. Jänner 1988 vereinbarten Auflagen, insbesondere die Beschäftigungsverpflichtung, bleiben in der beabsichtigten vorzeitigen Ausübung der Option völlig unberührt, wobei festzuhalten ist, daß die Liegenschaft EZ. 1177 mit der Liegenschaft EZ. 1064 grundbücherlich vereinigt wurde und nach einer Grenzbereinigung das Ausmaß sämtlicher Liegenschaften statt 26.677 Quadratmeter tatsächlich 26.637 Quadratmeter beträgt.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Erwerb im Rahmen einer vorzeitigen Optionsausübung der landeseigenen Liegenschaften, EZ. 444, 458, 539 und 1064, je KG. Feldbach, im unverbürgten Flächenausmaß von 26.673 Quadratmeter zu einem Kaufpreis von 27.428.570 Schilling durch die Firma Kelly Gesellschaft mbH., 1226 Wien, wobei sich die Firma Kelly Gesellschaft mbH. bei einem Beschäftigungsnachweis von 1800 Mann/Monate bis einschließlich 31. Dezember 2007 von der Entrichtung eines Kaufpreisteilbetrages von 2,5 Millionen Schilling befreien kann, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (17.24 Uhr.)

Präsident: Danke!

Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wenn Sie zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

7. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 774/8, zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Korp, Dr. Bachmaier-Geltewa, Heibl, Günther Prutsch, Vollmann, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Herrmann, Huber, Kaufmann, Kröpfel, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz und Ussar, betreffend die Einrichtung eines Lehrlingsausbildungsfonds.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schuster. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schuster (17.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten, betreffend die Errichtung eines Lehrlingsausbildungsfonds.

Die vor dem Sommer 1996 noch als durchaus realistisch anzusehende Einführung eines Lastenausgleichssystems im Bereich der Lehrlingsausbildung

scheint nunmehr leider auf Bundesebene schwer durchsetzbar. Die schwierige Lage im Bereich der Lehrlingsausbildung erfordert aber einen weitergehenden Einsatz der Gebietskörperschaften als ein Förderungssystem, das zwar auszubildende Betriebe belohnt, die nichtausbildenden Betriebe aber nicht benachteiligt.

Um Arbeit für unser Land zu schaffen und zu erhalten, sollte daher das Land Steiermark versuchen, einen verfassungskonformen Weg zu finden, einen Lehrlingsausbildungsfonds zu gründen, in den nichtausbildende Betriebe Beiträge einzahlen müssen, die dann den Lehrlingen beziehungsweise den ausbildenden Betrieben zugute kommen.

Die Landesbaudirektion – Referat für Wirtschaftspolitik hat hiezu die Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 22. Oktober 1997 eingeholt: „Bereits im Frühsommer dieses Jahres hat die Bundesregierung ein Maßnahmenbündel zur Förderung der Lehrausbildung entwickelt, das im Juli 1997 vom Parlament beschlossen wurde.“

Der von Ihnen angesprochene Punkt zum Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben wurde bereits ansatzweise verwirklicht. Seit 1. Juli 1997 sind Lehrbetriebe von den Krankenversicherungsbeiträgen für Lehrlinge befreit.“

Die Wirtschaftskammer Steiermark teilt in ihrer Stellungnahme vom 2. Dezember 1997 folgendes mit:

„Die Dotierung eines derartigen Fonds soll ausschließlich zu Lasten der Wirtschaft gehen – in den nichtausbildenden Betrieben einzahlen müssen –, das Ergebnis wäre zweifelsohne eine Erhöhung der Lohnnebenkosten für die nichtausbildenden Betriebe. Die Schaffung eines Berufsausbildungsfonds würde nach Ansicht der Wirtschaftskammer Steiermark nur eine Umverteilungsaktion, die einerseits keine Qualitätsverbesserung der Lehre nach sich ziehen, aber auch die Gefahr in sich bergen würde, daß – wie man aus dem Schulbereich zur Genüge kennt – unter Umständen Ausbildungskapazitäten geschaffen werden, für die später keine Arbeitsmöglichkeit besteht.“

Es kann zum gegenständlichen Antrag daher nur eine ablehnende Stellungnahme abgegeben werden.“

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 9. Februar 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten, betreffend die Einrichtung eines Lehrlingsausbildungsfonds, wird zur Kenntnis genommen. (17.27 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (17.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Lehrlingsproblematik ist derzeit im Aichfeld die causa prima. Ich habe mich für den heutigen Tag eigentlich mit einigen Unterlagen bewaffnet. Es gibt dazu soviel zu sagen, daß wahrscheinlich eine Stunde des Kommentars nicht ausreichen würde. Ich möchte mich aber trotzdem in Anbetracht der fortgeschritte-

nen Stunde und der vielen Tagesordnungspunkte, die noch vor uns sind, auf das aus meiner Sicht Allerwesentlichste beschränken.

Vielleicht nur einige wenige Sätze vorweg zum Lehrlingsfonds, zum Ausbildungsfonds. Sie wissen alle so wie ich, das ist eine Forderung der Gewerkschafter und der Sozialdemokraten, die viele Jahre zurückliegt. Eine immer wieder gestellte Forderung, die nie und bewußt nie angenommen wurde. Und führt man sich diese Regierungsvorlage zu Gemüte, dann kann man schon nach wenigen Sätzen feststellen, hier wird, so wie wir das gewohnt sind, einmal mehr, und das sehr ordentlich, gemauert, damit dieser Ausbildungsfonds ja nicht zustande kommt. Dabei würden wir meinen, daß das eine sehr gerechte Einrichtung wäre. Vor allem wäre es eine sehr wirksame Lösung gegen sogenannte unternehmerische Trittbrettfahrer, nämlich alle jene, die Facharbeiter von allen jenen Betrieben lukrieren, die bereit sind, für die Jugend etwas zu tun, junge Menschen auszubilden, um sie dann, wenn sie soweit sind, abzuwerben. Und da gibt es unserer Meinung nach eben nur ein probates Mittel dagegen, das wäre eben dieser Ausbildungsfonds, in den jene Betriebe einzahlen, die nicht bereit sind, Ausbildungsplätze der Jugend zur Verfügung zu stellen. Das Handling wäre unserer Meinung nach dabei sehr einfach, nämlich so, wer Facharbeiter beschäftigt, muß entweder selbst ausbilden oder einige Zeit ausgebildet haben. Und die eingezahlten Beträge könnten sich nach der Zahl der bei ihm beschäftigten Facharbeiter richten. Das wäre eine sehr einfache und sehr wirksame Formel, wie man diesen Trittbrettfahrern in diesem Bereich entgegenwirken könnte.

Ich komme jetzt gleich zur causa prima des Aichfeldes, die Lehrwerkstätte in Fohnsdorf, wo man seitens der steirischen Wirtschaft seit Monaten massiv dagegen auftritt, daß diese weiterhin bestehen bleibt. Wir haben in Österreich, ich glaube, im ganzen Bundesgebiet, die einmalige Erscheinung, daß eine Interessenvertretung gegen eine Jugendausbildungseinrichtung sogar inseriert. Das heißt, es wird seitens der steirischen Wirtschaft viel Geld dafür aufgewendet, um diese Ausbildungsstätte mit einer wahren Kampagne zu unterlaufen. Ich erinnere an die Aussage des Herrn Wirtschaftskammerpräsidenten Mühlbacher kurz vor Ostern: „Nach Ostern werden wir in der Sache sehr vernünftig darüber reden, und wir werden uns an einen Tisch setzen.“ Natürlich ist letzteres nicht passiert. Die Antwort der steirischen Wirtschaft und deren Präsidenten war eine massive Kampagne gegen eine Ausbildungseinrichtung, die seit 1972, liebe Kolleginnen und Kollegen, besteht, inzwischen 950 junge Menschen ausgebildet hat zu exzellenten Facharbeitern im Elektrobereich, eine Ausbildungsstätte, die derzeit unter dem neuen Träger unter anderem den Kommunikationstechniker für Datentechnik und Telekommunikation ausbildet, eine Ausbildungsbranche, die von der Obersteiermark bis Graz nirgendwo angeboten wird. Und wir im Aichfeld kämpfen deshalb um diese Lehrwerkstätte – ich werde Ihnen gerne sagen, warum. Sie wissen, so wie ich, daß das eine Region ist, die permanent unter Standortnachteilen zu kämpfen hat. Und wenn wir Vorteile in den letzten Jahren gehabt haben, dann aus der Tatsache heraus, daß wir in diesem Gebiet über exzel-

lente Facharbeiter verfügen, und zwar deshalb, weil die Industrie lange Zeit in ihren Lehrwerkstätten im Wege des dualen Systems hervorragende Facharbeiter ausgebildet hat, von denen wir noch immer profitieren. Es ist für uns direkt zum Angreifen und die natürlichste Sache der Welt, nachdem sich die Industrie jetzt von dieser Lehrausbildung aus Kostengründen zurückgezogen hat, ein Konstrukt fortzuführen, das sich ein Vierteljahrhundert lang bestens bewährt hat, erwiesenermaßen bewährt hat und exzellente Facharbeiter hervorbringt. Diese Leute, die in Fohnsdorf ausgebildet werden, sind so gut, daß sie in der Berufsschule in Eibiswald eine eigene Klasse bilden müssen, weil sie den anderen so weit voraus sind. Und warum das so ist, das kann ich Ihnen auch sagen. Weil selbstverständlich acht Stunden am Tag Auszubildner mit einem exzellenten Know-how einer vierteljahrhundertjährigen Ausbildungserfahrung hinter dem jungen Menschen stehen, ihm über die Schulter schauen und schauen, daß bei den jungen Menschen etwas weitergeht, daß er wirklich etwas lernt. Und jetzt haben wir die absurde Situation, daß die Vertreter der steirischen Wirtschaft sagen, das brauchen wir nicht. Warum, wissen wir ja. Sie müssen ihre halbleeren Säle beim WIFI vollbringen, und da brauchen wir eine solche Ausbildungseinrichtung nicht. Das ist das eine Faktum. Das zweite Faktum höre ich ja hinter vorgehaltener Hand, Herr Kollege, von Ihren Funktionären, Lehrwerkstätten sind Brutstätten der Sozialdemokraten, so etwas brauchen wir nicht. Das ist der zweite Grund. (Abg. Dr. Karisch: „Was ist bitte?“ – Abg. Purr: „Wer hat das gesagt?“)

Brutstätten der Sozialdemokraten. (Abg. Dr. Karisch: „Wer sagt so etwas?“) Das hat wortwörtlich ein Wirtschaftskammerfunktionär zu mir gesagt. Name und Adresse liegen bei mir, ich werde es bei Gelegenheit verwenden, dessen können Sie sich sicher sein. (Abg. Purr: „Bitte bekanntgeben!“) Sogar ein Nationalratsabgeordneter der Österreichischen Volkspartei hat genau diese Begründung und diese Formulierung gegenüber einem Auszubildner der AIZ-Lehrwerkstätte in Fohnsdorf gebraucht. So schaut es aus.

Und ich sage Ihnen, geschätzte Damen und Herren, es haben offensichtlich, Herr Kollege Hohegger, in Ihrem Kreis manche nicht bemerkt, daß es hier nicht um Politikapital geht, sondern um Humankapital (Beifall bei der SPÖ.), um eine exzellente Ausbildungsstätte für die Jugend einer Region. Aber das wollen Sie nicht wahrhaben, so schaut es aus. Und wissen Sie, warum? Um der Eitelkeit Ihres Herrn Präsidenten Genüge zu leisten. Der hat sich da halt beim Fenster hinausgehängt, hat sich verrennt bis zum geht nicht mehr, und damit er sein Gesicht nicht verliert, muß diese Lehrwerkstätte den Bach hinuntergehen, so schaut es aus. Das sind die Realitäten. (Abg. Purr: „Überzeugung ist gut, Fanatismus ist sicher schlecht!“) So schaut die Realität aus. Zum Unterschied von Ihnen, Herr Kollege Purr, Sie haben ja nicht die blasseste Ahnung, ich sage es Ihnen. Ich gehe dort eineinhalb Jahre aus und ein, ich kenne den Betrieb.

Der Herr Mühlbacher zum Beispiel, Ihr Wirtschaftskammerpräsident, urteilt über diese Ausbildungsstätte, die er weder von außen noch von innen bis heute jemals gesehen hat und auch nicht bereit ist,

diese anzuschauen. (Abg. Purr: „Das kann ich mir nicht vorstellen. Habt ihr ihn eingeladen, dann kommt er gern!“) So ist es.

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte nicht weiter Wasser auf diese Mühlen gießen, es ist sowieso sinnlos. Ich finde dieses Kapitel für eine außerordentlich traurige Angelegenheit, vor allem wenn man weiß, mit welchen Methoden und Mitteln hier gearbeitet wird.

Und jetzt sage ich Ihnen ein schönes Beispiel: Über den Ausbildungsleiter des AIZ in Fohnsdorf hat die steirische Wirtschaft über den Herrn Dr. Kallab, den Lehrlingsbeauftragten der steirischen Wirtschaft, die Adresse der 15 Lehrlinge bekommen, die im November des Vorjahres unter dem neuen Träger AIZ – Aichfeld-Industriezentrum aufgenommen wurden.

Wissen Sie, was die steirische Wirtschaft mit diesen Adressen gemacht hat? Sie haben ihre Funktionäre draußen in den Bezirken beauftragt, bei den 15 Lehrlingen und ihren Eltern anzurufen. Das Gespräch mit einem Elternteil wurde mir im O-Ton wiedergegeben. Es hat so gelautet: „Lieber Herr Vater XY, Sie haben eine Tochter, die an der Lehrwerkstätte in Fohnsdorf die Lehre eines Kommunikationstechnikers begonnen hat.“ Antwort des Vaters: „Jawohl, das stimmt!“ Nächste Feststellung des befragenden Wirtschaftskammerfunktionärs oder Aussage dieses Funktionärs: „Ich möchte Ihnen nur mitteilen, daß wir im Auftrag des Herrn Wirtschaftsministers Farnleitner anrufen und daß diese Lehrwerkstätte geschlossen wird. Sagen Sie einmal, lieber Herr Sowieso, wollen Sie Ihre Tochter nicht Friseur lernen lassen?“ (Abg. Gennaro: „So ist das!“)

So schaut das aus, so wird mit diesen Dingen umgegangen. Und dann möchte ich den Wirtschaftskammerfunktionären, die hier anwesend sind – sie müssen ja, ich mache ihnen ja gar keinen Vorwurf, sie müssen ja, sie haben ja den Auftrag dazu, ich sage es ihnen aber trotzdem – nur sagen, was da passiert, daß man eine so exzellente Ausbildungseinrichtung – alle halten wir so schöne Reden, was alles notwendig ist, um für die Jugend etwas zu tun, und dann geht man sehenden Auges her und bringt so eine Lehrwerkstätte um, wissend, was man hier tut, nur um vermeintlich eigene Vorteile zu haben, um ihren KMUs zu sagen, habts schon recht, wenn ihr sagt, um das Geld können wir auch selber ausbilden. Sie können es nicht, sie haben die Zeit nicht, und die dort vorhandenen Auszubildner haben die Qualifikation nicht, um das zu können.

Ich möchte die Leistungen der Wirtschaft im Lehrlingssektor wirklich nicht geringschätzen. Das würde ich mir nicht erlauben. Aber, liebe Kollegen von der Wirtschaftskammer, was ihr hier anstellt, das spottet jeder Beschreibung. Und ich kann Ihnen nur sagen, das duale System wird durch diese Form der Einrichtung nicht unterlaufen.

Herr Kollege Hohegger, es ist immer daran gedacht gewesen, ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß wir von Anfang an den Kontakt zum Herrn Mühlbacher gesucht haben, er hat ihn nur nicht angenommen. Wir sind ihm nachgefahren. (Abg. Dr. Karisch: „Das kann ich mir nicht vorstellen!“) Wir sind ihm nachgefahren. Und das Paradoxe, was den Herrn Mühlbacher betrifft, sage ich auch noch dazu, der, der sich darüber aufregt, daß in eine Jugendausbildungseinrichtung – (Abg.

Dr. Karisch: „Das kann ich mir nicht vorstellen!“ Frau Kollegin, Sie haben keine Ahnung, Entschuldigung – soviel öffentliches Geld hineinfließt, ist selber der Nutznießer von öffentlichen Geldern mit seinem Hotel am Fuße des Kreischberges. (Abg. Purr: „Mit dem Ton, den Sie anschlagen, kann dann schon bald niemand mehr!“)

Ja merkt denn das keiner? Wir sind es ihm ja nicht neidig. Der Bezirk Murau – wo ist denn der Kollege Bacher? – braucht den Kreischberg. Wir haben ja mitgestimmt. Wir haben das ja unterstützt, selbstverständlich, ein dreistelliger Millionenbetrag. Kein Problem, die Murauer brauchen das.

Aber dann geht man auf der anderen Seite her und sagt, 26,5 Millionen Schilling für so eine Einrichtung, das ist ja unglaublich, das kann man doch nicht akzeptieren.

Also, liebe Kollegen, seid mir nicht böse, daß ich so emotionell werde, ich verstehe das einfach nicht, ich fasse das nicht, daß etwas, was da ist – wir brauchen nicht bei Adam und Eva anfangen –, daß man das nicht fortführt.

Vom Herrn Bundeskanzler abwärts, die gesamte Bundesregierung, erklärt uns immer, wie wichtig es ist, daß wir die Lehre forcieren und ihre Einrichtung. Und da haben wir eine, die sich seit 25 Jahren bestens bewährt, und was tun wir? Um einen vermeintlich eigenen Vorteil zu haben, schießen wir sie ab. Es ist nicht zu fassen! Und trotzdem die Wahrheit!

Geschätzte Damen und Herren, ich habe auch am vergangenen Samstag Gelegenheit gehabt, mit dem entscheidenden Minister, Dr. Hannes Farnleitner, am Rande einer Umfahungsspatenstichfeierlichkeit in Obdach zu sprechen. Wissen Sie, wie sich das abgespielt hat? Ich habe so am Rande des Festaktes den Herrn Minister immer wieder angesprochen und habe in entsprechender Form des Anstandes ihn immer wieder auf die auch hier artikulierten Gegebenheiten hingewiesen. Die Antwort des Herrn Bundesministers war: „Herrschaften, solange ihr dort eine Lehrwerkstätte betreibt, wo das Doppelte an Lehrlingsentschädigung nach Kollektivvertrag bezahlt wird, solange kann ich das nicht genehmigen!“ Ich habe ihm dort unmittelbar keine Antwort geben können, weil ich mich um die Lehrlingsentschädigung in der Fülle dieser Argumente und Gegebenheiten wirklich noch nicht gekümmert habe. Ich habe sofort nach Rückkehr von dieser Eröffnungsfeier den Geschäftsführer des AIZ-Trägervereines angerufen und ihm das gesagt. Da sagt der: „Jetzt verstehe ich die Welt überhaupt nicht mehr. Wir zahlen genau nach Kollektivvertrag, 4.970 Schilling. Woher hat denn der Herr Minister das?“ Da sage ich: „Bitte, fragts mich das nicht, ich weiß es nicht!“

Die nächste Geschichte: Ich rufe im Bundeskanzleramt an, sagt mir der Kabinettschef des Herrn Kanzlers: „Der Herr Bundeskanzler wird da halt auch nicht viel tun können, weil das kostet ja 36.000 Schilling pro Kopf und Monat, das ist einfach zu hoch!“ Dann sage ich dem Kabinettschef des Kanzlers: „Das stimmt ja nicht, das sind ja im Schnitt erwiesenermaßen, wie wir anhand von Zahlenmaterial nachweisen können, 18.500 Schilling, also die Hälfte von dem!“ Dann sagt

er: „Dann schicken Sie mir bitte die Unterlagen!“ Wir haben es getan, wir haben bis heute noch keine Antwort.

Und heute oder gestern rufe ich die Frau Mag. Ummenberger, das ist die zuständige Lehrlingsbeauftragte vom Herrn Bundesminister Farnleitner, an und habe ihr halt mein Leid geklagt und habe gesagt: „Frau Magister, gibt es da wirklich keinen Weg, daß wir an den Verhandlungstisch zurückkehren und eine gemeinsame vernünftige Lösung finden, daß die Lehrwerkstätte einer Region, die es bei Gott nicht leicht hat, erhalten bleibt und daß wir auch der Wirtschaft gegenüber unsere Referenzen machen und ihr entgegenkommen, was wir sowieso von Anfang an vorhatten?“ Dann hat sie gesagt: „Das wird nicht gehen, weil wir haben da noch einige Überlegungen, die wir anstellen müssen!“ Dann habe ich gesagt: „Bitte, schicken Sie mir diese Überlegungen, damit wir wenigstens in Graz wissen, damit ich wenigstens in der Steiermark die Sozialpartner bitten kann, reden wir doch über die Forderungen des Herrn Ministers, unter welchen Umständen er bereit ist, diese Lehrwerkstätte zu genehmigen!“ Auch hier, wir haben diese Unterlage selbstverständlich nicht erhalten, zumindest nicht bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Also, ich kann Ihnen sagen, wenn man sich für eine Sache, von der man persönlich überzeugt ist, mit Haut und Haaren verwendet und sich ehrlichen Herzens bemüht, man erleidet nur Enttäuschungen, und das in Serie. Warum, weil ausschließlich Eigendenken, parteipolitisches Denken, das brauchen wir nicht, wir sind die Stärkeren, und überhaupt, das widerspricht unseren Eigeninteressen, hier mitspielt.

Ich bin fassungslos! Ich bin fassungslos!

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte trotzdem ein unverbesserlicher Optimist bleiben, obwohl mein Hoffnungsschimmer schon sehr blaß ist. Aber vielleicht finden wir noch einen Weg gemeinsam. Er könnte vielleicht so ausschauen, geschätzte Kollegen von der Wirtschaft, vielleicht hören Sie jetzt gut zu, die Kooperation mit der Wirtschaft. Nach einer Ausbildungszeit von zwei Jahren sind diese jungen Leute in dieser Lehrwerkstätte erwiesenermaßen fachlich bereits so exzellent, daß man sie in die Produktion geben kann. Damit hätte die Wirtschaft bereits exzellente Betriebselektriker, Elektroniker und Kommunikationstechniker, die produktiv in gewerblichen Betrieben arbeiten könnten. Damit hat der Unternehmer etwas davon, der Lehrling hätte etwas davon, weil er einen Praxisbetrieb hat, und der Träger hätte auch etwas davon, weil er nur während der Zeit, in der der Lehrling dort produktiv arbeitet, die Lehrlingsentschädigung dafür zahlt. Alle hätten etwas davon. Wir müßten bitte schön um Gottes Willen nur können miteinander, aber das ist nicht möglich. Es ist nicht möglich. (Abg. Purr: „Herr Kollege, mit dem Ton, den Sie hier anschlagen, kann dann schon bald niemand mehr miteinander!“) Haben Sie den Ton des Herrn Mühlbacher schon einmal gehört, Herr Kollege? (Abg. Purr: „Herr Kollege, es geht um Ihren Ton. Das, was der Herr Mühlbacher tut, kann ich nicht verantworten. Aber Sie sind für Ihren Ton verantwortlich!“) Daß Ihnen das weh tut als Wirtschaftskammerer, das glaube ich Ihnen eh. Aber Sie selber sind ja auch nicht unbedingt zart besaitet, Herr Kollege Purr, also regen

Sie sich nicht auf. (Abg. Purr: „In dieser Form habe ich mich sicher noch nie in Fanatismus eifernd geäußert!“)

Ich weiß es nicht. Das ist nicht Fanatismus, das ist Betroffenheit und Enttäuschung. Herr Präsident, ich bin gleich soweit. Schauen Sie her, der neue wiedergewählte Bundespräsident Dr. Klestil hat den Betreibern der Lehrwerkstätte noch einen schönen Brief geschrieben, und da wissen wir nämlich wieder, was Papier wert ist, nämlich gar nichts. Wie wichtig und notwendig eine solche Ausbildungseinrichtung ist, Wort des Bundespräsidenten, Grüß Gott!

In diesem Sinne, geschätzte Damen und Herren, möchte ich folgenden Entschließungsantrag einbringen (Präsident: „Es blinkt nicht einmal mehr, Herr Abgeordneter!“) Ich verlese nur mehr den Antrag. (Präsident: „Ja, aber Sie sind dabei, Ihre Zeit weit zu überschreiten!“) Herr Präsident, dann entschuldigen Sie mir das, ich bin sofort fertig, ich verlese nur den Antrag.

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der steirischen Jugendlichen und Gewerbebetriebe, speziell im Bezirk Judenburg, an die Österreichische Bundesregierung nochmals heranzutreten, um den Regierungsbeschluß vom 13. Oktober 1997 – übrigens im Lande einstimmig, wie Sie alle wissen – entsprechend dem Bescheid nach Paragraph 30 des Berufsausbildungsgesetzes die Lehrwerkstätte Fohnsdorf raschestmöglich zu erwirken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Ihre Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ. – 17.49 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (17.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich melde mich deshalb zu Wort, weil ich glaube, wenn es um Ausbildung geht, um Lehrlinge geht, Arbeitsplätze geht, so spüre ich in diesem Hause, daß es fast allen wirklich ein Anliegen ist, zu Lösungen zu gelangen. Da trennt uns sicher nichts! Ich bekenne mich aber auch vollinhaltlich zu sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen. Wenn Sie, Herr Kollege Korp, sich herstellen und Nummer eins gleich einmal einen Wirtschaftskammerfunktionär anprangern, den wir nicht kennen, dessen Name uns nicht bekannt ist, dann darf ich Sie nur bitten, diesen Namen bekanntzugeben. In diesem Hause sage ich, ich bestehe darauf, den Namen von Ihnen zu erfahren! Einfach das in den Saal zu streuen und zu sagen, hört man, sagt man, und letztendlich kennen wir ihn nicht, dabei kann es nicht bleiben. Auch Ihr Ton und Ihre Kritik – Kritik berechtigt, aber in welcher Form Sie es bringen – Sie sagen nichtemotionell oder doch emotionell – bitte, einen feindlicheren Ton, eine unangenehmere Art, es vorzubringen, ist mir nicht bekannt. Wenn Sie von Zusammenarbeit sprechen, dann müssen wir alle, auch Sie, die Grundlagen für eine Zusammenarbeit legen. Durch Ihr Verhalten, durch Ihre Argumentation, durch Ihre Wortwahl, Sie sagen parteipolitisches Denken hat bei uns stattgefunden, das prangern Sie an. Kollege, machen wir uns nichts vor, vielleicht

urteilen die Kolleginnen und Kollegen im Saal, wie parteipolitisch Sie persönlich denken. Ich bitte Sie, bei aller Ernsthaftigkeit dieses Themas, dieses Problems, den Fanatismus beiseite zu lassen und zur Lösung beizutragen. Wenn Sie hier danach ringen, Änderungen herbeizuführen, im Landtag werden wir keinerlei Gesetze auf diesem Sektor, kollektivvertragliche Vereinbarungen, ändern, das ist die Adresse an den Bund, machen wir uns gegenseitig nichts vor. Vielleicht hat der andere oder die andere bei diesen Vereinbarungen dann und wann überzogen, und wir alle sind jetzt die Opfer dafür, daß Verschiedenes nicht so läuft, wie wir uns das vorstellen, wie wir uns das wünschen würden. Wir tragen die Konsequenzen dafür. So mancher Prozentsatz Arbeitslosigkeit scheint mir nicht notwendig zu sein, aber in guten Zeiten hat man vielleicht auf der einen oder anderen Seite unüberlegt großzügig überzogen, ohne daran zu denken, daß wir für die Zukunft für unsere Menschen in den Betrieben einiges zu sichern haben. Ich bitte Sie, Herr Kollege Korp, in Zukunft sich die Wortwahl wirklich zu überlegen, um das Klima nicht durch Ihre Aussagen in einer Form zu belasten, daß eine Zusammenarbeit, die wir alle wünschen, fast nicht mehr möglich erscheint. (Beifall bei der ÖVP. – 17.52 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (17.52 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das war jetzt eine kurze Vorstellung davon, warum scheinbar in der Lehrlingsausbildung nichts weitergeht, weil hier zwei verhärtete Fronten sich gegenüberstehen und statt sachlicher Lösungen Polemik verbreiten. Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, daß wir jetzt nahezu seit einem Jahr keine Verhandlung mehr im Unterausschuß zur Lehrlingsfrage geführt haben. Die Lehrlingsenquete war das letzte Auftreten dieses Ausschusses, seitdem ist nichts in dieser Richtung weitergegangen. Das wurde bereits im Ausschuß kritisiert, und das möchte ich auch heute hier wieder kritisieren. Wir reden zwar sehr viel darüber, aber dann, wenn es darum geht, was zu tun, dann wird nichts angegangen, dann wird Hickhack betrieben. Der eine ist schuld, der andere ist schuld, und keiner greift etwas an. Wenn wir scheinbar bei einem Problem sind und nicht weiterkommen, dann kommt meistens aus einer politischen Ecke der Ruf nach einer neuen Steuer, nach einer neuen Abgabe. Und dieser Antrag – ich kehre jetzt wieder zurück zum Lehrlingsfonds – ist dafür ein treffendes Beispiel. Der Wunsch der Sozialdemokraten nach diesem Fonds ist nicht neu, ich bewundere auch die Hartnäckigkeit, mit der diese Forderung weiterbetrieben wird, jedoch durch ein ständiges Wiederholen wird meiner Meinung nach diese Forderung nicht sinnvoller. (Abg. Gennaro: „Steter Tropfen höhlt den Stein!“) Ja, da magst du schon recht haben, aber nicht jedes Sprichwort kann man anwenden. (Abg. Gennaro: „Du verstehst das nicht!“) Nach meiner Meinung, lieber Kollege Kurtl Gennaro, schafft dieser Fonds keine neuen Ausbildungsplätze, und er stärkt schon gar nicht Wirtschaft, und Schlagworte wie „Arbeit für unser Land“ können doch nicht die Begründung für diese Forderung sein.

Wir Freiheitliche können diesem Wunsch nach einer neuen Steuer, nach einer neuen Belastung nach diesem Lehrlingsfonds relativ wenig abgewinnen. Es schaut vielleicht auf den ersten Blick sehr vielversprechend aus, entpuppt sich jedoch bei weiterem Hinsehen als ein Bumerang für unsere Klein- und Mittelbetriebe. Denn die, die man treffen will – die Großen wahrscheinlich – werden sich wieder von dieser Abgabe verabschieden, und dann sind es wieder die kleinen Betriebe, die mittleren Betriebe, die dann diese Abgabe zu zahlen haben. Und von den 42.000 Betrieben, die momentan in der Steiermark sind, sind 6000 Betriebe, die Lehrlinge ausbilden. Der Rest von 36.000 würde somit zur Kasse gebeten werden. Es ist somit ein Siebentel der Gesamtbetriebe, das ausbildet.

Darunter sind aber sehr viele Betriebe, die haben noch nie einen Lehrling ausgebildet, sie haben auch gar keine Möglichkeit dazu, einen Lehrling auszubilden, und sie werden nie einen Lehrling ausbilden. Und das abgesehen von vielen fehlenden Lehrberufen.

Wenn dieser Fonds wirklich etwas bringen sollte und wenn er nicht nur eine Alibiaktion ist, dann sind die Beträge, die eingenommen werden sollen von den einzelnen Betrieben, nicht unbeträchtlich und sind belastend.

Die Wirtschaft, meine Damen und Herren, wir haben die Wirtschaftsdiskussion heute schon gehabt, stöhnt unter einer Belastungswelle. Wir kennen die Diskussion der Lohnnebenkosten, und wir haben sie schon des öfteren hier geführt.

Wie schaut es dann aus mit der öffentlichen Hand und mit dem Fonds? 17 Prozent der Facharbeiter werden von der öffentlichen Hand abgesaugt. Zahlt dann der Vater Staat auch in diesen Fonds ein? Wir sehen das selbst bei den Personalaufnahmen, im Personalbeirat, wir fordern immer den Facharbeiter als Voraussetzung. Also im Endeffekt darf dann auch das Land Steiermark, darf der Bund auch in diesen Fonds einzahlen.

Ich glaube, daß diese Forderung ein Ablenkungsmanöver in der Lehrlingsausbildung ist, mit dem man die wirklichen Probleme vor sich herschiebt. Es ist ein riesiger Reformstau, und man glaubt, hier mit Scheinlösungen die Lehrlingsausbildung zeitgemäß gestalten zu können. Ich glaube, wir sollen der Wirtschaft die Möglichkeit geben, eine sinnvolle Lehrlingsausbildung zu betreiben. Wir sind für eine zeitgemäße Ausbildung, für inhaltliche Qualität – die ist in den meisten Fällen in Ordnung. Ich habe wieder ein Beispiel erlebt bei einem Landesleistungswettbewerb in der Schule in Gleinstätten, wo die Konditoren einen Wettbewerb hatten, und ich konnte miterleben, daß die Leistung und die Ausbildungsqualität in sehr weiten Teilen eine ausgezeichnete ist.

Lassen wir die Lehrherren und lassen wir die Lehrlinge arbeiten, schaffen wir keine neuen Regulierungen! Man macht es beiden Teilen nur schwieriger damit, und man löst nicht die wirklichen Hemmnisse.

Große Versprechungen – ich erinnere an die Aussage vom Bundeskanzler Klima, der gesagt hat, „im Herbst wird kein junger Abgänger ohne Lehrplatz dastehen“ – bringen nichts, und auch die kleinen Erfolge werden nur als große Beispiele verkauft. Ich erinnere an den Freibetrag, die 20.000, und die Freistellung.

Ich glaube, daß derzeit die guten Zahlen in der Lehrlingsausbildung den Reformwillen etwas bremsen, und ich sehe auch zunehmend, daß wir nur mit Geld momentan diese Zahlen erkaufen. Es werden auf Bundes-, Landes-, Gemeinde- und AMS-Ebene Milliarden in die Lehrlingsausbildung gestopft. Schön langsam geht aber allen das Geld aus. Auf der Landesebene kürzen wir von 12.000 auf 5000, und das Arbeitsmarktservice, haben wir heute schon gehört, ist pleite in dieser Richtung.

Es sind meiner Meinung nach Eitelkeiten in der Sozialpartnerschaft, die hier einiges blockieren. Wir parken jetzt die Menschen in den Schulen zwischen, und wir schieben das Problem auf das nächste Jahr hinaus. Wir werden nächstes Jahr doppelt so viele Lernwillige auf der Straße stehen haben. Wir haben nur ein Jahr gewonnen oder es hat sich die Bundesregierung zumindest auf ein Jahr drübergerettet und die Nationalratswahl 1999 wahrscheinlich damit gerettet.

Wir müssen darum hergehen, endlich die Lösungen zu suchen. Wir müssen darum hergehen, endlich die Lösungen anzugreifen. Und wir müssen darum hergehen, im Unterausschuß wieder zu arbeiten und jene Papiere aufzugreifen, die es notwendig machen, die Lehrlingsausbildung voranzutreiben.

Wir machen also bei diesem Antrag der SPÖ sicherlich nicht mit, weil es um eine neue Belastung für die Wirtschaft geht. Wir brauchen keine neue Belastungswelle für die Wirtschaft, sondern eine Entlastungswelle. Wir brauchen freie Unternehmer, und wir brauchen eine Steuerreform, die den Beschäftigten nützt, und keine Erfindung neuer Belastungen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf noch kurz zu den drei Anträgen, die heute von der SPÖ eingebracht werden, Stellung nehmen.

Ich glaube, der Lehrlingsausbildungsfonds ist inzwischen klar.

Die zweite Sache mit der Vertretung der Lehrlinge in der Wirtschaftskammer. Ich glaube, auch in diesem Fall keine neuen Lösungen, keine neuen Stellen, sondern wir gehen die Lösung auf einer anderen Ebene an.

Und die dritte Sache mit der Finanzierung der Lehrwerkstätte Fohnsdorf. Es handelt sich hierbei um einen einstimmigen Regierungsbeschluss, den wir in diesem Fall auch mittragen. Es geht hier bei den 26,5 Millionen um die erste Phase, das heißt um jene Lehrlinge, die bereits ausgebildet werden, und wir sind dafür, daß diese Leute fertig ausgebildet werden, jedoch in Zukunft werden wir uns, nicht nur wegen der Kosten, das Angebot der Lehrwerksstätten sehr überlegen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.01 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (18.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man zu dieser Regierungsvorlage Stellung bezieht, dann möchte ich aufmerksam machen, allein schon die Wortwahl, wie die Wirtschaftskammer sich in der Frage Lehrlinge gibt, daß sie schreibt, „5900 lehrlingshaltende Betriebe“ – halten tu ich

einen Stier, gelt Monika, oder ein paar Viecherln, aber einen Lehrling halte ich nicht, einen Lehrling bilde ich aus oder beschäftige ihn –, da sieht man schon den geistigen Zugang der Wirtschaftskammerfunktionäre, die haben das gemacht, zu dem Problem: Lehrlingsthema.

Und, lieber Kollege Wiedner, du hast gesagt, du bewunderst unsere Hartnäckigkeit, ich darf dir sagen, wir werden sehr hartnäckig bleiben, und ich bin es schon seit dem Jahr 1975, auch wenn man mir das Gas abdrehet. Ah, der Ton ist schon wieder da, aber ich habe eine laute Stimme. (Abg. Schinnerl: „Das Gas abdrehen?“)

Man sagt das so steirisch, Kollege Schinnerl, du bist ja auch nicht so in deiner Wortwahl, du sagst ja oft „aus Jux und Toleranz“, da habe ich mich auch noch nicht aufgeregt. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Wenn, wie, Herr Kollege Wiedner und Herr Kollege Purr, alle von der Wirtschaft, in dieser Vorlage klar und deutlich zum Ausdruck kommt, daß es 5900 Betriebe gibt, die Lehrlinge ausbilden, und über 36.000 Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, bin ich immer davon ausgegangen – und das ist nachweisbar, daß wir es auch nie verlangt haben –, daß ein Familienbetrieb da mit einbezogen wird in die Unterstützung für die Betriebe, die ausbilden. Und lieber Kollege Wiedner, so naiv bin ich nicht, weil da komme ich schon erstens viel länger mit Lehrlingsbetrieben zusammen und kenne die Meinung verschiedener Betriebe und verschiedener Wirtschaftsleute, die das sehr wohl begrüßen und sagen, die Grundidee ist positiv, daß die Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, etwas kriegen, und die, die nichts machen, sollen in den Topf einzahlen, wenn sie die Möglichkeit hätten, Lehrlinge auszubilden. Davon gehe ich einmal aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Es funktioniert die Beitragszahlung sehr wohl im Behindertenbereich, weil da gibt es genauso gesetzliche Regelungen, nur putzen sich die Firmen da ab und sagen, da zahle ich lieber in den Topf hinein, bevor ich einen Behinderten beschäftige.

Ich kann das Lied schon nicht hören, wenn die Wirtschaft permanent hinausgeht und sagt, wir brauchen Facharbeiter, wir haben zu wenig Facharbeiter. Unsere qualifizierte Arbeit war bis dato immer noch das Plus, das wir innerhalb Europas gehabt haben, weil wir nachweisen können, daß wir gut ausgebildete Leute haben, daß wir fähige Leute haben, die das Wissen vermitteln, und daß das unsere Stärke war. Andere beneiden uns um unser Ausbildungssystem, aber ihr geht her und sagt, nein, nein, das ist nur so eine zusätzliche Belastung.

Kollege Wiedner, weißt du, was eine Belastung ist? Wenn Eltern, so wie meine Großeltern mir erzählt haben, bezahlen mußten, daß sie den Kindern einen Beruf erlernen lassen haben können, und wer kein Geld hatte, der ist Hilfsarbeiter geworden. Ja, wollen wir die Zeit wieder haben?

Indirekt zahlen wir heute über Steuermittel für die Wirtschaft, damit die Lehrlinge ausgebildet werden. Ich habe die Unterlagen von in der Früh – um 8 Uhr war heute schon ein Lehrlingstreffen –, wo der Herr Präsident der Wirtschaftskammer, der eingeladen war, überhaupt nicht gekommen ist. Da hat er einen

Beamten hingeschickt, und der hat dort auch nicht viel gesagt, während ich dort war. Was er hinter mir oder nach mir gesagt hat, weiß ich nicht. Die Zahlen beweisen es. Ja, Kollegen und Kolleginnen, kein einziger Lehrling oder nur sehr wenige im ersten Lehrjahr. Sie sind nur aufgenommen worden, wenn sie eine Förderung gekriegt haben. Und in der Industrie haben wir das Problem, Peter Hochegger, du weißt es genau, Schließung der Lehrwerkstätten und, und. Auch Waagner-Biró überlegt jetzt schon, werden wir die Lehrwerkstätte zusperrern, hochqualifizierte Maschinenparks, hochqualifizierte Leute.

Ja, schauen wir da zu, daß eine Ausbildungsstätte um die andere davongeht. Müssen wir nicht dort ansetzen und sagen, nützen wir diese Kapazitäten, wir – die Wirtschaft – brauchen ja die guten Facharbeiter? Den sie morgen braucht, den müssen sie schon gestern ausgebildet haben, weil heute ist es schon zu spät. Sonst werden wir in die Situation kommen, wie sie andere Staaten haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und es zeigt auch in diesem Bericht klar und deutlich, das soll keine Kritik sein, wir sollten ja alle darangehen, eine echte, gute Ausbildung weiterhin zu forcieren. Es wird hier gar nicht bestritten in der Regierungsvorlage, daß es Mißstände, daß es Qualitätsmängel gibt. Warum bemühen wir uns nicht, auch Qualitätsverbesserungen zu erreichen, Betriebe zu unterstützen, die oberste Qualität vermitteln? In Wien geht alles locker, da gibt es außerbetriebliche Lehrwerkstätten für 500 Leute auf Vereinbarung, da gibt es nur keinen Mühlbacher, da gibt es andere Leute, die das machen. Und wenn du gesagt hast, es gibt ein Hickhack, oder es sind eingefahrene, festgefahrene Momente oder Positionen. Ja, meine Damen und Herren, wir vergessen wohl, daß der Landtag einstimmig und die Regierung die 27 Millionen Landesförderung am 13. Oktober 1997 beschlossen haben für die Situation in Fohnsdorf. Und ich brauche da dem Kollegen Korp nicht nachbeten – aus seiner Betroffenheit, wenn man dort tagtäglich oben ist und wenn man aus und ein geht. Und wenn ich Ihnen sage, wie viele Anrufe ich kriege, weil die Eltern, Lehrlinge, Auszubildner, alle schon verzweifelt sind, weil wir illegal dort zuschauen, wir da alle miteinander, weil wir nicht in der Lage sind und auf Grund dessen, was der Kollege gesagt hat, die Fehlinformationen zwischen Wirtschaftsminister und dem Herrn Präsidenten Mühlbacher. Ja, wir waren uns über den Berufsausbildungsfonds schon so nahe, nur ist er aus politischer Sicht gefallen. Ich sage das ehrlich auch, wir als Gewerkschafter haben Fehler gemacht. Seit 1975 haben wir es verlangt, und es ist immer nur gestritten worden, wer diesen Fonds verwaltet. Ich habe es da schon einmal gesagt, mir ist das doch völlig egal. Die Wirtschaft soll den Fonds verwalten, sie soll diese Betriebe beteiligen, denen das Geld zusteht. Aber sind wir doch nicht so engstirnig und reden wir da von Belastungen, wenn es darum geht, 5900 Betrieben zu helfen, die ausbilden, und die anderen, die Leute, die einfach abkassieren um ein billiges Geld. Das ist der Punkt. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn man von Polemik redet, Kollege Hochegger, wir zwei verstehen uns ausgezeichnet in der Frage, in der Sache haben wir oft unterschiedliche Meinungen. Mich trifft das auch persönlich, wenn sich ein Wirtschaftskammer-

präsident so weit herabläßt. Entweder habt ihr ihn falsch informiert, daß er Unwahrheiten, um nicht zu sagen Lügen, in der Wirtschaftszeitung als bezahlte Anzeige der Wirtschaftskammer – der Kollege Korp hat es angeschnitten – verbreitet. Für so etwas gebt ihr euch her? Wissentlich, daß dahinter Schicksale stehen, Eltern, die jetzt schon bangen, und ich fordere dich auf und vor allem den Kollegen Purr, sagt bitte dem Präsidenten, er soll morgen in die Öffentlichkeit gehen und sagen, wo er die Lehrlinge oben unterbringt, aber nicht nur die 35, die es jetzt sind, und in Summe sind es 35, weil die 15 aufgenommen sind, die noch nicht berechtigt ausgebildet werden. 60 bis 65 Jugendliche, die letzte Zahl vor einer Woche, haben bereits angesucht bei dem AIZ, wo die Wirtschaft mit drinnen ist, wo wir uns sogar gesagt haben, völlig klar, man wollte das zuerst über das BFI machen, bevor das überhaupt nichts wird, hat die Wirtschaft gesagt, kommt gar nicht in Frage. BFI, das ist politisch, das gehört den Roten, da müssen wir mitmischen. Bitte, Wirtschaft, tuts mit. AIZ, Wirtschaftstreibende sind dort drinnen, die das ganze machen, die schlagen die Hände zusammen, was die Wirtschaft selbst für eine Meinung darüber hat.

Ich möchte das nur deswegen sagen – es gäbe noch sehr viel zu sagen, aber die Zeit will ich nicht übergebührlich strapazieren, ich habe dann noch zwei Entschließungsanträge –, ich bitte nur wirklich in allem Ernst, in der Sache mitzuhelfen. Ich habe weder vom Landesrat Paierl, weder von der Frau Landeshauptmann in der Frage irgendwo öffentlich eine Aussage gehört. Bitte schön, der Kollege Korp hat es gesagt, lösen wir das Problem da oben. Und sind wir doch so ehrlich und sagen, wenn das nicht gelöst werden kann, wenn die Wirtschaft nach wie vor sagt, in der Steiermark nein, der Herr Bundesminister Farnleitner zu Recht sagt, solange der Herr Mühlbacher nein sagt, gebe ich keine Unterschrift. Dann sage ich bitte, schaut in die anderen Bundesländer, Oberösterreich, Wien, und, und, wie schnell, wie unbürokratisch das geht, wo man auch außerbetriebliche Lehrwerkstätten macht. Jetzt haben wir ein super nationales Beschäftigungsprogramm beschlossen, da sind ein paar Seiten nur den Lehrlingen gewidmet. Es gibt auch noch Nebenabreden zwischen drei Ministerien in der Frage der Lehrlinge. Da ist Fohnsdorf auch drinnen, aber nur abgesichert mit 30 Leuten. Das heißt, die, die jetzt bei der Siemens lernen. Es ist nicht gelungen, auch den Sozialpartnern nicht gelungen, der Regierung klarzumachen, daß da zu dem Fohnsdorfer Projekt auch noch diese Situation gehört.

Warum helfen wir nicht mit, warum bereinigen wir nicht die Unwahrheiten und sagen, das stimmt nicht, daß doppelte Lehrlingsentschädigungen bezahlt werden? Es stimmt nicht, daß der Ausbildungsplatz 26.000 Schilling kostet. Ja, nicht die Gewerkschaft hat das berechnet, die Manager vor Ort, die Wirtschaftstreibenden, die in diesem AIZ drinnen sind, haben, und ich habe es mit, eine Kostenaufstellung vorgelegt, die nachweist, in welcher Höhe die ganze Situation zu finanzieren sei, Kollege Purr. Das, bitte schön, schaut euch an, dann kommst du zu dem Betrag von durchschnittlich 18.577 Schilling. Ja, man muß aber schon der Fairneß halber dazusagen, daß ja dort bitte auch der Maschinenpark und so weiter für eine über-

betriebliche Lehrwerkstätte auch zur Verfügung gestellt wird. Und es stimmt schon, wenn man langfristig die Kosten hochrechnen und das alles investieren muß, was bitte ein Unternehmer bereits an Maschinenpark hat, kostet es etwas mehr. (Abg. Löcker: „Das ist ihm auch nicht geschenkt worden!“) Ja, natürlich nicht. Aber willst du sagen, bitte schön, dann gehen wir her und sagen wir es offen und ehrlich, was wir wollen. Wir nehmen keine Lehrlinge mehr, wenn sie nicht von A bis Z von Steuermitteln bezahlt werden. Wieviel sollen wir denn noch die Hose herunterlassen, bitte schön? Im Grundsatz hat die Wirtschaft, Gott sei Dank sage ich, in der Einbekennnis der Sozialpartnerschaft viel erreicht, wir haben überall nachgegeben. Es sind noch Wünsche offen, aber ihr hört ja nicht auf. Am liebsten wäre euch, für den Lehrling überhaupt nichts zu zahlen, ihn nur auszunutzen. Ich sage dir ein Beispiel, lieber Löcker Hans. In Leoben oben hat man in einem Kaufhaus um die Weihnachtszeit sich mit Schnupperlehrlingen geholfen. Vierzehn Tage über die härteste Zeit, vor Weihnachten, haben sie die hineingeholt. Aber nicht, daß sie ihnen etwas gelernt haben, sondern das waren die billigsten Hilfsarbeiter, die nichts gekostet haben, dafür haben sie schnuppern dürfen. Ist das bitte das System? (Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Präsident, ich habe da noch acht Minuten. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich bitte, auf die Uhr zu schauen. Diese Zeit habe nicht ich eingegeben. Hauptredner war der Herr Abgeordnete Korp, der seine 20 Minuten ausgenutzt hat.“)

Gut, dann kratze ich schon die Kurve und werde sofort alles unterbrechen. Ich möchte nur noch sagen, es gibt noch im nächsten Tagesordnungspunkt eine Möglichkeit, ein paar Sätze dazu zu sagen.

Ich möchte daher zwei Entschließungsanträge in aller Kürze verlesen, betreffend Lastenverteilung für Lehrlingsausbildung zum Tagesordnungspunkt 7 der Abgeordneten Gennaro und Korp.

Ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter werden von Lehrlinge ausbildenden Betrieben der gesamten Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Diese Ungerechtigkeit zu Lasten der Ausbildungsbetriebe muß ausgeglichen werden. Jene Betriebe, die fertige Facharbeiter und Facharbeiterinnen am Arbeitsmarkt vorfinden, sollen auch zu deren Ausbildung beitragen. Dieser Lastenausgleich würde die Ausbildung von Lehrlingen wirtschaftlich attraktiver machen und eine Anerkennung der großen Leistung von ausbildenden Betrieben durch die Nutznießer dieser Leistung darstellen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Präsident des Landtages wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, die Gründung eines Lehrlingsausbildungsfonds zu veranlassen, der von nichtausbildenden zugunsten von ausbildenden Betrieben gespeist wird.

Zweiter Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 7, betreffend die Vertretung der Interessen von Lehrlingen.

Die Lehrlingsstelle der Wirtschaftskammer stellt jene Einrichtung dar, die nach Paragraph 19 BAG mit der Überwachung der Lehrlingsausbildung betraut wird. Dazu gehört auch die Kontrolle der ausbildenden Betriebe. Die Lehrlingsstelle ist nach diesem Gesetz als Amt zu verstehen, ihr fällt auch die Genehmigung

von Lehrverträgen zu. Es ergibt sich daher die einzigartige Situation, daß die Anliegen von Arbeitnehmern und deren Ausbildung durch eine Einrichtung der Arbeitgebervertretung kontrolliert wird. Diese geht auf jene Zeiten zurück, als Ausbildung von Lehrlingen noch zur Berufsethik des Handwerks gehörte und Arbeitnehmer keinerlei selbstgestaltete Vertretung hatten.

Der Kampf der steirischen Wirtschaftskammer gegen die Ausstellung eines Bescheides nach Paragraph 30 Berufsausbildungsgesetz für die Lehrwerkstätte in Fohnsdorf zeigt einmal mehr, wie weit die Positionen von Unternehmervertretung und Ausbildungswilligen voneinander entfernt sind. Wir fordern daher die Ausgliederung der Lehrlingsstelle aus der Wirtschaftskammer und Anbindung an ein unabhängiges öffentliches Amt, geführt von einem Lehrlingsbeauftragten, der alle Angelegenheiten dieses Themas koordiniert.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Präsident des Landtages wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten, um die Loslösung der Lehrlingsstellen von den Wirtschaftskammern zu betreiben. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 18.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Purr (18.15 Uhr): Lieber Kurt Gennaro, ich muß mich deshalb melden, weil man nicht alles im Raum stehen lassen kann. Bei der einen oder anderen berechtigten Kritik, ich verstehe dich sehr wohl, weil ich eigentlich deine Arbeit, die du draußen in den Betrieben machst, wirklich sehr ernst nehme, ich sage das, aber wenn du dich da herstellst und sagst: „Schauts, was die Unternehmer gemacht haben, 14 Tage vor Weihnachten haben sie die Leute genommen und haben die ausgenützt, weil das waren die billigsten Arbeiter.“ (Abg. Gennaro: „Die wurden genau vor Weihnachten eingestellt!“) Kurtl, ein offenes Wort, es mag der eine oder andere vielleicht geschneppert haben vor Weihnachten, das kann schon sein. Kein einziger junger Mensch wird soviel Wissen und Können mitbringen, daß er gerade 14 Tage vor Weihnachten dort eine besondere Hilfe ist. Du stellst das so dar, als hätte man die genommen und gesagt, der nimmt eh schön billige Arbeiter – Schnupperlehre – (Abg. Gennaro: „Wenn der Regale einschlichen muß, willst du sagen, daß der zu dumm ist dazu? Das ist eine billige Arbeitskraft!“) Nein, Kurtl, du bist in der Dialektik perfekt, das ist keine Frage, du kannst das auf diese Ebene bringen, daß man dann sagt, eigentlich hast du recht, die waren es wirklich. In Summe kann man nicht pauschalieren von Einzelfällen dieser Art, Regale einschlichen, bitte, vielleicht ist es passiert, aber so kann es nicht sein.

Und was diese Lehrwerkstätten hier betrifft, so habe ich den Eindruck, es gibt hier verschiedenste Berechnungsarten. Jeder verwendet da scheinbar eine eigene Basis zur Berechnung. Jedenfalls, bei den uns vorliegenden Zahlen, so wie das derzeit aussieht, können wir deine Anschauungen nicht teilen. Ich glaube, das muß auf Landesebene, auf Landesebene, bitte, Kurt, sozialpartnerschaftlich gelöst werden. Wir können da bei diesen derzeitigen Positio-

nen, die wir hier einnehmen, glaube ich, einen Konsens nicht finden. (Beifall bei der ÖVP. – 18.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Brüner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brüner (18.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur ein paar Worte zum vorliegenden Geschäftsstück, also zum Lehrlingsausbildungsfonds. Das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft hat 1994 eine Betriebsbefragung durchgeführt und bei dieser Betriebsbefragung zu erheben versucht, was bei den Unternehmerinnen und Unternehmern die Gründe für die Einstellung der Lehrlingsausbildung sind. Häufigst genannter Grund für die Einstellung ist das Arbeits- und Jugendbeschäftigungsrecht. 67 Prozent sagen, daß sie deswegen keine Lehrlinge nehmen, weil dieses Recht entgegensteht. 58 Prozent sagen, die Lehrlingsausbildung wurde zu teuer. 57 Prozent sagen, es gibt einen Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern unter den Lehrlingen. Wie immer man solche Befragungen auch beurteilen und bewerten mag, daraus ergeben sich für mich ganz klar die Schwerpunkte einer Reform der Lehrlingsausbildung, nämlich erstens: Deregulierung der ausbildungs- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, und damit ich nicht mißverstanden werde, sehr wohl auch unter Berücksichtigung der Interessen der Lehrlinge, was zum Beispiel Gesundheitsschutz angeht, zweitens: Senkung der Unternehmerkosten der Lehrlingsausbildung und drittens: eine Bildungs- und Qualitätsoffensive sowohl im schulischen Bereich als auch im Lehrausbildungsbereich.

Das sind die Schwerpunkte, die sich daraus ergeben, und nicht wieder ein solcher Lehrlingsausbildungsfonds, nicht wieder ein Instrument, wo ich auf der einen Seite meine, zu Recht Geld abschöpfen zu können, das ich auf der anderen Seite zu Recht zuweisen möchte.

Diese Ausgleichsmechanismen, Herr Kollege Gennaro hat ja den Behinderteneinstellungsfonds genannt, funktionieren in der Regel nicht, denn es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder ich setze eben einen Betrag fest, wie beim Behinderteneinstellungsfonds, der leicht zu bezahlen ist und wo man sich dann freikauf und wo der eigentliche Zweck nicht erreicht werden kann, oder ich setze ihn so hoch an, daß tatsächlich für die Unternehmungen, die ihn bezahlen müssen, ein Problem entsteht.

Also, ein Nein zu diesem Lehrlingsausbildungsfonds. Ich möchte anmerken, wir haben schon im Ausschuß gesprochen, Herr Kollege Hohegger, daß es wichtig wäre, daß wir jetzt einmal im Unterausschuß zu einem Ende kommen, weil ja etliche Anträge der Landtagsparteien – auch ein Antrag von uns – vorliegen.

Was jetzt die Lehrwerkstätte in Fohnsdorf angeht, möchte ich, nachdem ich mir die Debatte angehört habe, Herr Kollege Korp, festhalten, daß wir dem Entschließungsantrag zustimmen, den Sie hier stellen, und zwar deswegen, weil eine Geschichte, die eben läuft und die erfolgreich läuft, jetzt nicht gestoppt

werden soll, erstens. Zweitens gibt es einen einstimmigen Landesregierungsbeschuß. Ich verstehe nicht, daß der jetzt nicht umgesetzt wird. Ich meine, so etwas erweckt ja auch Hoffnungen, wenn die Landesregierung einstimmig einen solchen Beschuß faßt. Leute disponieren im Hinblick - (Abg. Korp: „Die Jugend verliert den Glauben an die Gesellschaft!“)

Die Jugendlichen, die Eltern, auch die Unternehmungen disponieren im Hinblick auf diesen einstimmigen Landesregierungsbeschuß. Daher werden wir diesem Entschließungsantrag der SPÖ zustimmen. (Beifall beim LIF. - 18.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Vorläufig letzter Redner bei diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Abgeordnete Hohegger. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (18.22 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Zur Lehrlingssituation einmal generell. Wir sollten auch darüber nachdenken, was der Grund der Lehrstellenproblematik ist. Es sind nicht die bösen Unternehmer oder die Mühlbachers oder wer immer, wir haben hier vor allem einen Strukturwandel in der Industrie. Wir haben das heute schon gehört aus dem Mund der Sozialdemokraten, wenn nicht eh vom Gennaro, wir haben eine Entindustrialisierung. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, da kann man nicht irgend jemand die Schuld geben. Am meisten zurückgezogen haben sich aus der Lehrlingsausbildung - österreichweit und auch in der Steiermark - die Industrie und der Handel. Das ist das eine.

Zum Zweiten möchte ich noch sagen, zum Antrag, zum Lehrlingsausbildungsgewerkschaft ist auch schon ein sehr alter Hut, den die Gewerkschaft seit Jahrzehnten einbringt. Und da könnte ich sagen, den Gennaros fällt nichts Neues, nichts Gescheites ein. (Abg. Gennaro: „Darüber kann man diskutieren!“) In Wirklichkeit darf ich auch hier gerade die Fohnsdorfer zitieren - und da bin ich beim Kollegen Brünner oder auch beim Kollegen Wiedner, nur da, in Wirklichkeit ist es eine Kostensteigerung - ich zitiere einen Siemens-Mitarbeiter von Fohnsdorf, den Herrn Stadlober, den ich auch kenne, und der sagt wortwörtlich: „Was viele fertig macht“, meint Stadlober „ist, daß wir stets pünktlich hohe Qualität geliefert haben, und trotzdem weicht der Konzern - nämlich Siemens - in Billiglohnländer aus!“ Es sind die Kosten, es ist ja nicht eine Hetz von Siemens oder sonst irgend etwas. (Abg. Gennaro: „Aber nicht wegen der Lehrlinge!“)

Und deshalb würde ich einmal hinter den Fonds, der kostenerhöhend wirkt, drei Fragezeichen stellen. Das Behinderteneinstellungsgesetz - wie Christian Brünner gesagt hat - sollte für uns ja ein Musterbeispiel sein, daß man so etwas mit einer Strafsteuer im Rahmen der Wirtschaft nicht regeln kann. Wenn hier auch gewisse Töne angeschlagen wurden, die nicht sehr sympathisch sind. Du bist nicht nur sehr lautstark, lieber Kurt Gennaro, dagegen habe ich noch nichts, aber es ist immer so unerschwerlich das Anschütten des einen Sozialpartners, und so kann es in einer Sozialpartnerschaft nach meinem Verständnis nicht funktionieren. (Abg. Gennaro: „Das heißt nicht mehr Sozialpartner. Die Sozialpartnerschaft in der Steiermark kannst du auflösen. Außer Luft nichts

gewesen!“) Sie kann mit der Kultur einfach nicht funktionieren. (Abg. Gennaro: „Wenn die Haltung des Präsidenten Mühlbacher so ist, kann ich darauf verzichten!“) Es geht überhaupt nicht um den Präsidenten Mühlbacher. Es geht da um die Wirtschaft. Und dazu möchte ich einmal sagen, was läuft in der steirischen Wirtschaft. Die steirische Wirtschaft hat innerhalb der letzten fünf Jahre 15.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Ich habe das schon hier gesagt, das ist der Positivsaldo. Wir haben in der Industrie in der Steiermark in den letzten fünf Jahren 15.000 Arbeitsplätze verloren. Trotzdem haben wir die gleichzeitig aufgefangen und plus 15.000 dazu, das sind insgesamt 30.000 Beschäftigte oder Arbeitsplätze neu in der Steiermark.

Wir haben weiters in den letzten fünf Jahren um 3000 Arbeitgeberbetriebe mehr, das sind im Jahreschnitt auch plus 600. Und wir haben gemeinsam mit der Lehrstellenförderungsaktion - und was immer das sein mag - die Trendwende auf dem Lehrstellenmarkt in der Steiermark herbeigeführt. Wir haben heute wiederum über 6000, konkret 6400 Lehranfänger pro Jahr, und wir waren hier schon auf 5900 herunteren. Und wir haben auch in der Landespolitik Zeichen gesetzt, ich nehme hier Bezug auf den Wirtschaftslandesrat und auf den Finanzlandesrat, wir haben ein Rekordbudget beschlossen für die Lehrlingsausbildung in der Steiermark. Nämlich, es sind insgesamt im Budget '98 für die Lehrlingsausbildung in der Steiermark 850 Millionen vorgesehen. Das hat es noch nie gegeben in diesem Land. Und wir nähern uns, in der Tat, diesbezüglich der Lehrlingsmilliarde.

Jetzt komme ich ein bißchen konkreter auf das Fohnsdorfer Problem zurück. Und da meine ich, daß es hier eine permanente Themenverfehlung von den Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, angeführt vom Herrn Kurt Gennaro, gibt. Es geht überhaupt nicht um den Präsidenten Mühlbacher oder um irgendeinen Funktionär oder sonst irgendetwas, es geht um die Errichtung einer Ausbildungseinrichtung gemäß Paragraph 30 Berufsausbildungsgesetz in Fohnsdorf. Um das geht es, und um sonst geht es gar nichts.

Und jetzt darf ich zitieren. Jetzt höre mir einmal zu, lieber Freund. Paragraph 30 des Berufsausbildungsgesetzes besagt, das Ausbilden von Personen in einem Lehrberuf in besonderen selbständigen Ausbildungseinrichtungen, die weder von einem Lehrberechtigten geführt werden, noch Schulen oder im Paragraphen 29 angeführte Anstalten sind, bedarf einer Bewilligung. Die Bewilligung ist vom Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten zu erteilen. Ich sage, Klammer auf, nicht vom Herrn Präsidenten Mühlbacher oder von der Wirtschaftskammer oder von wem immer, sondern nur von der Politik, vom Wirtschaftsminister. Und jetzt komme ich zum Konkreten, zu Fohnsdorf. Es gibt nämlich schon sieben solche Ausbildungseinrichtungen gemäß Paragraph 30 in Österreich. Dort ist es gelungen, nur in Fohnsdorf nicht. Und das habt ihr vermurkst. Weil es kann nicht so sein, daß irgendetwas in Österreich geht, und gerade in der Steiermark nicht. Und zwar das ganze Konzept ist von Haus aus, ich denke unter der Beratung entweder vom Herrn Korp oder vom Herrn Gennaro, völlig falsch angelegt und von vornherein anscheinend zum Scheitern verurteilt. Das sind Fakten.

Und zwar folgendes: Der Wirtschaftsminister stellt Ende Jänner, nachdem ihr schon monatelang Presseaussendungen gemacht habt, die Wirtschaft angeschüttet habt, fest: „Zum derzeitigen Verfahrensstand darf ich mitteilen, daß der Bundesberufsausbildungsbeirat in seiner Äußerung keine einhellige Stellungnahme der beiden Kurien vorlegen konnte.“ Die konnten sich schon dort in Wien nicht einigen, und dort sitzt der Präsident Mühlbacher oder von uns Steirern schon gar keiner drinnen. Die Haltung der beiden Kurien wurde dem Antragsteller zur Kenntnis gebracht und dieser weiters aufgefordert, einen detaillierten Finanzierungsplan und die diesbezügliche Zusage des AMS beizubringen. Dies ist bislang nicht erfolgt. Dem Projekt fehlt das Finanzierungskonzept, das ist es einmal zum Ersten.

Das Zweite ist, im heutigen – also man kennt sich hier ja bei den Zahlen überhaupt nicht mehr aus – Entschließungsantrag der Sozialdemokraten wird festgehalten, daß hier mit Kosten von 18.500 Schilling pro Lehrling und Monat zu rechnen ist. Das wären, geschätzte Damen und Herren, insgesamt 259.000 Schilling pro Lehrling und Lehrjahr, wenn es stimmt. Im Gegensatz dazu sage ich, daß ein Student an der Universität oder an einer Fachhochschule 90.000 Schilling kostet, und jetzt stellen Sie sich vor, wir gehen in Fohnsdorf her oder irgendwo in der Steiermark und bilden um 259.000 Schilling pro Ausbildungsplatz und Lehrjahr einen Lehrling aus. Ich sage nur, das sind die SPÖ-Zahlen.

Das nächste ist das Schreiben von Bundesminister Farnleitner, und ich habe mit ihm auch am Samstag gesprochen: „Weiters wird darauf hingewiesen, daß die vom Trägerverein AIZ veranschlagten Kosten für die Ausbildungseinrichtung im Ausmaß von 35.000 Schilling bis 40.000 Schilling pro Lehrling und Monat liegen“. Wenn wir jetzt die Ziffern des Trägervereines hernehmen, ich nehme die niedrigere Ziffer, also die 35.000 Schilling, damit ich ja nicht übertreibe, dann käme der Ausbildungsplatz pro Lehrling und Jahr auf 490.000 Schilling. Oder, wenn ich den Lehrling drei Jahre lang ausbilde – nach diesem Konzept –, dann kostet die Ausbildung eines Lehrlings nach dem Konzept dieses Trägervereines – und nur der ist maßgebend – 1,5 Millionen Schilling für die drei Jahre. Ich wünsche jedem Abgeordneten viel Erfolg, wenn er heute dem Projekt oder dem Antrag da zustimmt.

Ich wiederhole, die Ausbildung eines Lehrlings nach der Kostenkonzeption des Trägervereines AIZ kostet 1,5 Millionen Schilling. Und jetzt kommt es. Dem Wirtschaftsminister werden verschiedenste Zahlen via Medien, über Gewerkschaft oder sonst irgend etwas geflüstert. Auf das einzige, was er sich derzeit verläßt, ist der Projektantrag des Trägervereines. Und da sind wir bei AT & S 35.000 Schilling pro Lehrling und Monat, das sind bis zur endgültigen Ausbildung, bis zur Lehrabschlußprüfung 1,5 Millionen Schilling.

So, und jetzt argumentiert der Wirtschaftsminister richtigerweise weiter, er sagt, daß im Vergleich die Fohnsdorfer Projektkosten, wie es der Trägerverein bei ihm beantragt, zu den anderen sieben selbständigen Ausbildungseinrichtungen, die gemäß Paragraph 30 Berufsausbildungsgesetz in Österreich schon über die Bühne sind, genau das Doppelte. Und jetzt ist auch der Bundeskanzler total verunsichert. Das heißt,

hier liegt fürs erste ein totaler Antragsmurr vor, und da würde ich vielleicht empfehlen, daß sich der Herr Kollege Korp da oben etwas zurückhält, dann wäre das Ganze vielleicht schon erledigt. Aber nach dem, wie Sie hier argumentieren, Kollege Korp, darauf würde ich mich auch nicht verlassen, geschweige denn als Minister so eine weitreichende Genehmigung erteilen.

Jetzt geht es einmal darum, was will in dem Bereich eigentlich die Wirtschaft, welche Vorstellungen hat die Wirtschaft generell zum Thema Lehrlingsausbildung? Da geht nämlich in der Sozialpartnerschaft wirklich nichts weiter, und da wird blockiert. Die Vorstellungen der Wirtschaft wären lediglich, daß die Kosten der Berufsschulzeit vom Ausbildungsbetrieb entkoppelt werden, das wären 26.000 Schilling pro Lehrling und Jahr. Das sind Minimalbeträge noch immer gegen das, was das da oben kosten würde. Oder wir hätten eine weitere Variante, die Ausbildungsbetriebe nicht mit der Kommunalabgabe zu bestrafen, das wären 3000 Schilling pro Lehrling und Jahr. Und nirgendwo geht etwas. Aber nur bei diesen Horrorziffern des AIZ-Trägervereines da oben darf sich niemand wundern, wenn hier in Wirklichkeit auch die politischen Verantwortungsträger nicht entscheiden können und total verunsichert sind.

In Wirklichkeit geht es darum, lieber Kurt Gennaro, und da spreche ich dich an, es sind primär deine Presseaussendungen, die durch die Gegend fliegen, bevor du überhaupt mir irgendjemand am Tisch sitzt, und ich brauche da den Herrn Präsidenten Mühlbacher gar nicht verteidigen, das hat er nicht notwendig, das ist auch gar nicht mein Job, aber in Wirklichkeit geht es um das Klima. Und wenn man hier sich nicht sachorientiert an den Verhandlungstisch begibt und vorher nicht sehr sympathische Presseaussendungen veranlaßt, dann darf man sich nicht wundern, daß hier im Endeffekt die ganze Sache sehr holprig vonstatten geht.

Nichtsdestotrotz möchte ich abschließen, es geht der Wirtschaft hier um eine einigermaßen gerechte und saubere Vorgangsweise, und es hat niemand von der steirischen Wirtschaft, niemand, irgendwo einen Antrag gestellt oder eine Meinungsäußerung abgegeben oder vertritt den Standpunkt, daß nur einer der Lehrlinge, die derzeit oben sind, ihre Ausbildung nicht fortsetzen können. Die Wirtschaft bekennt sich 100prozentig dazu, daß diejenigen, die oben sind, ihre Ausbildung abschließen können. (Abg. Schrittwieser: „Was ist mit den nächsten, die nicht mehr anfangen können?“) Wir verwehren uns dagegen, daß ohne gesetzliche Genehmigung, weil derzeit werden einfach, damit Druck erzeugt wird, immer weiter neue Lehrlinge eingestellt, und in Wirklichkeit hat diese Institution keine Ausbildungsberechtigung. (Abg. Gennaro: „Das stimmt nicht. Du sagst permanent die Unwahrheit. Es sind 15 auf Zusagen der Landesregierung eingestellt worden. Und sage doch nicht, es werden immer mehr eingestellt, weil das stimmt nicht. Aber 65 möchten gerne da oben im Herbst anfangen, das ist die Wahrheit, lieber Freund, sonst nichts. Du verbreitest im Haus Unwahrheiten. Die 15 sind auf Beschluß der Landesregierung einstimmig beschlossen worden, mit 27 Millionen Schilling haben sie angefangen, weil man gesagt hat, jawohl, das geht weiter mit Hilfe des Landes!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Herr

Abgeordneter Gennaro, ich bitte, nicht die Wortwendung zu gebrauchen, jemand würde im Hause Unwahrheiten verbreiten!" – Abg. Gennaro: „Unwahrheit kann ich sagen, weil es ist eine Unwahrheit, das beweise ich, Herr Präsident. Man kann nicht hergehen und sagen, es werden mehr Lehrlinge aufgenommen, wenn es nicht stimmt! Das lasse ich mir nicht bieten!" – Präsident Dr. Strenitz: „Herr Abgeordneter Gennaro, dann würde ich bitten, sich zu Wort zu melden und die Fakten auf den Tisch zu legen!" – Abg. Gennaro: „Mache ich!"

Wir verwehren uns dagegen oder ich vertrete den Standpunkt, solange diese Sache nicht im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes geregelt ist, und derzeit liegt keine Ausbildungsberechtigung für dieses Projekt vor, daß nicht weitere Lehrlinge eingestellt werden. Ich schlage vor, daß man das Ganze entemotionalisiert – man merkt ja an der Lautstärke vom Herrn Gennaro, wie hier agiert wird – und sinnvoll und sachorientiert versucht, eine Lösung herbeizuführen. Wenn man nur wettet und die Wirtschaft sozusagen für irgend etwas verantwortlich macht, wo in Wirklichkeit per Gesetz der Wirtschaftsminister zuständig ist, dann wird man zu keiner Problemlösung kommen. (Abg. Schrittwieser: „Der Wirtschaftsminister ist euer Parteifreund!") Das hat ja mit dem nichts zu tun. Deswegen ist er trotzdem aufgefordert, auf dem Boden des Gesetzes zu bleiben und von der Kostenseite her eine verantwortungsvolle Lösung herbeizuführen. Derzeit, Herr Schrittwieser, lieber Sigi Schrittwieser, derzeit liegen dem Minister Daten vor, die einfach um 100 Prozent teurer sind, als das bei anderen Paragraph-30-Ausbildungseinrichtungen in Österreich der Fall ist.

Ich schließe ab, mit einem guten Willen, mit einer gewissen Kreativität und mit einer entsprechenden Verhandlungskultur und mit einer Sachorientierung müßten wir in der Steiermark in der Lage sein, auch dieses Problem zu lösen. Ich danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 18.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegen zwei Wünsche auf tatsächliche Berichtigung vor, zunächst der Herr Abgeordnete Gennaro, dann der Herr Abgeordnete Korp. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (18.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich melde mich deshalb, da geht es mir nicht persönlich um die Situation Siemens, aber es ist schon eine Unterstellung, wenn man sich da so herstellt. Und, lieber Freund Hohegger, ich würde dich einladen, daß du mit hinauffährst, daß wir vor Ort, bei den Eltern, bei den Lehrlingen, bei euren Wirtschaftsfunktionären das wiedergeben, was du da sagst. Ich fordere auf und sage, es ist unrichtig, daß mehr Lehrlinge aufgenommen wurden. Es sind von den 27 der ehemaligen Siemens-Lehrlinge bereit schon wieder einige weg. 15 Lehrlinge – und das habe ich hier gesagt – sind zurzeit illegal beschäftigt, die auf Grund des einstimmigen Regierungsbeschlusses oben angefangen haben, weil man gesagt hat, jawohl, mit Zustimmung der Wirtschaft, mit dem Projekt AIZ werden die Lehrlinge ausgebildet. Wir hatten bereits die mündlichen Zusagen, wenn da die Wirtschaft mit

involviert ist. Leider Gottes hängt die Zustimmung – und das ist wieder eine unrichtige Darstellung, Wirtschaftsminister Farnleitner hat ganz dezidiert gesagt: „Schauts, daß ihr in der Steiermark zusammenkommt. Wenn ihr eine Lösung findet, gebe ich die Unterschrift. Solange der steirische Wirtschaftskammerpräsident nein sagt, gebe ich keine Unterschrift!"

Richtig ist, daß das Angebot der Lehrstellen im Bezirk Judenburg oben im März bereits, nach AMS-Zahlen, um 60 Prozent reduziert war, 736 Lehrlingsuchende haben wir, 132 sind frei.

Die Presseaussendungen sind sehr solide gemacht worden. Mir war schon klar, daß der Präsident Mühlbacher auch sein Gesicht nicht verlieren darf, wenn er zuerst ja sagt und nachher auf Dreck nein.

Ich bitte dich darum, und ich bitte die Öffentlichkeit, die Wirtschaftskammer, alle miteinander, und wir heute auch, bekennen wir uns dazu, daß diese zumindest jetzt einmal, sage ich, eingeschränkt 15 Lehrlinge, die bereits seit 17. Oktober lernen, einen Lehrvertrag bekommen können, denn rein rechtlich bräuchte das AIZ meiner Meinung nach, ich habe mir das angeschaut und auch den 30er im Berufsausbildungsgesetz, gar nicht ansuchen, weil die hätten normal die Ausbildungsmöglichkeiten. Man müßte nur abwarten und dann in ein Verfahren gehen und einen Bescheid kriegen. Soliderweise hat man das aber anders gemacht.

Daher bitte ich, heute im Landtag eine klare Aussage zu treffen. Die Leute erwarten es sich. Stehen wir dazu, daß wir für diese 15 Lehrlinge den illegalen Zustand bereinigen, ja oder nein. Wenn die Abstimmung auf Nein ausgeht, dann werden wir das zur Kenntnis nehmen. Und wenn der Präsident Mühlbacher mir bitte bis Freitag in der Öffentlichkeit oder den Betroffenen vorlegt, wo er die Lehrlinge unterbringen kann, bin ich der erste, der sagt, dann ist das Projekt halt gestorben, Lehrlinge, gehts alle hinaus, bei der Firma Müller, Maier, Huber könnt ihr anfangen.

Bis dato wissen wir – und das ist das Bedauerliche –, daß das nicht geht. Daher lasse ich mir das bitte in dem Haus da nicht unterstellen.

Und der letzte Punkt der Berichtigung: Du stellst dich da her, die Sozialpartner haben nichts zusammengebracht, da geht nichts, du liest ja deine eigenen Publikationen nicht, wo die Punktation drinnen ist, was bis dato in der Sozialpartnerschaft alles passiert ist. Der Wirtschaftspräsident verunglimpft und der Herr Dr. Benno Rupp, ehemaliger Abgeordneter und Direktor der Wirtschaftskammer, sagt „die gute Arbeit der Sozialpartner“ und lobt uns über den grünen Klee. Also, du müßtest dich ein bißchen intensiver mit deiner eigenen Kammer beschäftigen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Korp gemeldet.

Abg. Korp (18.42 Uhr): Herr Kollege Hohegger, hätte das notwendige Gespräch zwischen Wirtschaft und den Beteiligten schon lange stattgefunden, könnten wir uns heute den Disput wirklich ersparen. Es tut

mir leid, aber es ist einfach wirklich so, daß man gewisse Dinge nicht stehenlassen kann. Das betrifft auch mich.

Sie haben festgestellt, daß unter anderem auch von Regionalpolitikern da oben eines vermurkt wurde. Ich halte fest, daß hinsichtlich der Verhandlungen, hinsichtlich dieses Konstrukts, drei Parteien beteiligt waren, Interessenvereinigungen. Zum einen das Land, zum anderen der Träger und zum dritten die Firma Siemens. Es ist ja darum gegangen, daß die ganzen vormaligen Einrichtungen natürlich entsprechend verpachtet werden und wo natürlich auch die Gespräche darüber gelaufen sind, in welcher Form, in welcher Höhe. Das ist die eine Geschichte.

Warum ab November ohne Genehmigung 15 aufgenommen wurden, das kann ich sehr rasch und sehr leicht erklären. Die waren nämlich oben der Meinung, daß das nur mehr ein Formalakt sei nach einem Schreiben, das mir hier vorliegt – ich habe es in Händen. Da heißt es wortwörtlich: „Nach dem Gespräch mit Frau Bundesminister Hostasch am 23. Oktober 1997 fanden heute die Verhandlungen zwischen Herrn Bundesminister Farnleitner und Frau Bundesminister Hostasch statt.“ Nächster und letzter Satz: „Die Bundesministerin hat mir mitteilen lassen“ – der, dem es mitgeteilt wurde, war im übrigen der Landesleiter des AMS Steiermark –, „daß die Verhandlungen positiv verlaufen sind und mit einer Anerkennung nach Paragraph 30 des Berufsausbildungsgesetzes gerechnet werden kann.“

So, das in Händen habend, mußten wir davon ausgehen, daß das in Ordnung geht.

Nächster Punkt, Lehrstellen. Die Wirtschaft stellt die Lehrstellen zur Verfügung. Die Zahlen, die Ihr Präsident verbreitet, decken sich einfach nicht mit den Zahlen, die wir vom regionalen AMS erst vor einigen Tagen erhalten haben. Die haben nämlich ihre Recherchen angestellt mit folgendem Ergebnis: Lehrstellen im Elektrobereich – ich habe das hier –, ausgenommen Kfz und Verkauf. Es sind genau die Bezirke hinterfragt worden, wie das der Herr Mühlbacher in Auftrag gegeben hat, Bruck, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Murau. Ergebnis: sofort verfügbar, Bruck an der Mur keine, Judenburg zwei Maschinenschlosser und Elektroinstallateure, Knittelfeld keine, Leoben keine, Murau ein Elektroinstallateur.

Und dann sage ich Ihnen noch zum Schluß, Herr Kollege – eine ganz allgemeine Feststellung, die ich ganz einfach in meinem Herzen trage und auch so weitersage –, daß die Unterdrückung von Qualität oder von Ausbildungsqualität langfristig wesentlich mehr kostet als die Ausbildung in einer Lehrwerkstätte. Das wird uns wohl hoffentlich allen klar sein.

Und letzter Satz. Die steirische Wirtschaft, Herr Kollege, will offensichtlich – ich sage das ohne Polemik – nicht zur Kenntnis nehmen, daß eine hochwertige Ausbildung der Jugend, wie sie in Fohnsdorf geschieht, die jungen Leute zu international qualifizierten Elektrofachleuten heranzubilden auch im eigenen Interesse der Wirtschaft liegt. Das ist der Punkt, und das sollten wir uns bitte vergegenwärtigen, und ich bitte darum, daß wir doch hier, aus dieser Tatsache heraus, auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen nunmehr zu insgesamt vier Abstimmungen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 274/8, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Lehrwerkstätte Fohnsdorf, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Vertretung der Interessen von Lehrlingen, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Lastenverteilung für Lehrlingsausbildung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

8. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 591/3, zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Ing. Schreiner, Mag. Bleckmann und Schinnerl, betreffend Aufwertung der steirischen Berufsschulen – Erwachsenenbildung.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (18.49 Uhr): Herr Präsident, ich berichte zur Regierungsvorlage zur Einl.-Zahl 591/3, zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Schreiner, Bleckmann und Schinnerl, betreffend Aufwertung der steirischen Berufsschulen – Erwachsenenbildung.

In dem Antrag wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert:

Erstens: Der Landtag sollte berichten, wie der im INFORA-Bericht aufgezeigten Entwicklung entgegengesteuert wird, zweitens Modelle zur anderwertigen Nutzung der Kapazitäten der Berufsschulen, vor allem für die Erwachsenenbildung zu erarbeiten und drittens im Rahmen des Sonderinvestitionsprogrammes die notwendigen baulichen Sanierungen in den Berufsschulen durchzuführen, um die Schulen und Internate auf einen zeitgemäßen Standard zu bringen.

Die Abteilung für gewerbliche Berufsschulen berichtet dazu:

Bezogen auf Punkt 1 wird festgehalten, daß bereits jetzt schon zahlreiche Aktionen zur Lehrplatzförderung durchgeführt werden. Im Jahr 1996 wurde die Aktion „Plus ein Lehrplatz“ geschaffen, 1997 wurden Lehrplatzförderungsaktionen beschlossen und auf Bundesebene die Reform der Lehrlingsausbildung.

Zu Punkt 2 wird berichtet, daß bereits jetzt mehrere Landesberufsschulen für Fort- und Weiterbildungs-kurse für Erwachsene zur Verfügung stehen. Die Berufsschulen, die Berufsschulabteilung und der Landesschulrat bemühen sich aber, diese Fortbildungen weiter auszubauen.

Zu Punkt 3 wird dann festgehalten, daß mittels des Sonderinvestitionsprogrammes 1998/99 der Neubau des zentralen Werkstättegebäudes der Landesberufsschule 6 Graz finanziert wird und die Landesberufsschule Bad Gleichenberg ebenfalls neu gebaut wird.

Des weiteren wurde das Budget für „Instandsetzung und Adaptierung von Berufsschulen“ laufend aufgestockt.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Schreiner, Bleckmann und Schinnerl, betreffend Aufwertung der steirischen Berufsschulen – Erwachsenenbildung, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. (18.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichterstattung. Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Wiedner.

Abg. Wiedner (18.52 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sind nahezu beim gleichen Thema, es geht jetzt nur mehr um die Berufsschulen und weniger um Lehrlinge. Ich darf vielleicht nur noch zwei kleine Gedanken einbringen zur vorherigen Diskussion. Wie weit sind wir denn in unserer Wirtschaftspolitik gekommen, daß wir nur mehr Leute auf Arbeitsplätze bekommen, die subventioniert werden? Wir haben von der Lehrlingsmilliarde gesprochen, von den Geldern, die hineingestopft werden. Sollten wir nicht den anderen Weg gehen und von den Subventionen wegkommen und eine gesunde Wirtschaft haben?

Aber kurz zu dem Antrag wegen der Berufsschulen und der Erwachsenenbildung. Es geht mir persönlich in dieser Angelegenheit hauptsächlich darum, daß auch bei weiter fallenden Lehrlingsziffern die Schulstandorte abgesichert werden. Es geht dabei, neben den Standorten, speziell um die Ausbildungsqualität, um die Erhaltung dieser Ausbildungsqualität und die Ausbildungsquantität und um die damit verbundenen Arbeitsplätze. Es scheint mir der Einstieg der Berufsschulen in die Erwachsenenbildung dazu eine sinnvolle Art der Auslastung zu sein. Bildung und ständiges Lernen werden immer wichtiger, wir haben des öfteren schon über diese Thematik diskutiert, und die Berufsschulen könnten meiner Meinung nach für Neueinsteiger, aber auch für Umsteiger in einem Beruf eine sinnvolle Fort- und Weiterbildung für den künftigen oder für den umsteigenden Facharbeiter werden. Es ist sicherlich möglich, daß in einer vernünftigen Zusammenarbeit, einem lebenden Wettbewerb mit dem WIFI, mit dem BFI oder auch der Volkshochschule ein umfangreiches Weiterbildungspaket zu schnüren. Die derzeit in der Beantwortung angeführten Möglichkeiten sind zwar ein kleiner Anfang dieses Weges, aber es stecken noch sehr viele Reserven in den Berufsschulen, die bisher nicht genutzt wurden, Reserven in personeller und Reserven in materieller Hinsicht. Wir haben an diesen Berufsschulen ein ausgezeichnetes Lehrpersonal, und wir haben auch Möglichkeiten, die Internate zu nutzen, wie zum Beispiel die Unterbringung von Leuten oder Ausbildungs-

willigen. Natürlich ist das Ganze verbunden mit einer weiteren Flexibilisierung der Berufsschulen hinsichtlich der Ausbildungsgänge und hinsichtlich des Lehrkörpers und der Angebote. Ein Vorbild für mich oder ein Richtungspfeil in diese richtige Richtung ist für mich das Technikum in Arnfels, welches in Zusammenarbeit mit der steirischen Mobilindustrie Fort- und Weiterbildung anbietet.

Das ist der richtige Weg in die Zukunft. Standort und Arbeitsplätze sind damit abgesichert. Und darüber hinaus gibt dieses Technikum Arnfels einen weiteren und kräftigen Impuls für die Region. Es ist das sogar zu einem Leitprojekt unseres Bezirkes in Form des EU-Regionalmanagements geworden.

Die Berufsschule sollte zu einer ständigen Anlaufstelle für den Facharbeiter werden, der sich dort durch Fort- und Weiterbildung ständig auf dem aktuellen Stand seines Berufes halten kann. Damit ist die Berufsschule ein lebenslanger Begleiter für den Facharbeiter, aber auch, wie schon erwähnt, eine Bildungsstätte für den Neu- und Quereinsteiger.

Ein Punkt dieses Antrages war auch noch der Sanierung der Berufsschulen gewidmet. Durch die teilweise schon lange Nutzungsdauer und die natürliche Fluktuation sind einzelne Internate schon sehr abgewohnt. Ich möchte keine besonderen herausgreifen, aber ich habe einige Schulen in letzter Zeit erlebt, wo wir sehr viel angreifen müssen. Es sind daher Investitionen notwendig, um wieder auf einen zeitgemäßen Standard zu kommen.

Ich ersuche die zuständigen Herren der Landesregierung, für diese Sanierung Sorge zu tragen, und bitte speziell, daß die Berufsschulen, gerade im Grenzland, abgesichert werden und abgesichert bleiben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 18.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Er möge ans Rednerpult schreiten.

Abg. Gennaro (18.57 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch zu dieser Vorlage. Dem Grundsatz nach kann ich das unterstreichen, was der Kollege Wiedner vor mir gesagt hat, daß wir nach Möglichkeit trachten sollen, auch ohne Subventionen oder Förderungen, sage ich jetzt, in der Wirtschaft, ob das Lehrlinge, ob das Arbeitsplätze sind, auszukommen. Ich stehe aber dazu, wenn es keine andere Möglichkeit gibt oder dadurch zumindest einmal eine Möglichkeit geschaffen wird, wenn jemand, bevor er auf der Straße steht, daß er einen Lehrplatz findet, oder die Möglichkeit diskutiert wird, die Berufsschulen besser auszulasten. Es hat auch heute in der Früh der Lehrkörper der Berufsschule sich bereits in einer Konzeption einmal fürs erste, das wir in der Politik noch diskutieren müssen, Vorstellungen gemacht, wie man die Berufsschulen einbeziehen kann, wie man den jungen Menschen helfen kann, die kein Glück haben, einen Lehrplatz zu erhalten, auch heuer im Herbst nicht, jetzt schon verbaut mit Konzepten, daß wir hier eingreifen können, so wie es in der Regierung im Plan des nationalen Beschäftigungsprogrammes auch auserkoren ist.

Zur Frage Berufsschulnutzung, und aus dieser Vorlage möchte ich einen Punkt herausstreichen, nämlich daß es zu den Berufsschulen natürlich auch die Konzeption zu den Internaten gibt, weil es ja auch die Problematik gibt, wenn in den Berufsschulen Jugendliche, die keinen Lehrberuf ergreifen können, aufgenommen werden, stellt sich willkürlich, Herr Landesrat, für die Berufsschulleute auch die Frage, wo können die untergebracht werden?

Herr Präsident, ich habe schon wieder 18 Minuten. Daß mir das bitte richtig eingestellt wird, weil ich schaue auf diese Uhr, und nach der halte ich mich, weil ich bin ein genauer Mensch. (Präsident Dr. Sternitz: „Jetzt sind Sie auch der Hauptredner!“)

Also klar, ich werde aber jetzt diese Zeit, die ich früher etwas länger gesprochen habe, einbringen.

In der Frage möchte ich an Sie, Herr Landesrat, noch eine Bitte richten.

Ich habe ja der Wirtschaft mitgeholfen, und ich bekenne mich auch dazu – der Kollege Hohegger ist jetzt nicht da, Purr und keiner ist jetzt da –, als es damals darum gegangen ist, daß die Wirtschaft gesagt hat, wir kündigen die ganzen Heime und Internate auf, wir sind nicht mehr bereit, die Finanzierung zu übernehmen, und entweder zahlt das Land zur Gänze – das wären Mehrkosten für das Land von rund 100 Millionen Schilling gewesen –, ich habe mich damals auch im Berufsschulbeirat und in einer Besprechung mit den Landesräten Paieryl und Ressel dazu bekannt und gebeten, jawohl, das Land möge, um die Aufrechterhaltung der Internatsstruktur zu gewährleisten, einsteigen, und wir haben vereinbart, daß bis zum Jahr 2000 auf Grund der INFORA-Studie eine gesamte neue Konzeption der Berufsschulen- und Internatssituation für die Steiermark am weißen Blatt Papier neu konzipiert wird. Wir wissen, daß es Schülerabgänge geben wird, und wenn die Forderung erhoben wird, Absicherung aller Standorte, dann muß man der Fairneß halber auch sagen, wenn man diese Forderung erhebt, dann kann man nicht, so wie der Kollege Wiedner, auf der einen Seite das fordern, wo wir wissen, daß wir in Teilbereichen wahrscheinlich Probleme zusammenbringen werden. Ich stehe aber dazu, wenn wir Möglichkeiten haben, kostengünstiger die Situation in den Griff zu kriegen, dann trete ich auch dafür ein, daß wir sagen, bevor wir Hunderte Millionen oder wie immer hinaus-schmeißen, weil die Berufsschulen haben nach wie vor zu wenig Geld. Und es ist nach wie vor der Umstand, daß sehr viel gemacht wurde in den letzten Jahren, das darf ich auch sagen. Landesrat Paieryl und Landesrat Ressel sind immer übereingekommen, daß man zusätzlich mehr Millionen in die Berufsschulen investiert, und das reicht nicht aus. Wir haben uns gemeinsam zum Neubau für Bad Gleichenberg bekannt und daß wir oben im Ennstal – Aigen – auch die Absicherung des dortigen Standortes haben. Wir bekennen uns auch dazu, und ich habe mich gefreut, als für die Lackierhalle der Spatenstich in Angriff genommen wurde. Es geht etwas weiter, aber es fehlen nach wie vor zig Millionen Schilling. Daher muß man diese Situation in der Steiermark neu überdenken, und die INFORA-Studie hat uns den Weg gewiesen.

Ich habe nur kein Verständnis, und da möchte ich auch das jetzt öffentlich aufzeigen, wenn wir Probleme haben in der Internatsunterbringung bei den Schulen. Ich habe eine Mitteilung des Jugendwohnheimes der Kolping-Familie Graz, die im Juni, Herr Landesrat, Ihnen schriftlich angeboten hat, Berufsschüler und Berufsschülerinnen zu beherbergen. Konkret wurde angeboten, die Berufsschüler, die im Internat Schloß Mühlegg in Fernitz wohnen, in einem Haus der Kolping-Familie zu günstigen Bedingungen unterzubringen. Sie haben, mit Recht wahrscheinlich aus Ihrer Sicht, damals geantwortet, wurde mir mitgeteilt, daß Sie für das Schloß Mühlegg nicht zuständig sind, weil das Heim von der Wirtschaftskammer betrieben wird.

Vor kurzem ist auch von der Wirtschaftskammer eine Ablehnung eingelangt mit der Begründung – jetzt muß man sich das anhören –, daß zwischen dem Land und der Wirtschaftskammer für die nächsten zwei Jahre eh eine Vereinbarung abgeschlossen ist. Also, wir brauchen uns keine Sorgen zu machen, die Finanzierung ist gesichert, wissentlich, daß in dem Jugendwohnheim 300 Heimplätze vorhanden sind, daß bei rechtzeitiger Information die Unterbringung von Berufsschülern und Berufsschülerinnen kein Problem wäre, und – das ist jetzt das Wichtigste – daß für die Unterbringung inklusive voller Verpflegung für einen Lehrgang, neuneindrittel Wochen, derzeit 8570 Schilling verrechnet werden. Laut Geschäftsführung entspricht das dem, was auch die Wirtschaftskammer für ihre eigenen Internate verlangt. Nur, die Wirtschaftskammer sagt immer dazu, sie haben einen riesigen Defizit, sie können es sich nicht leisten. Und die sagen, mit diesem Preis kommen wir aus. Noch dazu, daß aus dem Jahr 1971 ein Vertrag existiert, wo sowieso dem Land auf Dauer 30 Heimplätze auf Grund einer Vereinbarung und des Vertrages zur Verfügung gestellt werden, von dem man aber keinen Gebrauch macht. Das wäre auch eine Entlastung, wenn wir Probleme mit der Internatsunterbringung haben.

Ich möchte nur abschließend, weil es geheißt hat Förderungen, Herr Landesrat, eines sagen, warum ich oft in der Frage Förderungen so sensibel bin, weil ich jetzt unterstelle, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir merken das im ANHAF, weil wir dort Fälle kriegen, wo zum Beispiel der Vater seinen Sohn – und das soll jetzt keine Sippenhaftung sein – in seinem Betrieb unterbringt, und der bekommt von Ihnen die Förderung wie alle anderen – steht ihm zu –, und dann kommt er noch zum ANHAF und sagt, ich möchte dort auch noch etwas haben, dann sage ich natürlich, diese Doppelförderung ist nicht gerechtfertigt, weil andere nicht einmal eine einfache kriegen. Und dann gibt es in Ihrem Bereich die Lehrlingsbeihilfenansuchen, wo unbedingt notwendig ist, daß der Lehrherr den Lernerfolg bestätigt, weil sonst kann er keine Lernbeihilfe kriegen. Mir sind da ein paar Fälle – ich habe einen mitgenommen, weil das Packerl eh groß ist – zu Ohren gekommen, wo zum Beispiel im Friseurbereich, weil dort werden ja die meisten Lehrlinge gefördert, wohl wissentlich, daß sie nach der Lehrzeit wahrscheinlich eh aus dem Betrieb gehen müssen, aber ich bekenne mich dazu, zumindest hat er ausgelernt und hat einen Beruf, dann der Lehrherr oder die Lehrherrin sagt, ich kriege für dich auch keine Förderung, daher gebe ich

dir diese Bestätigung nicht, damit du auch keine kriegst, und der Lehrling dann dementsprechend wirklich nachweislich auf Grund von Vorlagen und Richtlinien von dieser Förderung ausgeschlossen wird. Dafür fehlt mir jedes Verständnis.

Ich bitte auch, Herr Landesrat, daß wir umgehendst einen Berufsschulbeirat einberufen. Wir haben ja beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge machen soll. Das Jahr 2000 kommt schneller, als wir glauben. Wenn bis dorthin keine Konzeption daliegt, wird die sozialdemokratische Fraktion sicher nicht mehr zustimmen und mittun, daß man der Wirtschaftskammer das Geld für die Heime in den Rachen schmeißt, ohne daß man dementsprechende Sanktionen und Änderungen beschließt. (Beifall bei der SPÖ. – 19.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun, meine Damen und Herren, zur Abstimmung, und ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, da ansonsten die Beschlußfähigkeit möglicherweise nicht gegeben wäre. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt

9. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 94/10, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Schrittwieser, Ussar und Vollmann, betreffend die Trinkwasserpolitik in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (19.07 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Schrittwieser, Ussar und Vollmann, betreffend die Trinkwasserpolitik in der Steiermark, beruht auf dem gleichzeitigen Antrag, der an die Landesregierung durch den zuständigen Ausschuß weitervermittelt worden ist.

Gegenständlicher Antrag zielt im wesentlichen auf Maßnahmen ab, die dem Vollzug des Wasserrechtsgesetzes, Chemikalienrechtes, Umweltförderungsgesetzes, Wasserbautenförderungsgesetzes und Altlastensanierungsgesetzes zuzurechnen sind. In der Steiermark sowie im übrigen Österreich ist es Ziel der Wasserwirtschaft, die Trinkwasserversorgung der Menschen nur aus unterirdischem Wasser in Form von Grundwasser, das durch Brunnen erschlossen wird, und Quellwasser zu besorgen. Nach der Statistik der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach wird in der öffentlichen Wasserversorgung weniger als ein Prozent der hierfür alljährlich zur Abgabe gelangenden Wassermenge aus Oberflächenwasser gewonnen. Diese wenigen Fälle der Verwendung von Oberflächenwasser betreffen nicht die Steiermark, sondern Wien und Kärnten und können als Ausnahme gelten.

Im Antrag vom 26. März 1996, der an die Regierung weitergeleitet worden ist, sind zielführende Maßnahmen gefordert und hier berichtet die Steiermärkische Landesregierung unter mehreren Punkten:

ad 1: Rasche Ausweisung von Grundwassersanierungsgebieten samt entsprechenden Maßnahmen zur Reduktion des Düngemittel (Gülle)- und Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft.

ad 2: Forcierte Sanierung von Abwasserbehandlungsanlagen sowie Ausbau der Abwasserbehandlung im ländlichen Raum, insbesondere durch dezentrale Anlagen.

ad 3: Eintreten gegen ein Anheben der in den trinkwasser- beziehungsweise grundwasserbezogenen Verordnungen vorgesehenen Grenzwerte (etwa für Nitrat und Pestizide).

ad 4: Forcierte Altlasten- und Altstandortsanierung (strengere Kontrolle der Einhebung des Altlastensanierungsbeitrages) intensivieren.

ad 5: Keine weiteren Wasserentnahmen für den Trinkwasserferntransport.

ad 6: Den naturnahen Hochwasserschutz beziehungsweise die Renaturierung hart verbauter Gewässer forcieren.

ad 7: Einbau von Wasserverbrauchszählern im Neubau als Förderungsvoraussetzung nach dem Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz 1993.

ad 8: Die Errichtung von Regenwasserzisternen aus Mitteln der Wohnbauförderung unterstützen.

ad 9: Die Errichtung von Brauchwasserbrunnen und Brauchwasserleitungen durch gewerbliche und industrielle Betriebe aus Mitteln der Wirtschaftsförderung unterstützen, und stellt dann, nach Erläuterung in den angeführten Punkten, Darstellungen und Schilderungen des Zustandes und der bereits gesetzten Maßnahmen zufolge des Beschlusses vom 15. Dezember 1997 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Schrittwieser, Ussar und Vollmann, betreffend die Trinkwasserpolitik in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. (19.11 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichterstattung. Erste Rednerin ist wie gesagt die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (19.11 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das ist ein inhaltlich sehr guter SPÖ-Antrag gewesen, der auch mit einer inhaltlich sehr guten Regierungsvorlage beantwortet wurde. Die Qualität von dem, was da festgelegt wurde, ist wirklich was, was sehr erfreulich ist, weil ich mir damit viele Recherchen und womöglich sogar eine Anfrage an das Regierungsmitglied ersparen kann. Ich möchte einen Antrag einbringen.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, eine Nachbereitung zu einem der erledigten Punkte dieses Antrages. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Hinkunft alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um alternative Maßnahmen zum Trinkwasserferntransport zu

forcieren. Zweitens, die Bundesregierung zu ersuchen, dem Nationalrat eine Novelle zum Wasserrechtsgesetz vorzulegen, die darauf abzielt, daß alternative Maßnahmen zur Wasserentnahme, zum Trinkwasserferntransport forciert werden. Dem Prinzip der lokal und regional gesicherten Trinkwasserversorgung ist zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. (19.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Porta. Er hat das Wort.

Abg. Porta (19.12 Uhr: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren!

Wasser ist Leben. Wasser wird immer kostbarer als Öl, zukünftige Kriege werden nicht mehr um das Öl, sondern um das Wasser geführt. Das sind einige Aussagen. Alles Aussagen, die die Wichtigkeit qualitativ hochwertigen Trinkwassers für unser Land bestätigen. Unter diesen Voraussetzungen scheint der Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Schrittwieser und Genossen, betreffend die Trinkwasserpolitik in der Steiermark, logisch und sinnvoll. Sieht man sich diese Forderung aber genauer an, so merkt man, daß es sich hier teils um Forderungen handelt, die nicht in die Kompetenz der Landesregierung fallen, zum Teil in den EU-Bereich (EU-Recht), und zum Teil vermisze ich Forderungen, zum Beispiel Eindämmung des Schadstoffausstoßes, verursacht durch den Verkehr, Schadstoffe, die unser Trinkwasser und unser Grundwasser massiv verunreinigen. Ob das an dem Umstand liegt, daß hier die Ressortverantwortung beim Herrn Landesrat Ressel liegt und somit im Bereich der SPÖ? Dafür gibt es aber einige, meiner Meinung nach, nicht sehr sinnvolle Anträge oder sinnvolle Forderungen, die sich an das Ressort Landesrat Michael Schmid richten. Die Intention, die dahintersteckt, meine Freunde, ist offensichtlich. Ist doch bekannt, daß 300 Millionen aus dem Ressort Schmid für den Siedlungswasserbau verwendet worden sind und man weiter eine Melkkuh sucht und weitere Millionen aus dem Ressort Schmid versucht, loszureißen. Man will weiter das Wohnbauressort anzapfen. Die Landesregierung wird aufgefordert, rasche Anweisung zu Grundwassersanierungsgebieten samt entsprechenden Maßnahmen zur Reduzierung der Düngemittel (Gülle), Pestizideinsatz in der Landwirtschaft zu fordern. Es gibt 390 Meßstellen im Leibnitzer Feld. Ich muß dazu sagen, es gibt eine sichtbar deutliche Besserung auf diesem Gebiet.

Der zweite Punkt, Forcierung der Sanierung von Abwasserbehandlungsanlagen sowie Ausbau der Abwasserbehandlungsanlagen im ländlichen Raum, insbesondere durch dezentrale Anlagen.

Drittens: Eintreten gegen eine Anhebung der in der trinkwasser- beziehungsweise grundwasserbezogenen Verordnung vorgesehenen Grenzwerte, etwa für Nitrate und Pestizide. Hier gibt es auch diesen Punkt, der in diesen EU-Bereich spielt. Hier ist eine Erhöhung der Nitratwerte in Ausnahmefällen möglich. Das kommt wiederum den Trinkwasserversorgern zugute.

Viertens: Die Altlasten- und Altstandortsanierung, strengere Kontrollen der Einhebung des Altlastensanierungsbeitrages, zu intensivieren.

Fünftens: Keine weiteren Wasserentnahmen für den Trinkwasserferntransport zu genehmigen.

Sechstens: Den naturnahen Hochwasserschutz beziehungsweise die Renaturierung hartverbauter Gewässer zu forcieren. Hier wäre anzumerken, Hochwasserschutz, verstärkter Ausbau von Rückhaltebecken, verstärktes Augenmerk auf Verrieselung zu legen.

Siebtens: Den Einbau von Wasserverbrauchszählern im Neubau als Förderungsvoraussetzung nach dem Wohnbauförderungsgesetz oder im Baugesetz vorzuschreiben.

Achtens: Die Errichtung von Regenwasserzisternen aus Mitteln der Wohnbauförderung zu unterstützen.

Neuntens: Die Errichtung von Brauchwasserbrunnen und Brauchwasserleitungen durch gewerbliche und industrielle Betriebe aus Mitteln der Wirtschaftsförderung zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich auf einige Forderungspunkte kurz eingehe.

Zu Punkt zwei: Forcierte Sanierung von Abwasserbehandlungsanlagen sowie Ausbau der Abwasserbehandlungsanlagen im ländlichen Raum, insbesondere durch dezentrale Anlagen.

Hier habe ich das Gefühl, ich sitze bei dieser Forderung im falschen Boot. Wir haben über eineinhalb Jahre das neue Abwassergesetz verhandelt, und dann kommt plötzlich von den Grünen die Aussage, das alte Abwassergesetz war ja eh nicht so schlecht. Es genügen hier einige Sanierungsmaßnahmen, eine Rechtsanpassung an EU-Richtlinien. Selbstverständlich waren dann Rot und Schwarz sofort dafür, und wir haben diesen Vorschlag von dieser Novellierung schon hier. Ich frage mich wirklich, wofür wir eineinhalb Jahre hart verhandelt haben, und gerade Sie, die Grünen, die immer sagen, sie sind so für die alternativen dezentralen Anlagen. Sie haben da kläglich versagt, liebe Frau Zitz. (Abg. Dr. Karisch: „Wir können immer alle gescheiter werden!“)

Punkt fünf: Keine weiteren Wasserentnahmen für den Trinkwasserferntransport.

Ich frage mich, wer war für den raschen EU-Beitritt? Als wir unsere Bedenken geäußert haben, daß unser Wasser frei im EU-Raum fließen wird, Spanien, Portugal, da habt ihr gesagt, das ist eine Schwarzmalerei, ja, die Freiheitlichen wissen immer alles besser, und das wird nie der Fall sein. Aber da gibt es Aussagen über Maßnahmen, und die Kommission hat es schon beschlossen, Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, daß man jederzeit auf unser Wasser Zugriff haben kann, wenn der Bedarf gegeben ist, natürlich nur unter dem Prinzip der Einstimmigkeit.

Aber ich frage Sie wirklich, wie lange bleibt dieser Passus „Einstimmigkeit“ aufrecht, und was passiert dann, meine Damen und Herren?

Der Ausschuß der Regionen stimmt der Zielsetzung des Kommissionsvorschlages zu und erkennt die Notwendigkeit einer integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen an, die sich aus dem grenzüber-

schreitenden Charakter der Grundwasservorkommen und des Wasserkreislaufes ergibt. Der Ausschuß schließt sich dem übergeordneten Bestreben an, eine Gesamtplanung für die Wasserwirtschaft in allen Mitgliedsstaaten einzuführen.

Also, da ist ja der Haken vorhanden, und ich frage Sie wirklich. Es ist eine Forderung, der Sie im guten Glauben und Wissen zugestimmt haben, Sie haben es ja gewußt, wir haben Sie ja vorher schon gewarnt, welche Gefahr auf uns zukommen wird.

Eine andere Sache, unter Ferntransport kann einfach nicht fallen, wenn wir Steirer aus unserem Gebiet Wasser entnehmen, wenn die Grazer oder Leibnitzer Wasser aus dem Hochschwabgebiet entnehmen. Ich finde, das muß erlaubt sein.

Punkt sieben: Einbau von Wasserverbrauchszählern in Neubauten als Förderungsvoraussetzung nach dem Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz.

Ich glaube, die Studie beweist das ganz klar, außer Kosten für das Land, den Bauwerber und letztlich auch für den Mieter, bringt diese Maßnahme kaum etwas. Nur ein Vergleich: Wassersparende Armaturen – Einsparungspotential 25 Prozent, Einbau von Zählern – Einsparungspotential zirka 8 Prozent.

Hier ist die Bevölkerung gefordert. Hier sind wir gefordert, Aufklärungsarbeit zu leisten, ein Umdenken in der Bevölkerung zu erzielen, daß man sparsam mit der Ressource Wasser umgeht.

Es gibt einige Beispiele, der Einsatz von neuen Elektrogeräten, wie Waschautomaten. Die alten Waschautomaten haben 120 bis 125 Liter Wasser verbraucht, heute gibt es moderne Waschautomaten mit Waschmengenerkennung, das heißt, wenn nur viertelte Beladung ist, kommt nur das viertelte Wasser hinein, bei halber Beladung nur das halbe Wasser, welche im Schnitt zirka 20 bis 30 Liter Wasser brauchen. Das ist also eine drastische Reduzierung. Geschirrspüler: alter Geschirrspüler 65, 75 Liter, heute die neuen Geschirrspüler mit Sparprogramm 20 Liter. Eine WC-Anlage, Spüler mit Druck – mehr als eine Halbierung des Wasserverbrauchs. Rinnende Spülkästen, tropfende Wasserhähne, Autowäsche nur in Waschanlagen, Rasensprengen mit Regenwasser und so weiter, das wären hier Lösungen

Der Punkt acht, nicht zuletzt: Die Errichtung von Regenwasserzisternen aus Mitteln der Wohnbauförderung unterstützen.

Hier gibt es eine wichtige Aussage – der Wasserkreislauf –, tragendes Element der Betrachtung ist, daß Wasser im Gegensatz zu den fossilen Bodenschätzen nicht verbraucht, sondern nur gebraucht werden kann, weil sich das Wasser in einem ständigen Kreislauf befindet, Niederschlag, Abfluß, Verdunstung. Daraus resultiert auch, daß die Verwendung von Nutzwasser kein Wassersparen darstellt, sondern lediglich Wasser mit Trinkqualität durch Wasser mit anderer minderer Qualität ersetzt wird. Es darf aber davon nicht abgeleitet werden, daß Wasservorkommen nicht auch übernutzt oder verunreinigt werden kann.

Aus diesem Grund muß daher alles unternommen werden, die vorhandenen Wasservorkommen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu schützen, damit zukünftig die unentbehrliche Wasserversorgung gesichert bleibt.

Liebe Damen und Herren, zuletzt, die Fachabteilung IIIa – Wasserwirtschaft Referat 2, Planung und Wasserversorgung, vertreten durch Dipl.-Ing. Bruno Saurer und Dipl.-Ing. Walter Schild, kommt zur abschließenden Betrachtung: Die Verwendung von Nutzwasser im Haushalt, Wasser von minderer Qualität, bringt viele Gefahren – Verwechslung der Trinkmit der Nutzwasserleitung, Trinken aus der Nutzwasserleitung, Übertragung von Krankheiten durch Sprühnebel bei PC-Sprühungen, hohen finanziellen Einsatz, keine Ressourcenschonung sowie annähernd doppelten Material- und Wartungsaufwand für die Errichtung und den Betrieb eines zweiten Wasserkreislaufes.

Aus den zuvor genannten Gründen ist der Einsatzbereich von Nutzwasser im Haushalt nur zum teilweisen Ersatz von Trinkwasser geeignet und relativ eng abgesteckt.

Vor der Realisierung von Nutzwassersystemen sollten alle Argumente, die örtliche Gegebenheit, Art des Wasservorkommens, Einsatzbereich, sorgfältig abgewogen werden und von Fall zu Fall beurteilt werden.

In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, darauf hinzuweisen, daß in erster Linie ein sinnvollerer und somit auch sparsamerer Umgang mit der Ressource Wasser zu verfolgen ist. Dazu zählt die Vermeidung von Wasserverlusten in Leitungsnetzen, die Beseitigung von Undichtheiten an Armaturen, WC-Spülkästen mit geringerem Wasserinhalt, Spülstopp-taste und vor allem Änderung der Verbrauchergewohnheiten, zum Beispiel Duschen statt Baden.

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist daher aus den zuvor genannten Gründen, bei Optimierung der zuvor aufgezählten Maßnahmen, die Verwendung von Nutzwasser zur teilweisen Ergänzung von Trinkwasser in Haushalten, in einem wasserreichen Land wie Österreich generell nicht notwendig – also, ich wiederhole noch einmal, generell nicht notwendig –, ökologisch nicht wirksam und wirtschaftlich nicht vertretbar. Ich glaube, dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir Freiheitlichen werden daher den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Schrittwieser und Genossen zur Kenntnis nehmen. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 19.25 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann (19.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Keine Sorge, ich werde mich sehr kurz halten. Der Kollege Porta hat mich natürlich mit seiner Wortmeldung herausgelockt, ihm doch einige Dinge zu sagen. Heute, muß ich ihm allerdings sagen, hat er nicht agiert, wenn man so nach dem Hören geht, Kollege, wie einer von den drei Musketieren, wie der Portos, Athos und sonstiges, sondern heute hast du wirklich agiert wie einer, dem man die Rede geschrieben hat, du kannst nichts dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Grund unseres Antrages war im Grunde genommen etwas anderes. Nicht Überwachung und Kontrolle, sondern Erziehung ist der wichtigste Bereich in der Frage Trinkwasser. Es wird keinem Menschen gelingen – und das war auch nicht der Hintergrund dessen –, den Nachbarn zu bespitzeln, ob seine Wasserleitung rinnt, ob der Hahn tropft oder ob das Klo rinnt. Das spürt er ja meistens selber, nämlich bei der Zahlung der Wassergebühr, die ja sehr teuer wird. Und viele wundern sich, und jeder, der irgendwann einmal in der Kommunalpolitik in dem Bereich tätig war, weiß, welche Probleme da die Leute haben und an das Wasserwerk herantragen und sagen, soviel habe ich gar nicht gebraucht. Aber das ist einfach nicht möglich, das ergibt sich in dem Bereich.

Das Zweite. Warum wir uns ein wenig Sorge machen um den zukünftigen Wasserhaushalt, ist, daß natürlich auch das Wasser, wie du richtigerweise gesagt hast, immer kostbarer wird, nämlich Trinkwasser wird immer kostbarer. Und wer die Flüsse anschaut, die zum Teil, nachdem sie wie bei uns im Hochschwabgebiet oder im Schneesalmgebiet versiegen, wenn sie im Sommer voll ausgenutzt werden durch die Wiener Hochquellenleitung, der weiß auch, wovon ich rede. Das heißt also, Ausnutzung von Wasservorkommen und Kavernen nicht bis zur letzten Konsequenz, sondern es muß Überwasser übrigbleiben, damit dort für das Leben in dem Bereich noch genügend überbleibt. Denn leere Flüsse bedeuten auch weniger Lebensqualität. Das wissen wir alle miteinander. Das plätschernde Bächlein, das wir so gerne hören, ist dann vorbei, und das gibt es nicht mehr. Das ist unsere Sorge, und es ist nicht genügend Wasser vorhanden. Ich versichere dir auch, wir wollten keine Melkkuh suchen. Ich sage das ganz so offen und ehrlich wie es ist, wir suchen keine Melkkuh in der Frage des Einbaues von Wasserverbrauchszählern in Neubauten. Es ist ein Mittel zur Erziehung des einzelnen, und nicht nur zur Generalabrechnung, die dann an 16 Parteien gleichmäßig verteilt wird, die sicher ein Problem ist und über die wir lange nachgedacht haben. Und es geht auch um die Frage der sogenannten Regenwasserzisternen, die natürlich für das Gartengießen ihre Möglichkeit haben. Ich rede nicht von jenen Gebieten, wo das Wasser durch Pestizide oder durch Nitrate verseucht ist, wie das zum Teil im südsteirischen Raum ist, sondern ich rede von den noch gesunden Grundwasservorkommen der Obersteiermark, die ja meist auch aus den großen Quellen gespeist werden und aus dem Überwasser und dem filtrierten Aussickerwasser aus den Flüssen.

Meine Damen und Herren, glauben Sie mir, das war unser echtes, ehrliches und wirkliches Anliegen, weil wir sehen, welche Problematik in dem Bereich besteht. Und es mag die letzte Volksabstimmung, die es in einer obersteirischen Gemeinde, nämlich in Seewiesen, gegeben hat, zeigen, wie sensibel dieser Bereich geworden ist. Aber es zeigt auch, daß keiner mehr bereit ist, über den Zaun hinauszuschauen. Hauptsache, ich habe etwas, der daneben braucht nichts, der geht mich nichts an. So kann es natürlich in unserer Steiermark auch nicht gehen, daher müssen wir überlegen, wie wir mit dem Wasser haushalten,

daß alle etwas davon haben und auch davon leben können. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 19.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat der Herr Landesrat Pörtl das Wort zu diesem Punkt.

Landesrat Pörtl (19.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag und vor allem auch die Vorlage ist eine klassische Gelegenheit, einen Gesamtblick und vor allem eine Gesamtdarstellung der steirischen Wasserwirtschaft und auch der Qualitäts- und Zukunftsnormen sehr kompakt zu erfassen. Ich glaube sicher, daß wir auf diesen Wegen teilweise regional unterschiedlich nicht ganz konfliktfrei uns in vielen Auseinandersetzungen durchzwängen, weil im wahrsten Sinne das Wasser nicht nur die Visitenkarte und das – der Kollege Porta hat das angesprochen – wahrscheinlich, da gibt es diese schlagenden Wörter, das eigentliche weiße Gold der Zukunft sicherlich sein wird. Ich möchte aber trotzdem, ohne weit auszuholen, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken für diese harte Arbeit in den verschiedensten Bereichen, ob das der Wasserbau ist, die Abwasserwirtschaft ist, ob das der rechtliche Bereich ist und vor allem auch für den pädagogischen Vorgang, die Bewußtseinsbildung. Ich möchte aber schon sagen, und das bereits abschließend, ich habe Verständnis für den Beschlußantrag in bezug auf diese Fernleitungen, weil nur dort solche Fernleitungen sinnhaft sind, wenn es unbedingt notwendig ist, wie es im Grunde auch der Kollege Porta angesprochen hat. Mit dieser Vorlage ist nicht gedacht, daß wir zentrale Räume nur mit dem Tiefbrunnen versorgen müssen, sondern nur die dringende Notwendigkeit muß der Schlüssel für Fernleitungen sein. Und ich glaube daher, daß auch die Frage der Abwasserwirtschaft zentral und dezentral mit einer Zahl oder mit zwei Zahlen legitimierbar ist. Wir haben im vergangenen Jahr 166 Genehmigungen gehabt, davon sind 30 gemeinschaftliche Anlagen und 136 Einzelanlagen und kleine Anlagen.

Ich möchte abschließend sagen, daß ich der Auffassung bin, daß es eine mutige Entscheidung war, nach sehr langen Verhandlungen über ein neues Abwassergesetz, das, was in der Umsetzung bereits in die richtige Richtung auch jetzt möglich ist, zu belassen, und da gilt wirklich, daß das Bessere der Feind des Guten ist, vor allem in bezug auf die Umsetzung, und ich bin froh, daß wir auf dieser Ebene der Abwasserwirtschaft mit dem neuen Abwassergesetz, wo die Erfahrung und die Umsetzungsmöglichkeiten vorhanden sind, mit einer solchen Regelung wieder eine beruhigende, aber kontinuierliche Entwicklung brauchen. Es wird natürlich die Frage der Förderung dieser dezentralen und Kleinanlagen und überhaupt die Frage der Förderung ein Thema bleiben.

In diesem Sinne möchte ich noch einmal unterstreichen – ich möchte das nicht so qualitativ bewerten, wie der Kollege Vollmann, das war ein sachlich sehr fundierter Beitrag vom Kollegen Porta, wo man im konkreten in der Sache auf den Punkt geht. Es gibt oft verbale Positionen, wenn man das fachlich genau gegenüberstellt und die Rentabilität und vor allem auch die Gewichtung stellt, gibt es da ganz andere

Positionen, als die Pauschalpositionen, wo wirklich diese Frage der Brauchwassernutzung auch hygienisch und wirtschaftlich in der Gesamtheit zu betrachten ist, vor allem auch, was den Ressourcenverbrauch betrifft. In diesem Sinne bin ich froh über die Diskussion und über diese Art und Weise, wie wir in der Steiermark gemeinsam mit dem Wasser umgehen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zu zwei Abstimmungen. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Wir stimmen zweitens ab über den Entschließungsantrag der Grünen, betreffend den Trinkwassertransport. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu Punkt 10 der Tagesordnung.

10. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/37, zum Beschluß Nr. 514 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Präsident Dipl.-Ing. Vesko, Dietrich, Riebenbauer und Dirnberger, betreffend Maßnahmen zur unverzüglichen Freigabe der zweiten Tranche für den Transportkostenzuschuß für Milch in der Höhe von 15 Millionen Schilling für das Jahr 1997, und zum Beschluß Nr. 509 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Tasch, Ing. Kinsky und Schinnerl, betreffend die Sicherstellung eines höchstmöglichen Zuschusses pro Kilogramm an Molkereien angelieferter Milch im Jahr 1998.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (19.35 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 657/37 zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 514 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1997 der Abgeordneten Peinhaupt, Bleckmann, Vesko, Dietrich, Riebenbauer und Dirnberger, betreffend Maßnahmen zur unverzüglichen Freigabe der zweiten Tranche für den Transportkostenzuschuß für Milch in der Höhe von 15 Millionen Schilling für das Jahr 1977, und zum Beschluß Nr. 509 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Tasch, Kinsky und Schinnerl, betreffend die Sicherstellung eines höchstmöglichen Zuschusses pro Kilogramm an Molkereien angelieferter Milch im Jahr 1998.

Der erste Beschlußantrag zielt darauf ab, die zweite Tranche für den Transportkostenzuschuß für Milch in der Höhe von 15 Millionen Schilling unverzüglich freizugeben und im Budget sicherzustellen.

Gemäß der Entscheidung der Kommission von 1996 wäre eine Förderung von 8 Groschen je Kilogramm möglich. Im Landesvoranschlag 1997 waren keine Mittel dafür vorgesehen, und mittels Ferialverfügung konnte die erste Tranche ausbezahlt werden, jedoch konnten für das zweite Halbjahr keine weiteren Mittel aufgebracht werden.

Der zweite Beschlußantrag zielt darauf ab, einen höchstmöglichen Zuschuß pro Kilogramm an Molkereien angelieferter Milch im Jahr 1998 zu gewähren.

Zu diesem Beschlußantrag wird berichtet, daß für 1998 keine Mittel für die Förderaktion „Degressiver Landeszuschuß für milchliefernde Betriebe“ vorgesehen sind.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Februar 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 514 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Peinhaupt, Bleckmann, Vesko, Dietrich, Riebenbauer und Dirnberger, betreffend Maßnahmen zur unverzüglichen Freigabe der zweiten Tranche für den Transportkostenzuschuß für Milch in der Höhe von 15 Millionen Schilling für das Jahr 1997, und zum Beschluß Nr. 509 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1997 der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Tasch, Kinsky und Schinnerl, betreffend die Sicherstellung eines höchstmöglichen Zuschusses pro Kilogramm an Molkereien angelieferter Milch im Jahr 1998, wird zur Kenntnis genommen.

Es wird um geteilte Abstimmung gebeten. Danke! (19.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (19.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man so in die Runde schaut, könnte man den Eindruck gewinnen, daß das Interesse für den Tagesordnungspunkt nicht gerade das größte ist.

Aber ich sage Ihnen eines, daß die Bedeutung ja in zweierlei Hinsicht gegeben ist.

Herr Klubobmann Purr, beschäftigten Sie sich mit Ihren Bauern, dann wären Sie genötigt, auch mir zuzuhören.

Es geht nämlich letztendlich auch darum, daß in der heutigen Sitzung der Herr Landesrat Hirschmann das Stück über die Gartenausstellung eingebracht hat und sich im nachhinein von diesem Hohen Haus die Bedeckung über bereits 80 Millionen Schilling verbaute Summe geholt hat. Das geht so mir nichts dir nichts, ohne irgendetwas!

Wenn es darum geht, daß man im ländlichen Bereich versucht, zumindest Versprechungen einzuhalten – nicht unsere Versprechungen, eure Versprechungen, Franz Riebenbauer –, so wird das ganz einfach vom Tisch gewischt. Und dieses ganze Szenario sehe ich schon hinter dem, was vor allem der Siegi Ussar in diesem Haus gesagt hat. Ihr müßt davon ausgehen, daß die meisten Milchbauern der Steier-

mark sich doch im obersteirischen Raum befinden. Der Siegi hat die Fassmann-Studie zitiert, die ja dann von Landesrat Paierl abgetan worden ist, ja, ihr tuts ja nur Schwarzmalen. Schwärzer kann man es nicht mehr anmalen, darf ich einmal vorweg sagen, aber es hat schon etwas auf sich. Das heißt, wenn ich in der Obersteiermark nicht mehr in der Lage bin, bäuerliche Arbeitsplätze abzusichern, so belaste ich den dort ohnedies belasteten Arbeitsmarkt noch einmal. Also, jetzt würde schon naheliegen, daß man hier in diesem Haus versucht, zu einer gemeinsamen Vorgangsweise zu finden, um auch den bäuerlichen Arbeitsplatz in der Obersteiermark im speziellen Fall jetzt abzusichern, und nicht herzugehen und zu sagen, was wollt ihr eigentlich, in der mittleren und in der südlichen Steiermark haben sie eine Pro-Kopf-Förderquote von 1000 Schilling, und in der Obersteiermark haben sie eh 9000 Schilling bekommen.

Nur eines, und das möchte ich den Sozialdemokraten in das Stammbuch schreiben, kein Mensch hat heute davon gesprochen, daß die ATP, die Austria-Antriebstechnik, von der Pleitenholding übernommen worden ist und mit Zustimmung dieser Pleitenholding die Auslagerung von Teilproduktionen dieses Betriebes nach Slowenien beschlossen worden ist, wo weitere 120 Arbeitsplätze in der Obersteiermark bedroht worden sind. Ich nehme deswegen die ATP, weil in der ATP viele, viele bäuerliche Leute ihren Arbeitsplatz gefunden haben, um ihrem Beruf daheim noch nachgehen zu können als Nebenerwerbslandwirt. Ich sage nicht einmal mehr Nebenerwerbslandwirt, sondern ich sage notgezwungener Landwirt, zweimal arbeiten gehen zu müssen, um einmal leben zu dürfen.

Meine Damen und Herren, ich sage aber auch den Sozialdemokraten ganz klipp und klar, in der Obersteiermark hat ja auch das Platz gefunden, daß 18.000 Arbeitsplätze abgebaut werden mußten. Der Großteil aus den verstaatlichten Bereichen. Nur, eines hat heute auch niemand dazugesagt, daß jeder abgebaute Arbeitsplatz 2 Millionen Schilling aus öffentlicher Hand gekostet hat.

Wer schreit denn bei den Bauern auf, wenn der eine oder andere zusperrt, der kriegt keine 2 Millionen, damit er zusperrt. Das gibt es dort nicht.

Und dann muß ich meiner Enttäuschung gegenüber der ÖVP offen Ausdruck verleihen, denn Erich, du weißt ganz genau, ich glaube, in der Budgetdebatte war es, habe ich dir empfohlen, unter Hinweis auf das Vorarlberger Modell, nämlich eine Subsumierung der degressiven Ausgleichszahlung unter der Maßnahme „Landschaftskulturelle Maßnahmen“ zu budgetieren. Die Vorarlberger – auch ein ÖVP-Landesrat – haben das bewerkstelligt. Er hat das sicherstellen können, daß die degressiven Förderungen in Vorarlberg keiner Degression unterworfen worden sind. Nur in der Steiermark sind wir diesen Weg eben nicht gegangen.

Im Hinblick auf diese sogenannte „Agenda 2000“ muß ich Ihnen schon auch sagen, ausgerechnet in dieser Hinsicht an die Milchbauern verraten zu wollen, denn wir hätten ja nicht einmal gewußt zum derzeitigen Zeitpunkt, daß die zweite Tranche 1997 in bezug auf den Transportkostenzuschuß nicht ausbezahlt worden wäre. Das hätten wir erst dann erfahren, wenn wir den Wirtschaftsförderungsbericht der Landwirtschaft im Haus gehabt hätten – irgendwann einmal

im 98er Jahr. Gerade im Hinblick dessen, daß wir eben die nationale Quote überliefert haben, daß österreichische Milchbauern 177 Millionen Schilling Strafe zahlen müssen, verwehrt man den steirischen Milchbauern den ihnen versprochenen Transportkostenzuschuß für die zweite Hälfte 1997, im Wissen, daß die Agenda eines mit sich bringt, daß man jetzt nämlich gewillt ist, den Durchschnittssatz, die durchschnittliche Milchleistung, auf EU-Niveau zu bringen. Wir haben 3600 Durchschnittsleistung in der Steiermark beziehungsweise in Österreich, und 5800 Kilogramm wollen sie uns hinaufdividieren. Was wollen sie damit? Den öffentlichen Haushalt einsparen? Die Milchbauern noch mehr belasten? Weil dann haben wir österreichweit 250.000 Milchkühe, die virtuell durch die Gegend laufen.

Warum ich mich ganz besonders ärgere, ist, daß in dieser Regierungsvorlage, über die wir heute beraten und sie auch beschließen, drinnensteht, daß diese Mittel, die unabdingbar erforderlich sind, im Budget nicht vorgesehen sind.

Ich erinnere die Freunde der ÖVP an ihr Verhalten beim ländlichen Wegebau, wo diese Dinge, diese Mittel auch von eurer Seite her so gesehen wurden, daß sie dringlich erforderlich sind für den ländlichen Wegebau. Beim Budget habt ihr nicht mitgestimmt, aber in der Landwirtschaftskammervollversammlung hat der Erich klipp und klar gesagt, macht euch nicht solche Sorgen, die Mittel sind eh sichergestellt.

Ich erwarte mir vom Schlußwort des Landesrates, daß er auch zum heutigen Antrag sagt, macht euch keine Sorge, die Mittel sind eh sichergestellt, und wir können das zahlen. (Landesrat Pörtl: „Vor allem mit deiner Hilfe!“) Erich, ich meine, ich lasse mir in der Hinsicht von dir nichts vorwerfen, denn ich habe euer Verhalten gesehen, und zwar in dem Zeitpunkt, wo man euch den Spiegel vor das Gesicht hält. Nicht daß es den Spiegel zerreißt, euch zerreißt es, weil ihr eure Mißtaten nicht vertragen und nicht anschauen könnt. Schau, was war denn beim ländlichen Wegebau, lieber Erich? Da seid ihr hergegangen und habt im Landtag abgelehnt bei den Budgetverhandlungen, obwohl in der Regierungsvorlage drinnengestanden ist, eine Möglichkeit, diese Mittel aufzustoeken, geht nur in den Budgetverhandlungen. Und was habt ihr dann in den Medien gemacht, Franz, du und auch der Herr Dirnberger, die FPÖ und die SPÖ ist dagegen, nur die ÖVP ist dafür. Liebe Freunde, tut die Leute da draußen nicht anlügen, beruft euch auf die Sachverhalte, so wie sie da Platz greifen.

Das einzige, was ihr gemacht habt, Franz Riebenbauer, das sage ich dir auch. Ihr habt nur versucht, euch am Rücken der Roten abzuputzen, indem ihr nämlich hergegangen seid und gesagt habt, wir machen jetzt so einen Initiativ- und Resolutionsantrag, der euch die Legitimation gibt zu sagen, ja wir wollen eh, aber der Herr Ressel will nicht. Und das finde ich schäbig. Wenn man nämlich etwas bewegen kann, dann sollte man es auch bewegen. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.) Und wir wissen mittlerweile, daß wir sehr wenig bewegen können. Eben aus diesem Grund und mit der Solidarität der steirischen Bauern erlaube ich mir, einen Entschließungsantrag der Freiheitlichen Peinhaupt und Dietrich einzubringen, betreffend den Transportkostenzuschuß für Milch.

Für das zweite Halbjahr 1997 wurden im Rahmen der Förderaktion „Degressiver Landeszuschuß für milchliefernde Betriebe“ bis dato keine Mittel ausbezahlt. Im Wirtschaftsjahr 1997 wurde die nationale Quote von 2,3 Millionen Tonnen Milch überschritten, wodurch den österreichischen Landwirten auf Grund der Marktordnungsbestimmungen der EU ein Strafmaß in der Höhe von zirka 177 Millionen Schilling erwächst.

In Anbetracht der ohnehin kritischen Einkommenssituation bei milchliefernden Betrieben wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich den auf die Steiermark entfallenden Teil des Strafraummaßes, welches sich aus der Überlieferung ergibt, für die steirischen Bauern aus dem öffentlichen Haushalt abzudecken.

Meine Damen und Herren, und jene, die es mit der Obersteiermark ernst nehmen, möchte ich bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Nicht nur aus dem Grund, daß gerade die milchliefernde Produktion der Landwirtschaft jene ist, die am sichersten und am meisten die Arbeitsplätze absichert, sondern ganz einfach aus dem Grund, daß wir uns in diesem Haus darauf verstehen müssen, auch bei allen Diskrepanzen gemeinsam ein ÖVP-Versprechen einzulösen. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 19.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Wabl (19.48 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wenn der Kollege Gennaro, der als Gewerkschafter, Wirtschaftsexperte und was weiß ich noch alles geeignet ist, in Zweifel zieht, daß ich zu dem Thema sprechen dürfte, werde ich hier etwas sagen, und Gott sei Dank hat da hier jeder Redefreiheit. Ich habe das auch nicht so ernst aufgefaßt. Aber ich möchte dir nur mitteilen, falls du es nicht weißt, aber ich weiß ja, du hast ja weitreichendere Aufgaben zu erfüllen, daß ich in Fürstenfeld Obmann eines Vereines bin, der es seit drei Jahren als Hauptaufgabe sieht – ein Milchbauer von uns, ein Biobauer, der hervorragende Milch produziert –, die Milch zu übernehmen und an die Bevölkerung weiterzugeben, und das unter sehr großen Belastungen. Wir wissen ja, das Problem bei der Milch ist, daß die Menschen zwar erklären, wie wichtig und wie gut echte Milch vom Bauern ist, vor allem eine Biomilch, die nicht pasteurisiert ist, wo die ganzen wertvollen Bestandteile noch enthalten sind, aber der Preis ist halt immer wieder das Problem. Also Gennaro Kurtl, ich bin kein Milchbauer, aber ich bin ein Milchhändler, und aus dem Thema möchte ich dazu etwas sagen. (Abg. Gennaro: „Ich bin ein Milchtrinker!“)

Zum Kollegen Peinhaupt, zu seinen Ausführungen. Ich kann dir nur in zwei Dingen rechtgeben. (Abg. Tasch: „Wieviel Einkommen hast du noch?“)

Bist du narrisch, weißt du, was ich dort verdiene, Kurtl? Ich werde dir demnächst meine Bilanz bringen. Es ist sogar so, daß ich es war, ich will ja nicht mein Licht unter den Scheffel stellen, der dieses Milchkühlgerät am Anfang – das kostet ungefähr 20.000 Schil-

ling, es gibt mehrere Varianten – sogar angeschafft und einen Teil sogar selbst übernommen hat. Du kannst ein bißchen dazuzahlen, wir brauchen eh dringend ein Geld, weil wir immer am Limit leben, und das weißt du selbst, als einer, der die Bauern kennt, daß heute diese Schere zwischen Erwartungen des Konsumenten und der Bereitschaft, etwas zu zahlen für die Lebensmittel immer größer wird. (Abg. Tasch: „Martin, ich war lange Milchbauer, aber jetzt ist mir lieber, man trinkt Wein!“) Man kann ja beides trinken, wenn es einem schlecht geht, und zur Regenerierung Milch und sonst Wein. Aber ich kann mich dort nur anschließen.

Erstens habe ich mir überlegt, wie oft habe ich schon – ich glaube, du auch – zur Milch gesprochen da heraußen, und eigentlich habe ich immer den Eindruck, man kann zwar da reden, aber die Politik, nicht nur in diesem Bundesland, sondern in diesem Lande, machen eh andere, und die scheren sich sehr wenig um das, was der Herr Abgeordnete Wabl hier sagt. Daher habe ich mir gedacht, eigentlich ist es wahrscheinlich vergebliche Liebesmüh, die Ausführungen zur Bedeutung der Milch oder der Milchbauern dahier zu bringen. Der Kollege Riebenbauer wird ohnedies weiterhin sagen, daß nur er als ÖVP-Bauer etwas davon versteht, alle anderen verstehen nichts, mit dem muß ich ohnedies leben.

Und das Zweite, ich werde diesem Entschließungsantrag der FPÖ selbstverständlich zustimmen, ich habe da überhaupt keine Probleme. Ich glaube, daß das einfach wichtig ist, nicht nur von der Bedeutung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, vor allem bei den Milchbauern, zu reden, sondern auch danach zu handeln. Und diese Doppelbödigkeit, Herr Landesrat Pörtl, die muß ich dir wirklich vorwerfen, daß von deiner Seite, von seiten der ÖVP immer wieder betont wird, daß nur ihr die Interessen der Bauern intensiv vertreten. Wenn es dann soweit ist, wird dann zwar überall dokumentiert und erklärt, man hat die Anliegen der Bauern besonders im Auge, aber wenn es dann um die konkrete Tatumsetzung geht, dann fehlen die entsprechenden Willenserklärungen, und vor allem gibt es dann die Sachzwänge und die übergeordneten Zwänge. Ich halte das an sich für ein Trauerspiel, daß man diese finanziellen Beiträge für das notwendige Überleben der Milchbauern nicht aufbringen kann. Das ist meine persönliche Meinung. Und ich bin erschüttert darüber, daß also hier ein solcher Bericht erstattet wird. Ich werde dem Bericht auch nicht zustimmen.

Ich möchte nur zum Schluß eines sagen, ohne daß ich mich verbreitere. Ich bin bestürzt über die Millionen- und Milliardenverluste der Molkereien. Das war ja auch zu erwarten bitte, weil wenn ich den kompletten Wettbewerb in diesem Bereich ausrufe, wo alle voll ins Geschäft hineingehen müssen, jede Molkerei muß die komplette Palette anbieten. Man kann sich vorstellen, daß hier angesichts der spezifischen Situation der Molkereien, aber auch der Bauern, wo es um die Frische geht, daß dieses Match auf die Dauer nicht zu gewinnen ist und zu befürchten ist, daß wir in Europa ein paar große Milchkonzerne haben und daß daneben nichts mehr übrigbleibt, außer in Österreich vielleicht ein großer Konzern, und bis dahin Milliardenverluste angehäuft werden. Aber was mich

am meisten deprimiert, ist, und da weiß ich auch keine Lösung, wahrscheinlich fährt das Schiff, und da läßt sich nichts aufhalten, daß heute Bäuerinnen, die bisher bereit waren, mit viel Aufwand, mit viel Fleiß, mit viel Einsatz und viel Opferbereitschaft einen Milchbetrieb übernommen haben, also ein Joghurt auf gut deutsch, das ohnedies am unteren Limit verkauft worden ist, um 6, 7 oder 8 Schilling, und dann haben eh schon manche gesagt, beim Hofer gibt es das um 5 Schilling, als ob diese drei Schilling es nicht wert wären, daß man die Arbeitsplätze dort erhält –, daß Bäuerinnen einfach nicht mehr in der Lage dazu sind. Erstens der Preis, und zweitens, das sage ich dahier ganz deutlich, ich kann mich nicht damit abfinden, daß man heute von den Bäuerinnen erwartet, daß sie praktisch kleine Molkereien installieren. Die Investitionen wären dort von 500.000 Schilling bis zu einer Million. Jetzt frage ich bitte. Angesichts der Erwartung der Konsumenten, daß das alles nichts kosten darf, daß das alles billig sein muß, obwohl wir noch die Zeit herbeisehnen werden, wo wir eine frische Milch vom Biobauern bekommen, weil wir das einfach nicht mehr haben werden. In Frankreich gibt es heute schon 90 Prozent Haltbarmilch, in England gibt es fast nur mehr Haltbarmilch, in Deutschland ist die Situation auch schon sehr schwierig. Bei uns gibt es sie noch – Gott sei Dank –, die frische Milch vom Bauern, aber wie lange noch? Es gibt keine Bäuerin, es gibt keinen Bauern, der sich diese Investition leisten kann, er kriegt das nie zurück. Wenn man jetzt also die Arbeitsleistung betrachtet, den Einsatz, den Zeitaufwand, dann wäre der Kollege Gennaro der erste, und das gestehe ich ihm zu, daß er die Arbeiterinteressen vertritt, wenn eine solche Belastung für die Bäuerinnen auftritt, der sofort auf die Höfe kommt und sagt, so kann das nicht weitergehen, das ist ein Skandal.

Es ist ein Skandal. Wir machen uns alle mitschuldig. Die EU-Spitze mit dem Fischler in Brüssel. Da möchte ich gar nicht noch die „Agenda 2000“ zitieren, was da noch auf uns zukommt.

Es steht fest, daß die Arbeitsplätze im Bereich der Milchlandwirtschaft immer weniger werden, und es steht auch fest, daß für unsere Kinder und Kinderkinder dieses so wichtige Lebensmittel – wie die Kollegin Kaufmann sagt – und nicht Nahrungsmittel immer mehr verschwindet.

Ich habe es schon einmal hier erzählt – es hilft eh nichts –, es hat in Amerika Untersuchungen gegeben, wo man die Biomilch, die pasteurisierte Milch und die Haltbarmilch verglichen hat bei Tierversuchen, und es hat sich eindeutig herausgestellt, daß jene Tiere, die die Biomilch bekommen haben, weitaus am längsten gelebt haben.

Das sollte ein Alarmsignal sein. Ich bin nicht als Landesrat zuständig, aber ich stelle nur fest, Herr Landesrat Pöttl, daß wir auf diesem Gebiete eigentlich keine Bremsen einziehen können, daß es uns nicht gelingt, richtige und vor allem zielführende Antworten zu finden. Mir tut es leid.

Ich werde mich aber weiterhin bemühen, daß wir in Fürstenfeld, in meinem Bereich, diese Biomilch weiter verkaufen. Wie lange das noch geschehen wird, das weiß ich nicht, weil immer mehr Bauern sagen, nein danke, unter diesen Bedingungen bin ich dazu nicht bereit. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 19:57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Er hat das Wort.

Abg. Dirnberger (19:57 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich kann mich zwar nicht erinnern, daß wir in Anspruch genommen hätten, daß wir das allein Seligmachende verbreiten. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Da nicht, aber wir wissen es ja, daß es nicht stimmt, aber die Leute draußen glauben das!“) Es ist sicher wichtig, daß eine Meinungsvielfalt herrscht.

Es ist schon angeklungen vom Kollegen Peinhaupt, daß im abgelaufenen Wirtschaftsjahr die nationale Quote überliefert wurde und eine Superabgabe in der Höhe von 177 Millionen Schilling zu zahlen ist. Wie hoch schlußendlich der Saldierungsprozentsatz ausfällt, das wird sich noch entscheiden. Bis zum 15. Juni muß das den Molkereien bekanntgegeben werden. Es hängt natürlich stark davon ab, wieviel Überlieferung in der Unterlieferung Platz hat. Man schätzt in etwa 50 Prozent. Das würde dann bedeuten, daß ein Lieferant für seine gesamte Überlieferungsmenge 2 bis 2,50 Schilling zu bezahlen hat.

Wir haben uns auch sehr intensiv mit dem Entschließungsantrag der Freiheitlichen beschäftigt, weil ich glaube, mit dem Ballerl hin- und herschupfen können wir im Interesse der Bauern aufhören, und ich glaube, daß der Arbeitsplatz Bauernhof sehr, sehr von Bedeutung ist. Das ist uns allen bewußt.

Wir haben uns aber dann doch gesagt, aus verschiedenen Gründen können wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen. Zum einen einmal würde das die Überlieferung fördern, was ja aus Sicht der Quote nicht sinnvoll ist. Zum zweiten wäre es schwer argumentierbar und begründbar denen gegenüber, die zum Beispiel eine zusätzliche Quote in Form von Leasingverträgen, in Form von Kauf dazugewonnen haben. Es würde natürlich ein weiteres Tor öffnen und Hoffnung erwecken, daß im nächsten Jahr auch wieder diese Superabgabe übernommen würde, und dann wäre das ein Faß ohne Boden.

Ich glaube eher, daß wir in Richtung Minderung des Strukturachteiles denken sollten. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, daß wir uns gemeinsam da hier finden. Es ist ja unbestritten, daß wir in Österreich und vor allem in der Steiermark strukturelle Nachteile haben, und hier ist es, glaube ich, wichtig, daß wir einen Ausgleich schaffen. Hier gibt es gute Denkanstöße und Forderungen im Milch-Ausschuß der Landwirtschaftskammer, die dahin gehen, zum ersten die Rohmilchuntersuchungskosten generell zu übernehmen und zum zweiten, ein Teil dieser Milcherfassungskosten, die ja durch die strukturellen Benachteiligungen, geringe Milchkichte, sehr schwierige Transportwege und dergleichen, da diese Kosten wesentlich höher sind, einen Teil dieser Kosten dann auch zu übernehmen.

Da gibt es Denkansätze, daß man auch einen Wettbewerbsausgleich bei den Milchverarbeitungsbetrieben schafft, daß man sagt, die ersten 17 Groschen müssen die Verarbeitungsbetriebe übernehmen – dann wären wir im Durchschnitt bei den bayrischen Milcherfassungskosten –, und die restlichen Kosten bis zu

10 Groschen soll die öffentliche Hand übernehmen. Das wäre, glaube ich, ein wirklich konstruktiver Vorschlag, der natürlich auch einige Millionen kostet – das ist mir schon bewußt, aber über das sollte man sachlich nachdenken und überlegen, und vielleicht könnten wir uns auch finden.

Es ist natürlich leicht, zu sagen zum Landesrat Pöttl, er soll die Gelder zur Verfügung stellen, wenn er keine zusätzlichen Mittel vom Landesrat Ressel bekommt. Es bringt ja überhaupt nichts, wenn er auf der einen Seite 15 Millionen ausschüttet, und auf der anderen Seite wieder bei den anderen Fördermaßnahmen für die Bauern diese Millionen fehlen.

Wir bringen aus unserer Sicht deswegen einen Entschließungsantrag ein der Abgeordneten Riebenbauer, Dirnberger und Alfred Prutsch, betreffend die Gewährung von Landeszuschüssen im Jahre 1998 zur Existenzsicherung steirischer Grünlandbetriebe.

Der Steiermärkische Landtag hat die Steiermärkische Landesregierung mit Beschluß Nr. 509 vom 12. Dezember 1997 aufgefordert, zur Existenzsicherung steirischer Grünlandbetriebe auch im Jahr 1998 einen höchstmöglichen Zuschuß pro Kilogramm an Molkereien angelieferter Milch sicherzustellen.

Die Sicherstellung eines Landeszuschusses konnte im Rahmen des Landesvoranschlages 1998 bisher nicht erfolgen.

Auf Grund der schwierigen Situation der Grünlandbetriebe soll daher neuerlich geprüft werden, inwieweit eine Unterstützung des Landes als Ausgleich des Strukturnachteils in der Milcherfassung und/oder zu den Rohmilchuntersuchungskosten gewährt werden kann.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit ab 1998 ein Landeszuschuß als Ausgleich des Strukturnachteils in der Milcherfassung und/oder zu den Rohmilchuntersuchungskosten gewährt werden kann.

Wir glauben, daß das nicht nur kurzfristig für ein Jahr gewährt werden sollte, sondern daß man hier einen längerfristigen Zeitraum in Betracht ziehen muß, über Jahre, daß da ernsthaft darüber nachgedacht werden muß.

Ich ersuche um Unterstützung. Wie schon erwähnt, es wäre das ein Beitrag, damit die Einkommensverluste, die vor allem auch die Grünlandbetriebe getroffen haben, gemildert werden können. Es wäre ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung, aber auch, und das gehört glaube ich auch erwähnt, zur Erhaltung der Kulturlandschaft und des ländlichen Raumes.

Ich ersuche um Annahme. Ich ersuche im besonderen auch um Unterstützung, damit in der Landesregierung auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 20.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (20.03 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe dem Herrn Kollegen Dirnberger sehr genau zugehört, Sie haben ein bißchen zu oft „und da sollte man, und da könnte man, und vielleicht, und es wäre gut“ in Ihrer Rede drinnen gehabt. Ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber bitte, das ist ja kein Problem, das wir jetzt zum ersten Mal hören. Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir hier um den Transportkostenzuschuß verhandeln, ob wir ihn kriegen, wie viel wir kriegen, wie wir das machen werden. Das zieht sich ja seit 1995, eigentlich seit dem EU-Beitritt zieht sich genau dieses Thema durch den Landtag. Alle Jahre wieder, könnte ich sagen. Alle Jahre stehen wir da und müssen praktisch betteln. Und wie gesagt, das ist seit dem EU-Beitritt. Das war scheinbar der erste Moment oder das erste Mal, daß die ÖVP-Agrarpolitiker über den Tellerrand hinausgeschaut haben, denn sonst hätte man wissen müssen, bitte schön, das ist ja nichts, was man erst seit gestern oder vorgestern weiß. (Abg. Dirnberger: „Sagen Sie das Ihrem Finanzlandesrat!“) Ja, das ist immer die billigste Ausrede. Stellt euch einmal vor, wenn wir keinen roten Finanzlandesrat hätten, dann müßtet ihr glatt einmal zugeben, daß ihr schuld seid, daß ihr alles verschlaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Ihr hättet wissen müssen, daß in der EU die Sache ein bißchen anders aussieht. Kurtl, du kannst dich gerne nach mir melden, ich höre dir dann auch zu.

Die EU ist der größte Milchexporteur, und in der EU wird die Milch in Betrieben von sehr unterschiedlichen Strukturen produziert und auch zu ganz unterschiedlichen Bedingungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, aber auch innerhalb der Mitgliedsländer. Ich denke nur an Bergbauern, eben an Bauern, die nicht in bevorzugteren Regionen produzieren.

Aber überall, in allen EU-Ländern, geht die Entwicklung in die gleiche Richtung, nämlich, daß es immer weniger, aber immer größere und intensivere Milchbetriebe gibt. In allen EU-Ländern wird die Milch in wesentlich größeren Betrieben als in Österreich produziert.

Und ich kann euch ein paar Zahlen, weil sie einfach interessant sind, nennen. Die größten Betriebsstrukturen und die Zahlen habt ihr auch alle gekannt, und ihr habt gewußt, daß wir mit diesen in Konkurrenz treten. Bei den Beitrittsverhandlungen bitte schön, da könnt ihr euch drehen und wenden, wie ihr wollt, da war kein roter Finanzlandesrat, sondern da waren die ÖVP-Bauernbündler mit eurem Agrarkommissar Fischler bei den Verhandlungen. Die größten Betriebsstrukturen sind in Großbritannien, in den Niederlanden, in Dänemark. (Unverständlicher Zwischenruf.) Höre mir doch genau zu, weil du weißt es ja nicht, sonst hättest du ja ganz anders reagiert. Du kennst das alles nicht. Weil wenn ihr das gekannt hättet, dann bräuchten wir da nicht verhandeln, dann müßten wir nicht immer wieder da stehen und bitten und betteln. (Beifall bei der SPÖ.) In Großbritannien sind nahezu die Hälfte der Kühe in Beständen von über 100 Kühen, in den Niederlanden und in Dänemark sind jeweils die Hälfte der Kühe in Beständen über 50 Kühe, in Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien sind mehr als die Hälfte der Kühe bereits in Beständen mit über 30 Kühen. In Österreich sind das 4 Prozent, also nur bei

4 Prozent der Bauen gibt es über 30 Kühe. Und umgekehrt befinden sich in Österreich 87 Prozent der Kühe in Beständen bis 20 Kühe. (Abg. Schinnerl: „Küäh, heißt das!“) Du kannst reden, wie du willst, und ich rede, wie ich will, okay?

In den meisten EU-Ländern ist die Größenordnung, wie sie Österreich hat, überhaupt schon unbedeutend. Der Prozeß des Wachsens und Weichens geht in den einzelnen Ländern in unterschiedlichen Zeiträumen und in unterschiedlicher Geschwindigkeit vor sich. In Österreich haben seit 1985 – und ich habe die Zahlen leider nur bis 1996 – 50.000 Betriebe nicht wachsen können, sondern weichen müssen, und es werden sehr viele noch folgen. Ich weiß, daß der EU-Beitritt für die Milchbetriebe die gravierendste Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war. Und am schmerzlichsten war der starke und rasche Preisverlust bei der Milch, den die Molkereien – und das sage ich jetzt ein bißchen zynisch – vorsorglich an die Bauern weitergeben. Am stetigen wirtschaftlichen Druck auf Betriebe in Richtung Vergrößerung und Intensivierung waren die Molkereien sehr stark beteiligt, denn sie haben größtes Interesse an billiger Milch, an billigster Milch unter günstigsten Transportbedingungen. Und sie waren da die treibenden Kräfte. Das Schizophrene daran ist, die Molkereien gehören den Bauern. Und wie wir 1997 gehört haben, daß die Molkereiverbände Bergland und NÖM eine Milchpreiserhöhung zu Lasten der Konsumenten um einen Schilling fordern, haben wir einen Antrag gestellt, und haben wir gefordert, daß 50 Groschen von diesem Schilling zu den Bauern kommen, zu den Bauern, denen ja die Molkereien gehören und die ja die Milch produzieren, daß 50 Groschen von den Molkereien an die Bauern abgegeben werden. Nur bitte, ein Landwirtschaftskammerpräsident Wlodkowski, der oberste Bauernvertreter in der Steiermark, hat gesagt nein. Er hat damals gesagt, wir brauchen starke Verarbeitungsbetriebe. Und in der Vollversammlung, die ja ihr auch zitiert, wo 34 ÖVP-Bauernbündler drinensitzen, hat man gesagt, das brauchen wir nicht, da nehmen wir nur ein paar Groschen, und außerdem kommt die Idee ja von den Roten, das kann gar nichts Gutes sein. (Landesrat Pörtl: „Ich werde dir sagen, wie das geht. Das nächste Mal gehst du mit!“) Es war so, Herr Landesrat. Was war daran unseriös, daß wir sagen, wenn die Molkereien einen Schilling mehr Milchpreis kriegen, dann sollen bitte schön die Bauern 50 Groschen von dem Schilling kriegen, weil schließlich gehören ihnen ja die Molkereien, oder stimmt das nicht? (Beifall bei der SPÖ.) Und was sonst war der Grund, daß man da diesen Antrag nicht angenommen hat? Weil Ihnen da eine Perle aus der Krone fällt, weil die Idee einmal von den Roten kommt, und nicht von den Schwarzen. Und der gleiche Präsident Wlodkowski ist dann beleidigt, so wie bei der letzten Vollversammlung, wo er uns dann über die Zeitung ausrichten läßt, daß er beleidigt ist, weil wir die 200. Kammervollversammlung nicht mitfeiern, daß er beleidigt ist, weil wir sagen, bitte schön, wir sehen keinen Grund zum Feiern, wenn eine Berufsvertretung feiert, wenn im selben Zeitraum 30.000 Bauern aufhören müssen. Wo ist denn da ein Grund zum Feiern? Über so etwas ist er beleidigt, der Herr Kammerpräsident. Wie ich eingangs schon gesagt habe, seit 1995 reden wir über den Transportkostenzuschuß. Vier Budgetstellungen hat es inzwischen gegeben,

viele, viele Anträge. Alle, die da zuhören, wissen, daß immer wieder Anträge gestellt werden, bei denen es immer um Existenzbedrohung, um Existenzabsicherung von Bergbauern und Grünlandbauern geht. Und noch nie ist es gelungen, daß der Herr Landesrat Pörtl das in seinem Agrarbudget oder das im Agrarbudget berücksichtigt hätte. Jedesmal wieder müssen wir da betteln, und das, Herr Landesrat, da kannst du noch so oft sagen „bist du narrisch“ und „um Gottes Willen“, ich mache dir das da zum Vorwurf. (Landesrat Pörtl: „Jetzt kriegst es!“)

Wenn etwas für die Bauern existenzbedrohend ist, dann ist der zuständige Landesrat dafür verantwortlich, wenn er das in seinem Budget nicht berücksichtigt. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn du, wie du das letzte Mal im Ausschuß gesagt hast, der Landesrat „für“ die Land- und Forstwirtschaft bist, dann hättest du diese Beträge, die berechenbar sind, und ich habe sie in meinen Ausführungen erwähnt, sie waren berechenbar, sie waren voraussehbar, dann hättest du die ins Budget schreiben können, so daß die Betroffenen, und das sind die Bauern, damit rechnen und kalkulieren können. In der Vorlage steht, weitere Mittel konnten im Jahre 1997 nicht aufgebracht werden. Und das ist deine Schuld, Herr Landesrat, es ist deine Schuld. Und da kannst du auch nicht mit der polemischen Ausrede kommen, wie ihr sie alle immer wieder verwendet, daß der Herr Finanzlandesrat nichts gibt, und daß ihr es damit abtut. Du brauchst es nur budgetieren. Ich kann mich auch erinnern, daß du im November 1997, und ich habe es mir sehr genau aufgeschrieben, im November 1997 vor der Budgetdebatte im Agrar-Ausschuß drüben gesagt hast, 1998 wäre der auszuzahlende Betrag pro Kilo Milch so gering, daß dich die Bauern damit davonjagen würden, und darum brauchen wir ihn gar nicht mehr vorsehen, du wirst dir etwas Besseres einfallen lassen, was bitte? Weder im Budget 98, noch im Budget 99 steht irgend etwas dazu. Das heißt, wir werden bis ans Ende der Tage oder bis ans Ende der Bauern da stehen und um Almosen bitten, und das finde ich angesichts der Probleme, die die Bauern haben und die auf sie noch zukommen – „Agenda 2000“ und alles, was da kommt – entwürdigend. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 20.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Dem Herrn Landesrat brennen schon die Worte auf der Zunge.

Landesrat Pörtl (20.13 Uhr): Jawohl: Es ist sehr entwürdigend, wenn eine gewählte Abgeordnete in dieser Form mich herausfordert und auffordert, alle meine Anträge an den Finanzreferenten über die Medien abzuwickeln. Das werde ich machen. Nach dieser Wortmeldung werde ich einen anderen Stil einschlagen. Und ich sage noch etwas dazu. Oder du gehst mit, dann siehst du das, wie sich dort die Gespräche abspielen. Wenn es heißt fifty-fifty, 70 Millionen für die Milchbauern, 70 Millionen ANHAF. (Abg. Gennaro: „65, Herr Landesrat!“)

Das nehme ich nicht zur Kenntnis, in dieser Form Politik abzuwickeln. Genauso die Freiheitlichen. Wir haben ein Plus von 140 Millionen beim letzten Budget da beschlossen, stimmen noch dagegen, für die Landwirtschaft, eine Superhaltung, muß ich ganz ehrlich

sagen. Und wie wir den ersten Milchzuschuß gemacht haben, ist der Räder sofort in Brüssel gewesen und hat gesagt, das dürfen wir nicht machen, das geht sich nicht aus, das ist nicht EU-relevant. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Dann hast du aber den Übernahmungsvertrag nicht gelesen!“)

Schade, daß wir dich als Experten übersehen haben, muß ich dir ganz ehrlich sagen. Weil, wenn das so einfach wäre, alles paletti. Wir können da jederzeit eine Zahl nachlegen, ich kann das Geschäft, brauchst dich ja nicht fürchten, ich blase schon hinein, da habe ich überhaupt kein Problem. (Abg. Purr: „Schickt den Peinhaupt nach Brüssel!“)

Je länger, desto besser, dann sind wir sowieso alleine auf der Welt. So wird es aber leider nicht gespielt. Weil wir ja ganz genau wissen, solange die Welt besteht und ich das Parlament kenne, waren entweder der steirische Bauernbund oder die Molkereivertreter schuld. Punkt. Immer so gewesen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ja, aber jetzt gibt der steirische Bauernbund den Molkereivertretern die Schuld, weil wir keinen Milchpreis haben.“) Momenterl, Momenterl, so ist es immer dargestellt worden. (Abg. Kaufmann: „Wer ist Agrarlandesrat?“) Jetzt haben wir die Molkereien schlank gemacht. Ich könnte da Protokolle ausgraben, wo es geheißen hat, da sind die weißen Mäuse, dick und fett, und dort die armen Bauern, jetzt haben wir sie alle weggewetzt, jetzt haben wir von 15 nur mehr vier Molkereien.

Das war ja sozusagen die schlanke Struktur, billige Preise, höhere Löhne für Molkereimitarbeiter und einen besseren Preis für die Bauern. Na, gute Nacht, wie sich das realistisch ausgeht, da sind wir gerade in einer Zwicken drinnen.

Und daher, das sage ich ganz offen, selbstverständlich werden wir versuchen, Vorschläge zu machen, daß der abgebrauchte Text „Transportkostenzuschuß“, der ja eigentlich nicht so heißen dürfte (Abg. Ing. Peinhaupt: „Der eigentlich nicht so heißen dürfte!“), wir beantragen ihn ja im Grunde anders, das ist der Sprachgebrauch, wie er abläuft.

Da haben wir schon Vorschläge. Der Beschlußantrag vom Kollegen Dirnberger hat bereits diesen konkreten Inhalt. Wir verhandeln auch derzeit in Wien, ob nicht vernünftigerweise als Zwischenstufe zum Sockelbetrag, zur Kuhprämie oder zur weiblichen Rinderprämie, eine solche ähnliche Form machbar ist. Nur eines sage ich auch in dem Landtag, wenn ich eine Methode habe – ich will dem Kollegen Schwärzler, er ist dein Schulfreund, da nicht nahetreten, nur bei der Steifflächenprämie kannst ihn einmal fragen, wer dort hineingegriffen hat in die Kiste zum richtigen Zeitpunkt, wo die EU, wo der Bund zahlt, und wo wir mit minimalen Mitteln 83 Millionen für die Steifflächenprämie in der Steiermark herauszupft haben. Da haben die zu langsam geschaut. Und das wird ja überhaupt nicht bewertet. (Beifall Abg. Ing. Peinhaupt.)

Mich freut es, daß du das anerkenntst.

Wir haben zusätzlich im vorigen Jahr das Angebot – (Abg. Kaufmann: „Das greift niemand an!“) Was greift niemand an? (Abg. Kaufmann: „Das, was ihr da gemacht habt. Es geht um den Transportkostenzuschuß. Das greift niemand an!“) Jetzt kauf ich mir dann ein

Tandemrad, und dann fahren wir zum Ressel rüber, und dann hör dir das an, was der sagt. (Abg. Kaufmann: „Es geht um den Transportkostenzuschuß, den du draußen versprochen hast!“)

Moment, ich bin verpflichtet, in der Regierung kollegial zu agieren. Das ist meine Position. (Abg. Gennaro: „Du bist nicht allein in der Regierung. Die anderen müssen auch umschichten. Die Monika hat schon recht!“) Wenn ihr haben wollt, daß ich mit Würgegriffen vorgehe, das ist ein unkorrektes Verhalten.

Wenn ich schon den Vorwurf kriege, daß die Bauern nie genug haben, daß im Grunde Investitionsvorhaben beweisen, daß es gar nicht so schlecht ist. Ich muß mich permanent rechtfertigen, daß über Kredite, vorgezogene Investitionen, Förderungsangebote derzeit die Investitionsbereitschaft in Wahrheit da ist. Mit dem sind wir zum Teil draußen im freien Gelände konfrontiert.

Ich sage noch einmal, auf dem Gebiet haben wir aber nicht eine Sekunde geschlafen. Da sind wir relativ bekannt, allgemein, daß die Interessensvertretung der Bauernschaft keinen Hänger hat, wenn ich das so locker sagen darf.

Wir sind selbstverständlich bereit, und wir haben bis jetzt noch nie diese Transportkosten- oder Milchzuschußvariante im ordentlichen Budget gehabt, weil wir es nicht in den Budgetverhandlungen geschafft haben. Wir haben das im Rahmen der Nachbedeckungen. Nur, im vorigen Jahr hatten wir ein Plus von 23 Millionen – die 15 wären für das zweite Halbjahr gewesen, wo ich dem Finanzreferenten dankbar war, jetzt soll ich auf ihn losgehen auch noch, obwohl wir insgesamt 53 Millionen Bund-, EU- und Landesmittel für die Bauern herauspressen. Jetzt soll ich ihn für das, daß er mir da so entgegenkommt, weil dieses Angebot da war, auch noch für die 15 Millionen, die ich nicht geschafft habe, ihn noch anständig durchtuschen. Das, glaube ich, gehört zum menschlichen Verhalten auch ein bißchen dazu, daß man diese Formen der Politik zuläßt. Und ich war der Annahme, daß die 3 Groschen für 1998 beziehungsweise 3,5 für 1998 im Rahmen der Verhandlungen möglich sein könnten.

Momentan ist eine Sperre drinnen, ich schaffe es nicht, ich kann es nicht über Umschichtungen machen, weil ich durchgehend kofinanzierte Programme habe. Wenn ich heute einen Schilling herausnehme, sind das in Wahrheit drei bis vier Schilling, die förderrelevant wären. Und da möchte ich um Verständnis bitten, daß in der Gewichtung bei kofinanzierten Programmen einfach die kofinanzierten vordringlich sind. Das ist auch die Finanzzusage der Finanzreferenten und auch des Finanzministers, daß man EU-kofinanzierte und Bund-Land-kofinanzierte Finanzierungen bereit ist zu leisten von den Budgets. Das ist eine zusätzliche Leistung. Und diese derzeit zusätzliche Leistung ist nach wie vor in Diskussion. Ich werde mich nach wie vor bemühen, diesen Weg für das 98er Jahr noch zu beschreiten. Es ist mir derzeit nicht gelungen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Fürs 97er Jahr?“) Nein, für 1997 – ich nehme auch die 97er, da bin ich nicht kitzlig – ist das ja bereits abgewickelt. Für die 15 Millionen 1997 haben wir ja 23 Millionen BSE gemacht plus bund-, plus EU-relevante Geschichten. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Die sich aber nicht unmittelbar auf die Milchbauern aus-

wirken!“) Aber die Rinderhaltung im allgemeinen, bitte, das bringst nicht ganz drüber. Wir haben ja das gleiche Thema in der Frage der virtuellen Kuhprämie, wenn wir das Thema da schon abhandeln. Die nicht damit Beschäftigten werden sagen, was ist denn das für ein „Graffelwerk“.

In Wahrheit soll man diese Richtmenge, die jeder Bauer hat, dividiert durch 5800 als Prämie haben. Wenn ich die 3700 nehme, und ich habe eine Kuh mit 7400 Liter, kriegt der für eine Kuh doppelt so viel als der arme Teufel, der auf der Leiten oben mit der 3500 dort fährt. Ob das gerecht ist, frage ich mich. Da müßten wir uns im Detail das anschauen, wie sich das konkret auswirkt.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch schon noch dazusagen, ich weiß schon, es ist gescheiter, ich halte mich zurück, weil der Gennaro hat sicher seine Uhr irgendwo aufgezeichnet, eines steht schon fest, daß wir trotz dieser schwierigen Möglichkeit der Direktvermarktung im Milchbereich in der Steiermark weitgehend die Schulmilchaktion über Direktvermarkter und bäuerliche Milchvermarkter abwickeln, auch in Spitälern und Altersheimen, wo wir über Gerätezuschußinvestitionen solchen Bauern unter die Arme greifen. Das ist aber wirklich begrenzt, weil dort auch nicht der Markt überzogen beziehungsweise die Konkurrenz nicht überentwickelt werden darf. Aber es gibt einen konkreten Ansatz.

Zum Schluß noch, weil der Vorwurf gekommen ist, bei den Wegebaumitteln würde ich mit gezinkten Karten agieren. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Nicht du, nicht du! Die Verkaufsstrategie!“)

Ich kann den Landtag auch informieren, daß wir noch nie so viele Wege gebaut haben wie jetzt, im gesamten. Daher kriege ich das nicht so schnell drüber, weil wir im Rahmen der 5 b-Förderung diese Strukturmaßnahmen gehabt haben. Wir haben das eigentliche Problem gehabt, daß Förderprogramme, die nicht mehr in die 5 b-Förderung eingebaut werden konnten, offen waren. Wir haben eine zusätzliche Nachbedeckung von 10 Millionen und dann noch einmal von 15 Millionen für diese Finanzierung beim letzten Budget geschafft. Das nur, weil so allgemein gesagt wird, da sei das Interesse im Grunde nicht da, und da ist die Wahrhaftigkeit nicht zu finden.

Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, ich möchte also abschließen, ich muß mich da nicht unbedingt rechtfertigen. Aber eines steht schon im Grunde fest, daß wir, vor allem in der Gesamteinstellung, was Lebensmittel betrifft, wenn wir uns alle im Konsumverhalten so weiter entwickeln wie jetzt, selbstverständlich Gefährdungen eigener bäuerlicher Betriebe auslösen.

Wer bei solchen Auseinandersetzungen von drei bis vier Großketten im Preispoker mit dabei ist, mit welcher Brutalität und mit welcher Härte nach unten agiert wird, und wie wenig die Solidarität auch der inländischen Partner des Angebotes kooperieren, ich glaube, das muß man da wertfrei ganz offen sagen, wo einer dem anderen das Wasser abgraben will, löst das natürlich eine Spirale im Preis oder dort und da, wie manche ansetzen wollen, nach unten aus. Dagegen wehren wir uns, wo nur irgendwie die Möglichkeit besteht.

Nur, wenn wir alles ausgleichen, zum Beispiel mit der Überziehung, ich will das Thema nicht noch einmal aufreißen, der Kollege Dirnberger hat das sehr direkt angesprochen, dann ist die Garantie für die Milchlieferte vom Land Steiermark direkt ausgesprochen. Das wäre ein Versprechen, wo ich ganz ehrlich sagen möchte – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Stimmt nicht!“) Moment, ich rede nicht vom Transportkostenzuschuß, sondern von der Finanzierung, die Kontingente überzogen haben. Vom dem rede ich. Und genau in dem Bereich, sage ich ganz ehrlich, ist die Frage der Kontingentierung allgemein in der Milchwirtschaft eine elementare Frage des Überlebens.

Und wenn wir die Kontingentierung unterlaufen, dann möchte ich wissen, welche Bergbauernregionen in Wahrheit eine echte Absicherung ihrer Bewirtschaftung von Grünflächen und Flächen generell haben. Das heißt, die Kontingentierung getraue ich mich, wenn nicht ein Unglück passiert in Europa, nicht in Frage zu stellen. Weil es gibt Länder, die Interesse haben, die Kontingentierung zu schmeißen, und im Rahmen dieser Agenda wird versucht – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Erich, das stellen wir auch nicht in Abrede!“) Aber wenn ich diesen Ausgleich direkt von den Ländern finanziere, gibt es keine Kontingentierung mehr. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das ist eine Einmalzahlung!“) Ja, und der wird das nächste Mal sicher annehmen, daß das das nächste Mal das ganz dasselbe ist. Aber vielleicht verhandeln wir das einmal in einem anderen Rahmen aus, wie der praktische Ablauf da geht.

Ich möchte trotzdem für die Unterstützung und für das Interesse danken, damit einfach unsere steirische Rinder-, Grünland- und Milchwirtschaft in der Existenzabsicherung stabilisiert wird. Nur das Argument, Monika, das du angesprochen hast, daß das ein Betrag ist, der nicht relevant ist für das bäuerliche Einkommen, war – (Abg. Kaufmann: „Du hast sogar gesagt, die Bauern jagen dich mit einem nassen Fetzen davon!“) Dieser Vorwurf, Momenterl, Momenterl, dieser Vorwurf ist mir bei Verhandlungen ganz massiv gegenübergestellt worden, ob ich glaube, daß ein Bauer mit einer Förderung von 900 Schilling seine Existenz als abgesichert betrachtet. Und ich habe gesagt, das bezweifle ich persönlich, daß ein junger Bauer deshalb seinen Betrieb weiterführt, weil er für das ganze Jahr 900 Schilling Zuschuß kriegt. Da möchte ich um Verständnis bitten, ich habe das wiedergegeben, wie die Position war. Und daher sind wir für jeden Förderungsteil dankbar, daher bin ich nach wie vor in Verhandlungsposition um den Milchzuschuß. Das ist meine Position, und bei der bleibe ich. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 20.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Landesrat für seine Ausführungen. Ich darf dich bitten, doch nicht mit dem Tandem zu fahren und zu versuchen, auf dem Radl, auf dem du sitzt, halbwegs voranzukommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung, nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt. Und wir haben abzustimmen über den Antrag der Frau Berichterstatterin sowie über den ersten Antrag zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/37, zum Beschluß Nr. 514 des Steiermärkischen Landtages

vom 12. Dezember 1997. Wer dem die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat die mehrheitliche Annahme gefunden.

Zweitens über den Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/37, zum Beschluß Nr. 509 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1997. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat ist einstimmig angenommen.

Dann haben wir über den Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei, betreffend die Gewährung von Landeszuschüssen im Jahre 1998 zur Existenzsicherung steirischer Gründlandbetriebe, abzustimmen. Bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Und viertens über den Entschließungsantrag der Freiheitlichen, betreffend Transportkostenzuschuß für Milch. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die entsprechende Mehrheit gefunden.

11. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 751/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 1996 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (20.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 14 Absatz 2 des Steiermärkischen Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes 1991, LGBl. Nr. 65, in der Fassung LGBl. Nr. 69/1993, hat die Land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark über jedes abgelaufene Jahr einen Tätigkeitsbericht zu erstatten, der dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen ist. Neben dem Bericht über die Tätigkeit der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle beinhaltet der Tätigkeitsbericht im wesentlichen auch eine Übersicht über die finanzielle Gebahrung, über Statistiken und über Ausbildungsmethoden.

Seitens des Ausschusses stelle ich den Antrag, den Tätigkeitsbericht 1996 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landwirtschaftskammer zur Kenntnis zu nehmen. (20.31 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin für den Bericht und erteile ihr zu ihrer Wortmeldung das Wort.

Abg. Pußwald (20.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Ausbildung in der Land- und Forstwirtschaft gewinnt zunehmend an Bedeutung, weil damit nicht nur das Selbstwertgefühl und die Konkurrenzsituation im Konzert der anderen Berufsgruppen verbunden sind, sondern weil sich sehr viele Förderungen im Rahmen der EU an die entsprechende Ausbildung koppeln. Welche Möglichkeiten stehen nun offen? Einerseits die Lehre. Über die Lehre, Facharbeiterprüfung, Meisterkurs, Meisterprüfung oder statt der Lehre Fachabschluß, Facharbeiterprüfung, Meisterkurs, Meisterprüfung. Wir haben insgesamt 14 Spezialgebiete im Rahmen der landwirtschaftlichen Ausbildung, die zur Meisterprüfung führen. Die sehr praxisorientierte Ausbildung ermöglicht natürlich den jeweiligen Absolventen auch eine effiziente und entsprechende Führung ihres Betriebes. Die Chance des landwirtschaftlichen Ausbildungsgesetzes gerade im Lehrbereich ist noch, daß teilleistungsschwache Jugendliche aus nichtbäuerlichem Bereich eine Möglichkeit bekommen und finden, ihre Arbeitstätigkeit durchzuführen und auch einen Abschluß zu gewinnen. Denn gerade im Bericht 1996 ist nachgewiesen, daß zum Beispiel 37,4 Prozent der Lehrlinge im land- und forstwirtschaftlichen Bereich Kinder von Arbeitern und Hilfsarbeitern sind, 12,8 Prozent aus dem Angestelltenverhältnis kommen und 30,0 Prozent aus sonstigen Berufen oder auch Amtsvormundsjugendliche, die hier ihre Berufsausbildung, ihre Qualifikation und schließlich auch ihr Arbeitsfeld finden. Die bäuerlichen Betriebsinhaber selber wählen in erster Linie die Ausbildung über die Fachschule, gelegentlich auch über HBLAs bis hin zur Hochschule. Im Zeitraum von 1992 bis 1996 haben immerhin 4563 Personen die Meisterprüfung in einem Spezialgebiet der Landwirtschaft abgelegt. Das ist eine ganz gewaltige Quote.

Wie läuft üblicherweise die Lehre? Der Lehrling hat natürlich Aufgaben zu erfüllen, die im Rahmen des praktischen Arbeitens erfüllt werden, die im Rahmen des Berufsbildes dargelegt werden. Neben der Ausbildung erfolgt auch die Begleitung über die Landwirtschaftskammer. Die Beratungsorgane besuchen mindestens einmal jährlich den Betrieb beziehungsweise den Lehrlingsausbildner und den Lehrling, um eventuelle Mißstände beziehungsweise Korrekturen vornehmen zu können. Der Lehrling selber hat Aufzeichnungen zu führen über die üblichen Tätigkeiten und über spezielle Tätigkeiten, die sich ergeben. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, daß diese große Bandbreite da ist. In Anlehnung an alle anderen Berufsgruppen fordere ich auf, daß für die Landwirtschaft die allgemeine Lehrlingsförderung zugänglich gemacht wird. Und in diesem Sinne hoffe ich, daß in den nächsten Jahren die Lehrlingsausbildung in der Land- und Forstwirtschaft so wie jetzt für teilleistungsschwache Jugendliche und mit Unterstützung der Förderung geschehen kann. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 20.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile es ihm.

Abg. Huber (20.35 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Tätigkeitsbericht ist grobteils in Ordnung, und es ist vollkommen klar. (Abg. Purr: „Das ist beruhigend. Wenn du das sagst, bin ich zufrieden!“) Herr Kollege Purr, es gibt trotzdem etwas dazu. Ausbildung ist sicher wichtig, nur gibt es ab und zu Probleme. Wir wissen, wie es in der Praxis aussieht. Tochter oder Sohn, von vornherein nicht vorgesehen, den Betrieb zu übernehmen, erlernt einen anderen Beruf, hat eine gute Ausbildung, und aus welchem Grund auch immer kommt er dann zurück, bearbeitet den Betrieb und übernimmt den Betrieb. Und dann muß er, nur um die Jungunternehmerförderung zu kriegen, die Fachabschlußprüfung nachholen, was oft Probleme mit sich bringt, wenn die Eltern krank sind, er praktisch daheim im Betrieb niemanden hat, der seine Arbeit machen könnte. Aus diesem Grunde werde ich dann noch einen Unselbständigen Entschließungsantrag einbringen und alle Fraktionen ersuchen, dort mitzugehen.

Aber, ich möchte auch zum vorigen Punkt, allgemein zur Landwirtschaft, etwas sagen. Wir müssen sicher froh sein, wenn junge Leute überhaupt noch bereit und gewillt sind, Betriebe zu übernehmen und weiterzuführen. Wie sieht es wirklich aus in der Landwirtschaft? Wir haben über die Milch diskutiert. Was ist im Getreide-, im Fleischbereich? Die Preise sind am Boden.

Die ÖVP hat sich heute im ersten Drittel dieses Landtages gegenseitig sehr gelobt. Nichts dagegen, dort und da vielleicht. Nur gerade im Bereich der Landwirtschaft, muß ich sagen, wo alles in ÖVP-Händen ist, schaut es nicht so gut aus. Also, wenn man mit den Bauern redet, die Stimmung ist sehr miserabel. Die Preise, wie gesagt, sind am Boden. (Abg. Ing. Löcker: „Da kann die ÖVP nichts dafür!“)

Nein, wahrscheinlich der Finanzminister. Ich gebe dir dann noch einen Ratschlag. Es stoßt mir nämlich sauer auf, Herr Kollege, wenn ich die Landwirtschaftlichen Mitteilungen aufschlage – das ÖVP-Blatt der Landwirtschaftskammer –, ein Foto von der Frau Landeshauptfrau sehe, und sie setzt sich ein „bodenständig, heimatverbunden, und sie wird auf die Bauern schauen“. Nur, was ist bis jetzt tatsächlich passiert? Was hat sie für die Bauern bewegt?

Ich brauche nur zurückerrinnern, wie noch der Landwirtschaftsminister Haiden war – vielleicht soll sie sich einsetzen, daß wir einen roten Landwirtschaftsminister kriegen –, weil da sind bei 22 Schilling Fleischpreis die Bauern nach Wien demonstrieren gegangen. Heute haben wir 17 Schilling Basispreis beim Schweinefleisch – 17 Schilling heute.

Nur dazu, wir haben Bezirkskammern, Landeskammer, Bundesministerium für Landwirtschaft, dann haben wir noch zusätzlich den AMA – Agrarmarkt Austria – eingerichtet, Präsidentenkonferenz. Bis zum Kommissar Fischler in Brüssel ist alles in ÖVP-Hand. Und was passiert in der Landwirtschaft? Es geht länger wie weiter den Bach hinunter.

Die Behörden blähen sich auf, und die Bauern werden leider immer weniger. Nehmen wir nur den Sockelbetrag, wenn wir den wieder andiskutieren, den wir schon lange fordern. Es geht nichts weiter, es

passiert nichts! Wenn wir sagen, auf Arbeitszeit und so weiter abgestimmt, ist alles zu kompliziert, läßt sich alles nicht machen. Anscheinend will man dort nicht. Es haben gewisse Leute das Sagen. Das haben wir heute auch beim ersten Tagesordnungspunkt, bei der Aktuellen Stunde, gemerkt. Es ist auch das Gewicht unserer Landeshauptfrau anscheinend auf Bundesebene bei der ÖVP leider nicht so groß, wie wir es gerne hätten.

Unselbständiger Entschließungsantrag, betreffend die Jungübernehmerförderungen von LandwirtInnen, der Abgeordneten Huber und Kaufmann.

Die Jungübernehmerförderung wird in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft nur gewährt, wenn JungübernehmerInnen einen land- und forstwirtschaftlichen Beruf erlernt oder eine land- und forstwirtschaftliche Fachschule besucht haben.

Die Realität sieht aber oft so aus, daß Söhne und Töchter in der Landwirtschaft der Eltern jahrelang mitarbeiten oder diese bereits führen, ohne aber einen Lehrabschluß oder Schulabschluß im Bereich der Land- und Forstwirtschaft vorweisen zu können. Übernehmen diese nun die Landwirtschaft der Eltern, können sie auf Grund eines nicht abgeschlossenen landwirtschaftlichen Berufes keine Jungübernehmerförderung beanspruchen, obwohl sie durch die Praxiszeiten genügend Erfahrung mitbringen.

Hier scheint eine Neuregelung, die bei der Jungübernehmerförderung nicht nur auf die land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung, sondern auch auf den Bildungsgang und die bisherige Tätigkeit, ähnlich wie bei der Nachsicht vom Befähigungsnachweis nach Paragraph 28 Absatz 1 der Gewerbeordnung, Rücksicht nimmt, sinnvoll zu sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, JungübernehmerInnen auch ohne land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung – unter Berücksichtigung des Bildungsganges und der bisherigen Tätigkeit – eine Jungübernehmerförderung zu gewähren. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der SPÖ. – 20.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (20.41 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Immer wieder Landwirtschaftsdebatte, Versuch von gegenseitigen Schuldzuweisungen. Was der eine dem anderen nicht geholt und nicht herausgeholt hat. Mir ist die Situation zu ernst. Ich habe mir da zwar einen Zeitungsausschnitt geholt, was den Landesrat Schmid betroffen hat, und den er gemacht hat am 5. Dezember 1995, aber nachdem der Kollege Peinhaupt inzwischen erkannt hat, daß die Förderung für die Landwirtschaft wichtig ist, erspare ich mir diese Aussage, weil sie einfach nicht notwendig ist. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Da hast aber inzwischen geschlafen!“)

Ich habe inzwischen nicht geschlafen. Ich freue mich nur, daß du einen Gesinnungswandel hast und daß du das nicht vertrittst, was dein Landesrat gesagt

hat. Und jetzt hast mich wirklich herausgefordert, daß ich das da nämlich vorlese: „Auch für das von der Volkspartei verwaltete Landwirtschaftsressort halte ich Vorschläge parat. Hier dürfte man künftig nicht nur überlegen, wie quetschen wir das Land aus, sondern es müsse über echte Einsparungen und Umwidmungen geredet werden.“ Als Beispiel nannte Schmid die landwirtschaftlichen Schulen. „Dort kommen auf einen Schüler bereits zwei Lehrer. Derartiges zu finanzieren könnte doch nicht Aufgabe des Landes sein. Die Hälfte dieser Schulen könnten sofort zugesperrt werden und die dadurch freiwerdenden Mittel in der Höhe von Hunderten Millionen für sinnvolle Projekte eingesetzt werden.“ (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das habe ich nicht gesagt!“)

Das warst nicht du. Das war eine Aussage vom Landesrat Schmid. Aber ich habe vorher gesagt, du hast mich provoziert, ich wollte es gar nicht mehr vorlesen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das glaube ich dir schon. Aber jetzt bitte ich dich, deine Stellungnahme dazu abzugeben!“) Wozu? (Abg. Ing. Peinhaupt: „Zu den landwirtschaftlichen Schulen und zu dem Einsparungspotential. Lies dir die INFORA-Studie genau durch, und jetzt erkläre uns bitte!“)

Wir haben gestern den zweiten Teil dieser Studie im landwirtschaftlichen Schulbeirat oder den Abschluß der INFORA-Studie bekommen – die Kollegin Kaufmann war auch dabei. Ich lese die auch durch, und dann reden wir miteinander, weil das ist eine Bestätigung, daß die landwirtschaftlichen Schulen gute Arbeit geleistet haben. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das stellt niemand in Abrede. Das hat niemand in Abrede gestellt!“) Okay, dann sind wir pari pari. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Aber daß Einsparungspotentiale da sind, das wißt ihr auch, gleich wie wir!“) Einsparungspotentiale sind selbstverständlich da, sie sind möglich, weil auf Grund der sinkenden Kinderzahlen natürlich auch die Schülerzahlen sinken werden. Viel etwas anderes ist eigentlich nicht möglich.

Aber es ist sicher nicht in dieser Studie drinnen, daß man die halben Schulen zusperrt kann. Das ist absolut nicht möglich!

Ja zu diesem Tätigkeitsbericht der Lehrlings- und Fachausbildungsstelle der Landeskammer. Positiv ist in Stichworten anzumerken, daß entgegen dem Trend vom Jahr 1992 zum Jahr 1994 die Zahl der Lehrlinge in der Landwirtschaft und im Jahr 1995 und 1996 gestiegen ist. Das ist sicher auch auf Grund dessen passiert, daß das Land die Aktion „Schaffe Lehrplätze!“ durchgeführt hat. Deshalb hat sich die Anzahl der Lehrlinge in der Landwirtschaft wieder erhöht.

Erfreulicherweise haben wir in der Steiermark – und darauf können wir stolz sein – 4563 geprüfte Meister in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft. In der Relation aber zu den landwirtschaftlichen Betrieben könnte natürlich diese Zahl höher sein. Wir müssen ja auch berücksichtigen, daß vielfach beide Betriebsführer Meister sind und deshalb die Zahl vielleicht ein bißchen täuscht. Wir haben Möglichkeiten zu schaffen, daß die Zahl der Meister erhöht wird und daß es noch mehr Meister und noch mehr qualifizierte Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark geben wird. Und das ist einfach anzustreben, daß der Abschluß der bäuerlichen Berufsausbildung mit der Meisterausbildung endet.

Die Arbeitsgemeinschaft der Meisterinnen und Meister hat ein Förderprogramm „Arbeitsplatz Bauernhof“ vorgelegt. Mit dieser Aktion „Arbeitsplatz Bauernhof“ sollte erreicht werden, daß durch besondere Förderung von ausgebildeten Meistern und Facharbeitern die Ausbildung in der Landwirtschaft noch viel mehr beansprucht wird.

Einige Anregungen und Konsequenzen für die Bildungsarbeit im ländlichen Raum. Eine umfassende Bildung und eine berufliche Qualifikation werden die wichtigsten Grundlagen wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Sicherheit für den einzelnen und für die Entwicklung des ländlichen Raumes sein. Berufliche Bildung ist aus unserer Sicht mehr als isolierte Fachausbildung. Gefordert ist fachliche, soziale und methodische Kompetenz der Lehrenden und Lernenden. Die multifunktionalen Aufgaben der Landwirtschaft verlangen eine umfassende Aus- und Weiterbildung, und unser agrarisches Bildungssystem, meine geschätzten Damen und Herren, muß über den Zaun schauen. Es muß eine Vernetzung mit außerlandwirtschaftlichen Bildungsstrukturen erfolgen. Die Ausbildungssysteme müssen gegenseitig anrechenbar sein auf Grund der dualen Ausbildung. Ein ganzes vernetztes ganzheitliches Denken, Denken in Alternativen sollten unser Bildungssystem im ganzen durchziehen. Bildung wird ∞ und das ist ein Schlagwort – Menschen ein Leben lang begleiten.

Nun zum Selbständigen Entschließungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion. Ich kann es mir eigentlich in der Begründung, warum wir nicht mitstimmen, ganz einfach und leicht machen. Die beste Begründung hat eigentlich Kollege Gennaro vorher in der Wirtschafts- und Lehrlingsdebatte geliefert. Was für alle anderen Berufe recht und billig ist, muß selbstverständlich auch für die Bauern gelten. Auch unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen ein Grundmaß an Ausbildung, das ist eine Grundvoraussetzung. Zusätzlich, damit wir diesen Antrag durchführen könnten, so wie es da steht, müssen EU- und Bundesrichtlinien geändert werden. Die Landesregierung ist dafür nicht zuständig. Wir bekennen uns zu einem Mindestmaß an beruflicher Qualifikation, und wir sind nicht bereit, durch solche Maßnahmen unser Ausbildungssystem in der Landwirtschaft, das alle für gut halten, aushöhlen zu lassen. Wir lassen nicht zu, daß das Image des Bauern deshalb sinkt, weil er vielleicht keine Ausbildung hat. Wir bekennen uns dazu, daß betriebswirtschaftliches Grundwissen einfach notwendig ist. Wir wissen aber auch, daß diese Ausbildung entscheidend ist. Wir haben in der Steiermark einen Weg gefunden, daß diese Facharbeiterprüfung mit einem kurzen Lehrgang ermöglicht wurde. Und wir glauben vor allen Dingen, daß gerade in diesem Bereich, wo investiert wird, wo Investitionen getätigt werden, diese betriebswirtschaftliche Grundausbildung sinnvoll und auch in Zukunft Voraussetzung sein soll. Vielleicht haben wir da geteilte Meinungen, kann möglich sein. Wir sind überzeugt, daß wir diese Ausbildung in Zukunft brauchen und daß sie auch Grundstock bleiben soll, damit wir in der Steiermark gut gebildete Bäuerinnen und Bauern haben, die ihre schwierige Situation meistern. (Beifall bei der ÖVP. – 20.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung und stimmen als erstes ab über den Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 751/1. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Weiters haben wir abzustimmen über einen Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Partei, betreffend die Jungunternehmerförderungen von LandwirtInnen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 752/1, Beilage Nr. 100, Gesetz, mit dem den Bundespolizeidirektionen Graz und Leoben straßenpolizeiliche Vollziehungsaufgaben übertragen werden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (20.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mündlicher Bericht Nr. 82. Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 21. April 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 752/1, Beilage Nr. 100, Gesetz, mit dem den Bundespolizeidirektionen Graz und Leoben straßenpolizeiliche Vollziehungsaufgaben übertragen werden, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 752/1, Beilage Nr. 100, Gesetz, mit dem den Bundespolizeidirektionen Graz und Leoben straßenpolizeiliche Vollziehungsaufgaben übertragen werden, wird mit nachstehender Änderung beschlossen:

Im Absatz 1 hat litera c wie folgt zu lauten:

„c) die Anordnung der Teilnahme am Verkehrsunterricht und die Durchführung des Verkehrsunterrichtes (Paragraph 101 StVO);“

Ich ersuche um Annahme. (20.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Bericht des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 68/2, zum Antrag der Abgeordneten Präsident Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend die Abschaffung der Zurverfügungstellung von je einem Dienstkraftwagen samt Fahrer für den zweiten und dritten Landtagspräsidenten im Hinblick auf das Sparbudget und den Privilegienabbau.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (20.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf zur gegenständlichen Regierungsvorlage, betreffend die Abschaffung der Zurverfügungstellung von je einem Dienstkraftwagen samt Fahrer für den zweiten und dritten Landtagspräsidenten im Hinblick auf das Sparbudget und den Privilegienabbau, berichten.

In lobenswerter Weise haben der zweite und der dritte Landtagspräsident auf den Dienstwagen verzichtet, die in den Fahrzeugpool eingegliedert worden sind. Daher wurde dem Landtagsbeschluß Rechnung getragen und dieser realisiert. Es wird daher der Antrag gestellt, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion wird zur Kenntnis genommen. (20.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 76/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Präsident Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Einführung des Luxemburger Modells.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (20.53 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Gegenständliche Regierungsvorlage mit der Zahl 76/6 befaßt sich mit dem freiheitlichen Antrag über die Einführung des Luxemburger Modells.

Die Steiermärkische Landesregierung führt dazu aus, daß zwar die Landesfinanzreferentenkonferenz die Überlegung begrüßt, die zu einem Beschäftigungsimpuls in der Bauwirtschaft führen soll, daß diese Konferenz jedoch die Auffassung vertritt, daß die in das Luxemburger Modell gesetzten Erwartungen, insbesondere hinsichtlich der Eindämmung der Schwarzarbeit, nicht eintreten werden. Sie weist auf die dadurch zu erwartenden massiven Verschiebungen im Finanzausgleich hin und bezweifelt die EU-Konformität. Aus diesen Gründen soll dieses Modell nicht weiter verfolgt werden.

Ich stelle daher den Antrag, diese Regierungsvorlage anzunehmen. (20.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Er ist auch als erster zu Wort gemeldet, und ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Schreiner (20.54 Uhr): Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Es sind zu dieser Regierungsvorlage selbst und zur Problematik sicher ein paar Worte zu sagen. Zuerst zur Problematik. Schwarzarbeit muß eingedämmt werden. Warum gibt es Schwarzarbeit? Weil es Angebot und Nachfrage gibt. Durch Angebot und Nachfrage entsteht Schwarzgeld. Was heißt, es entsteht Schwarzgeld? Es entsteht dadurch, daß eine Ware oder eine Leistung vom Endverbraucher schwarz, ohne Mehrwertsteuer, bezahlt wird. Der Endverbraucher erspart sich damit 20 Prozent. Jetzt hat natürlich das Unternehmen, das so zu diesen Geldmitteln gekommen ist, nicht mehr die Möglichkeit, dieses Geld in die Finanzbuchhaltung einzubringen. Jetzt gibt es wieder nur zwei Möglichkeiten, mit diesem Schwarzgeld umzugehen. Erstens, der Unternehmer kann es verbrauchen, oder zweitens, er kann Schwarzarbeit bezahlen. In der Wirklichkeit entsteht dann ein Kreislauf mit einer ungeheuren Dynamik. Es werden ganze Bauwerke schwarz errichtet, aber es werden auch Reparaturen und so weiter schwarz ausgeführt.

Aber es entsteht damit eine zweite Problematik, und zwar, daß, wenn Mittel einem Unternehmen nicht zugeführt werden, das ein Absinken des Eigenkapitals bewirkt. Was heißt das jetzt, wenn ein Unternehmen weniger Eigenkapital hat? Wenn es in eine Krisensituation kommt, dann droht früher oder sehr bald die Insolvenz.

Der Gesetzgeber sagt in diesem Zusammenhang und in vielen anderen Zusammenhängen, wir müssen da etwas dagegen tun, und ändert das Gesetz, und es gibt eine neue Gesetzeslage, die sagt aus – gültig ab 1. September oder 1. Oktober 1997 –, daß ein Sanierungsplan vorzulegen ist, wenn das Eigenkapital eines Unternehmens unter acht Prozent absinkt. Das ist wirklichkeitsfremd, weil wir wissen, da gibt es Studien, daß im Dienstleistungsbereich das Eigenkapital ein Prozent beträgt. Das heißt, daß wir letzten Endes hier wieder eine Gesetzgebung haben, die unpraktisch ist, die weder dem Unternehmer noch dem Bürger in diesem Land dient.

Es gibt aber noch einen Aspekt dazu. Wenn ein Unternehmen – und das ist ja immer mehr üblich, und deswegen kommt ja der hohe Verschuldungsgrad und der geringe Einsatz an Eigenkapital – Kredite aufnimmt und diese Kredite zurückzahlt, dann ist die Verzinsung dieser Kredite steuerlich geltend zu machen. Auf der anderen Seite hat der Unternehmer nicht die Möglichkeit, wenn er Eigenkapital hat, oder wir können jetzt schon fast sagen hätte, daß er die fiktive Verzinsung seines Eigenkapitals im Unternehmen steuerlich geltend machen könnte. Das führt natürlich auch wieder dazu, daß der Unternehmer, falls er noch die Möglichkeit hat und kein besonderes großes Interesse hat, Eigenkapital im Unternehmen zu belassen, sich sein Entgelt für seine Leistung auf dem direkten unverteuerten Weg zukommen lassen kann. Es ist natürlich dann wesentlich einfacher und billiger, über Schwarzgeld und Schwarzarbeit, zu Einkommen zu kommen.

Das alles, was ich hier sage, ist natürlich rein fiktiv. Ich will keinen Dachdecker, keinen Spengler, ich will niemanden beschuldigen. (Abg. Ing. Löcker: „Das hat einen praktischen Hintergrund!“) Das ist eine Äußerung, die ich nicht gemacht habe.

In dieser Regierungsvorlage steht mehr oder weniger nur ein langer Satz oder drei Sätze insgesamt. Und da steht drinnen, daß eine massive Verschiebung im Finanzausgleich zu erwarten ist. Wir fragen die Landesregierung nicht, was sie glaubt und was sie erwartet, sondern sie soll eine Aussage treffen.

Weiters steht da, es wird die EU-Konformität bezweifelt. Wir wollen das hier nicht haben, und wir als Landtag fragen die Regierung nicht, was sie bezweifelt, sondern wir möchten eine Antwort haben, was Sache ist.

Zum Stück selbst noch: Es ist eigentümlich, wir reden hier nach Schätzungen – es kann ja nur Schätzungen geben – über eine Summe von zirka 250 Milliarden Schilling, die insgesamt jährlich am Steueraufkommen, an den Sozialversicherungen, an den Pensionsversicherungen vorbeigeführt werden. Der Antrag ist vom 16. April 1996. Es hat bereits einhalb Jahre später die Landesregierung einen Beschluß gefaßt – am 6. Oktober 1997 –, und bereits fast sieben Monate später bekommen wir dieses Stück ins Haus. Es sind schwarz 500 Milliarden Schilling in dieser Zeit bewegt worden, keine brauchbaren Überlegungen getroffen worden, und ein Stück dümpelt zwei Jahre lang durch dieses Haus. Ich frage wirklich, wo ist hier eine verantwortungsvolle Regierungspolitik? (Beifall bei der FPÖ. – 21.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 561/3, zum Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend die Änderung der Satzung der Landes-Hypothekbank Steiermark AG.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (21.00 Uhr): Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 561/3, zum Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Brünner, Zitz und Wabl, betreffend die Änderung der Satzung der Landes-Hypothekbank Steiermark AG.

Die Landesregierung berichtet dazu, daß sie in der Sitzung vom 2. Juni 1997 eine Expertengruppe eingesetzt hat und mit ihr einen Beratungsvertrag abgeschlossen hat, wobei die Beratungstätigkeit folgenden Bereich umfaßt:

die Vorbereitung der Suche nach einem strategischen Partner für die HYPO-Bank,

die Durchführung der Suche nach einem strategischen Partner,

die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für die Auswahl des Partners,

die Beratung bei der Entscheidung über die Auswahl des strategischen Partners,

die Vorlage der beschlußreifen Entscheidungsgrundlagen für die Organe des Landes Steiermark.

Auf Vorschlag der Beratergruppe wurde vom Land mit der Salomon Brothers International Limited ein Mandatsvertrag abgeschlossen, wonach die Salomon Brothers folgende Aufgaben übernehmen:

- die eigene Bewerbung der HYPO-Bank Steiermark,
- die Erarbeitung möglicher Transaktionsstrukturen,
- die Zusammenstellung eines umfassenden Informationsmemorandums auf Grundlage der von der HYPO-Bank Steiermark, dem Land Steiermark und der Beratergruppe zur Verfügung gestellten Informationen,
- das Ansprechen von potentiellen Erwerbsinteressenten,
- die Erstellung einer Interessentenliste,
- die detaillierte Beurteilung der potentiellen Erwerbsinteressenten,
- das Einholen von Vertraulichkeitserklärungen,
- die Verteilung des Informationsmemorandums,
- die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Due Diligence, wie insbesondere Unterstützung bei der Einrichtung des Datarooms und der Organisation der Managementgespräche,
- die Beratung bei der Bewertung einlangender Angebote von potentiellen Erwerbsinteressenten,
- das Einladen von Interessenten für ein Zweitrundengespräch,
- die Koordination der Vertragsverhandlungen mit den von der Beratergruppe dem Land Steiermark vorgeschlagenen Käufern bis zum Abschluß,
- die Stellungnahme zum Vertragsentwurf,
- die umfassende Hilfestellung im gesamten Tätigkeitsbereich von Salomon Brothers zur raschen und effizienten Durchführung der gegenständlichen Transaktionen.

Das Land Steiermark behält sich in diesem Vertrag die Entscheidung über das Ausmaß der von der Teilprivatisierung betroffenen Anteile an der Gesellschaft sowie über die Abgabe der Anteile ausdrücklich vor.

Wie das große Interesse bei der Suche eines strategischen Partners für die Energie Holding AG. gezeigt hat, ist auch bei der Landes-Hypothekenbank mit zahlreichen Interessenten zu rechnen. Auf Grundlage der von den Interessenten verfolgten Strategien wird es Aufgabe der Expertenrunde und der Salomon Brothers sein, für die Steiermärkische Landesregierung eine Entscheidungsgrundlage für die Auswahl des strategischen Partners zu erarbeiten.

Diese Entscheidungsgrundlage wird die Vorschläge enthalten,

- welche strategischen Ziele der Bewerber den Interessen des Landes Steiermark am besten dienen,
- über den Umfang der zu übertragenden Aktien, um diese Ziele zu erreichen,
- das Pro und Kontra einer weiteren Haftungsübernahme durch das Land Steiermark und
- welche Satzungsänderungen erforderlich sind, um die strategischen Ziele der Bewerber und des Landes Steiermark zu erreichen.

Eine Änderung der Satzung im laufenden Veräußerungsverfahren erscheint daher der Landeregierung nicht sinnvoll.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, wonach es während des laufenden Verfahrens, betreffend die Suche eines strategischen Partners für die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG., nicht zweckmäßig ist, deren Satzung zu ändern, wird zur Kenntnis genommen. (21.04 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin für den ausführlichen Bericht.

Es liegt keine Wortmeldung vor, daher bitte ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/41, zum Beschluß Nr. 515 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Purr, Straßberger, Ing. Mag. Hochegger, Dr. Flecker und Gennaro, betreffend die Veräußerung von Bundesbeteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen im Bundesland Steiermark – Wahrung der Interessen des Landes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (21.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage, Einl.-Zahl 657/41. Hiezu wird folgendes berichtet:

In einer Aussprache in der Landesfinanzreferentenkonferenz am 21. November 1997 hat Bundesminister Edlinger mitgeteilt, daß die Bundesregierung im Koalitionsübereinkommen vereinbart hat, Privatisierungen durchzuführen. Es wurden den Landeshauptmännern und den Landeshauptmannstellvertretern der betroffenen fünf Länder schriftlich die Absichten des Bundes erläutert, mit dem Ersuchen, hiezu eine Stellungnahme abzugeben. Auf Grund der verschiedenen Auffassungen der Landeshauptmänner und der Landeshauptmannstellvertreter hat schließlich Bundesminister Edlinger vorgeschlagen, die Verhandlungen zwischen dem Bund und den betroffenen Ländern auf politischer Ebene Anfang 1998 durchzuführen. Diesbezügliche Verhandlungen wären daher abzuwarten und wird dem Landtag nach Vorliegen eines Ergebnisses Bericht erstattet werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. März 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 515 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Purr, Straßberger, Ing. Mag. Hochegger, Dr. Flecker und Gennaro, betreffend die Veräußerung von Bundesbeteiligungen an Unternehmen und

Einrichtungen im Bundesland Steiermark (zum Beispiel Flughafen Graz-Thalerhof et cetera), bei welcher nach Möglichkeit die Interessen des Landes Steiermark gewahrt werden sollen, wird zur Kenntnis genommen. (21.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schuster. Ich erteile es ihm.

Abg. Schuster (21.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

An der Verkehrsstruktur der Weststeiermark kochen viele Köche. Wer sind hier die Akteure? Erstens die GKB, die nach 138 Jahren die Eisenbahnlinie am 31. Dezember 1998 an die Republik Österreich übergibt. Zweitens der Bund, der keinen weiteren Betrieb will, sondern wie Minister Einem denkt, international zwar nach dem EU-Recht legitimiert, einen Betreiber sucht. Drittens die ÖBB, deren Generaldirektor Draxler kategorisch einen Weiterbetrieb ablehnt, jedoch nunmehr aktiv wird, da er internationale Konkurrenz befürchtet. Viertens die Frau Abgeordnete Zitz von den Grünen in diesem Haus, die noch Brennesseln dazu gibt und meint, wenn man die Verkehrsspeise etwas kürzt, reicht das Menü ohnehin für alle aus. Ihr Motto heißt, zurück in die Zukunft. Sie will nicht eine Bahn in das dritte Jahrtausend, sondern einen Verkehrsträger aus dem 19. Jahrhundert. Dabei läßt sie außer acht, daß eine auch von uns nicht abgelehnte Begradigung Pirka-Attendorf-Söding richtigerweise die Fahrzeit von 55 Minuten auf 35 Minuten reduziert, übersieht jedoch - oder habe ich es übersehen -, daß der Bezirk Deutschlandsberg dabei ohne Eisenbahn bleiben würde. Auch ihr Vergleich Zeitgewinn zu Investitionen der B 70 übersieht den wichtigsten Aspekt, nämlich die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Uns geht es dabei nicht um eine Minute Gewinn oder Verlust, sondern um die Verkehrssicherheit, wenn nur ein Verkehrstoter weniger ist, lohnt sich die Investition. Nun aber auch noch zu Ihren Argumenten, bei denen sie wissentlich oder durch zu geringe Information folgendes übersehen haben.

- a) Laut Ihrem Brennesselplan - so benennen Sie diesen - werden im nächsten Jahrtausend die Orte Lieboch, Söding, Schadendorf ohne Bahnanschluß sein.
- b) Da ein solches Bauvorhaben nach Expertenmeinung 500 Millionen Schilling kostet und frühestens in zehn Jahren, maximal in 20 Jahren, nach den eisenbahnrechtlichen Bestimmungen baulich umgesetzt werden kann, sind wir bis dahin ohne Bahn. Was geschieht nach dem 1. Jänner 1999?
- c) Auch die Anfrage von 17 Punkten an Landesrat Ressel schiebt eine Verkehrslösung der B 70 und der GKB auf die lange Bank. Ihr Beitrag lenkt vom Thema ab, und die Strukturprobleme in der Weststeiermark werden dadurch nicht gelöst. Es sei denn, Sie wollen den Bezirk - wie vor kurzem demonstriert - zu Fuß erschließen, das würde zwar die Wallfahrtsgemeinde Maria Lankowitz freuen. Was tun wir jedoch mit den Pendlern, Betrieben, Touristen, Betriebsansiedelungen, Betriebserhaltungen, Erschließung von Tourismuszentren und anderem mehr? Und Punkt

d) Frau Abgeordnete Zitz, mit Ihrer nostalgischen Verkehrsromantik erweisen Sie der Weststeiermark keinen guten Dienst. Wie es Ihre Mitstreiterin Frau Bezirkssprecher und Gemeinderat Hruby in der Region bestätigt, haben Sie wahrscheinlich einen pressemäßigen Alleingang produziert.

Ich würde mir wünschen, daß Sie sich gemeinsam mit der SPÖ und mit mir der Probleme der Pendler in Graz annehmen, denn die örtlichen Hindernisse, die ein Pendler oder Schüler in Graz überwinden muß, wenn er von den Zügen zur Straßenbahn oder Buslinien und zu den Zielorten gelangen will. Der Abbau dieser Wartezeiten wäre ein großer zeitlicher Gewinn für alle Pendler, Schüler und Studenten. Sie haben den Ausbau als kopflos bezeichnet und wollen uns eine Einbahn mit Abstellgleisen schmackhaft machen. Wir brauchen eine Verkehrskoordinierung, und keine Sonderfahrtenregelung.

Nun aber zum Thema. Es geht um die Zukunft der GKB. Wir brauchen eine Verkehrslösung nach dem 31. Dezember 1998, die einen starken Verkehrsträger in der Region garantiert, der modern, leistungsfähig und auch finanziell für die Konsumenten erschwinglich ist. Diese Entwicklung wollen wir, und keinen Schritt in das 19. Jahrhundert. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bezirke Voitsberg und Deutschlandsberg braucht eine gut ausgebaute B 70 und die Sicherung des Bahn- und Busbetriebes als Beitrag der Verkehrserschließung.

Meine geschätzten Damen und Herren, ich spreche mich nicht generell gegen eine internationale Ausschreibung, mit dem Ziel eines Nachfolgebetriebes oder -betreibers eines EU-Mitgliedsstaates aus, wenn garantiert ist:

Erstens der Oberbau, das heißt der Gleiskörper und die Grundstücke im öffentlichen Besitz bleiben. Das heißt, die Republik wird und bleibt Eigentümer. Zweitens, in der Ausschreibung muß gesichert sein, daß der Betreiber - und auch die Franzosen haben ihr Interesse dazu bekundet - die Verkehrsstruktur erhält, sie modernisiert und die Tarife sozial gestaltet und die Arbeitsplätze der 500 GKB-Mitarbeiter ein hohes Maß an sozialer Sicherheit haben.

Wo sind meine Bedenken? Wir befürchten, daß ein Betreiber die Eisenbahnlinie nur dann wirtschaftlich führen kann, wenn er die Leistungen einschränkt und den Schienenbetrieb verkürzt, wie wir dies von den Argumenten der ÖBB bei der Erschließung von Nebenbahnen kennen. Eine andere Variante wäre, daß der Betreiber mitteilt oder ankündigt, er könne nur unter Zuhilfenahme von öffentlichen Mitteln von Land und Gemeinden den Bahnbetrieb sichern. Bei all diesen Argumenten soll man nicht übersehen, daß eine Konkurrenz eine unliebsame Bewegung mit sich bringen kann. Für den Anbieter sind nicht nur die Pendler, Schüler und sozial Schwachen von Interesse, sondern auch der Güterverkehr insgesamt. Daher ist der Verkauf der GKB-Eisenbahnlinie kein isoliertes weststeirisches Problem, sondern ist in der Tragweite der zu erwartenden Konkurrenz ein gesamtsteirisches Thema geworden.

Erstens geht es um die steirische Verkehrspolitik und um unsere Haltung, ob wir durch den geplanten Verkauf an einen EU-Anbieter eine Konkurrenz im Gütertransport haben wollen. Das heißt, nicht nur

einen Konkurrenzkampf Schiene gegen Straße, sondern Schiene gegen Schiene, und ob wir in unserer Verkehrspolitik die Vorhaben zur Sicherung des Nah- und Fernverkehrs – GKB – Landesbahn – ÖBB – Semmering- und Koralmtunnel – verwirklichen wollen und in diesem Zusammenhang der Preisdruck auf die ÖBB zu einem weiteren Sterben der Nebenbahnen führen wird.

Zweitens, das heißt, die Entscheidung eines unüberlegten Verkaufs der GKB kann auch der Beginn des gesamten Ausverkaufes unseres Eisenbahnnetzes an internationale Konzerne sein. Bei aller Wettbewerbsfreude und Euphorie müssen wir beachten, daß bei einem solchen Schritt viele Regionen – und nicht nur die Weststeiermark – ohne öffentlichen Verkehr dastehen werden. Daher ist keine nostalgische Verkehrsromantik in dieser Frage vonnöten, sondern es geht um die Frage der GKB und gesamtsteirische Pendlerinteressen und um ein Bekenntnis im öffentlichen Verkehrswesen, daher unterstützen Sie unsere Forderung:

- a) Kein Ausverkauf der Verkehrsstruktur der GKB, sondern eine österreichische Lösung, bei der der Oberbau in österreichischen Händen bleibt.
- b) Daß der Betreiber die Verkehrserschließung der Weststeiermark sichert.
- c) Daß Bahn und Bus eine Einheit bleiben, und nicht, wie angekündigt, beispielsweise bei den Postbussen es zur Einstellung von 100 Nebenlinien kommen soll.

Ich möchte nur betonen, daß die GKB für die Weststeiermark mit 4,5 Millionen Fahrgästen bei den Bussen und 3 Millionen bei der Eisenbahn und 700.000 Tonnen Gütertransport pro Jahr der wichtigste Verkehrsträger ist.

Es geht auch, und ich bitte Sie um Ihre Unterstützung, um die Sicherung von 500 Arbeitsplätzen bei der GKB. Hier kann eingewandt werden, Eisenbahnerprivilegien, aber für mich ist es kein Privileg, wenn hier jemand einen Arbeitsplatz hat.

Unterstützen Sie uns bitte auch, daß die unendliche Geschichte des Ausbaues der B 70 einer raschen Lösung zugeführt wird. Hier ist Handeln notwendig.

Ich bekenne mich zum Hirschkäfer, ich bekenne mich von mir aus auch zum VW-Käfer, wir sollten jedoch bei allen Argumenten für unsere geplagte Umwelt den Menschen nicht übersehen, und der steht für uns Sozialdemokraten im Mittelpunkt unseres Handelns. Unser Wunsch nach Ausbau der B 70 von Gaisfeld nach Söding soll den Menschen helfen und die Verkehrssicherheit erhöhen. Jeder Verkehrsunfall und Verletzte durch eine schlecht ausgebaute Straße ist zuviel. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 21.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Löcker. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Löcker (21.17 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ad hoc und ganz kurz. Die Worte meines Kollegen Karl Schuster waren erfreulicherweise ernsthaft und sachlich begründet. Es war das Eingeständnis, daß

man halt ein Unternehmen nach gewissen betriebswirtschaftlichen Kriterien führen muß, sofern nicht ein Dritter, und das ist ja in der Gegenwart immer seltener, den Abgang finanziert.

Aber zum Unterschied zu diesen jetzt von ihm genannten sachlichen Worten erinnere ich mich an eine Betriebsversammlung der GKB, an der ich auch teilnehmen konnte, vor etlichen Monaten, wo dort der Verkehrsminister Einem gesagt hat – vor der versammelten Belegschaft: „Liebe Kolleginnen und Kollegen“, ich glaube, er hat auch Genossen gesagt, was keine Kritik ist – „liebe Genossinnen und Genossen, ich garantiere euch, daß erstens eure Bezüge nicht gekürzt werden. Ich garantiere euch weiters, daß auch die Pensionen und die zukünftigen Pensionsansprüche nicht gekürzt werden, aber der Bund sieht sich nicht in der Lage, den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten (nicht gesagt: wegen des Defizits) und wird sich deshalb am internationalen freien Markt nach einem zukünftigen Bewerber umschauen.“

Und die Folge davon ist natürlich genau das, was der Kollege Schuster gesagt hat. Entweder gibt es a) eine gewaltige Einschränkung des Angebotes oder b) es findet sich jemand bereit, das Defizit abzudecken. Ob das jetzt das Land ist, oder ob der Bund noch dazuzahlt, oder ob die Gemeinden, die ja auch mitunter angesprochen werden, die Zahler sind, das ist alles offen. Aber es ist eine betriebswirtschaftliche Realität, der man sich stellen muß.

Nur zum Unterschied von heute, vor diesen offenen Worten des Kollegen Schuster, hat dann der Betriebsrat dort gesagt, „also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen vor der Zukunft keine Angst haben, denn die hohen Herren aus Wien haben uns erhört und werden alles zur Zufriedenheit regeln.“ Ich hoffe, das bleibt wirklich so. (Beifall bei der ÖVP. – 21.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke! Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 743/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1997 (10. Bericht für das Rechnungsjahr 1997).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (21.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß in der Zeit vom 15. September bis 22. Dezember 1997 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 147.012.452,48 Schilling durch die Landesregierung genehmigt wurden.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Erstens durch die Bindung von Ausgabensparungen 16.876.882,80 Schilling. Zweitens durch die Bindung von Mehreinnahmen 13.203.775,04 Schilling. Drittens durch die Entnahme aus der Rücklage Fern-

seh- und Rundfunkschilling 2,276.000 Schilling. Viertens durch Rücklagenentnahme 3,655.794,64 Schilling. Fünftens durch eine Darlehensaufnahme (gemäß Punkt 8 des Landtagsbeschlusses zum VA 1997) 111.000.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der 10. Bericht für das Rechnungsjahr 1997 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Betrag von 147,012.452,48 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (21.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke der Frau Berichterstatterin.

Es gibt auch hier keine Wortmeldung.

Wer mit dem Antrag der Frau Berichterstatterin einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke! Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 748/1, betreffend den Abverkauf von Landeswohnungen an Mieter in verschiedenen Objekten in Graz.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (21.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auf Grund der seinerzeitigen Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Juni 1992 und des Steiermärkischen Landtages vom 11. Oktober 1992 wurde in den Jahren 1995 und 1996 mit dem Abverkauf von 55 Landeswohnungen begonnen.

Der Abverkauf wurde auch im Jahr 1997 weitergeführt.

Der Verkauf von weiteren zwölf Landeswohnungen in sieben Wohnanlagen beziehungsweise Einzelprojekten wurde in die Wege geleitet.

Im Falle von zwei Wohnungen wurden die Kaufpreise bereits erlegt und sind dem Land Steiermark rund 1,7 Millionen Schilling zugeflossen. Da auch die anderen zehn Wohnungen bar bezahlt werden, fließen dem Land Steiermark aus diesen Verkäufen im Laufe dieses Jahres rund 7,3 Millionen Schilling zu.

Es handelt sich hier um einen Bericht, der dem Steiermärkischen Landtag im nachhinein jährlich vorzulegen ist.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Abverkauf von zwölf Wohnungen an die Mieter, entsprechend den Grundsätzen des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 21. Mai 1996, wird genehmigend zur Kenntnis genommen. (21.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Auch hier liegt keine Wortmeldung vor, und ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 433/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lopatka, Pußwald, Tschernko und Wicher, betreffend Umstrukturierungen im Jugendwohlfahrtsbereich.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (21.23 Uhr): Der Sozial-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 13. Jänner und 21. April 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 433/4, zum Antrag der Abgeordneten Lopatka, Pußwald, Tschernko und Wicher, betreffend Umstrukturierung im Jugendwohlfahrtsbereich, beraten und den Beschluß gefaßt, daß der Hohe Landtag beschließen wolle, daß der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der genannten Abgeordneten, betreffend Umstrukturierung im Jugendwohlfahrtsbereich, unter Einbeziehung der Stellungnahme, Einl.-Zahl 433/6, zur Kenntnis genommen wird. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (21.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (21.24 Uhr): Ich möchte nur kurz einen Beschlusantrag beziehungsweise einen Entschließungsantrag einbringen, und zwar betreffend die Beauftragung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers mit der Erstellung einer Analyse von Pflegeheimen.

Wir sind im Zuge der Verhandlungen zur Verordnung zum Sozialhilfegesetz immer wieder mit der Tatsache konfrontiert worden, daß das Verhältnis öffentliche und private Heime nicht stimmt in bezug auf Subventionen, daß private Heime wesentlich schlechter gestellt sind und daß auch bei öffentlichen Heimen ein gewisses Einsparungspotential vorhanden wäre.

Deswegen möchte ich jetzt den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer damit zu beauftragen, die Kostenrechnungen von privaten und öffentlichen Pflegeheimen zu durchleuchten und die Unterschiede unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit herauszuarbeiten. Ich bitte um Annahme! (21.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es ist ein Entschließungsantrag eingegangen. Es gibt keine weitere Wortmeldung. Wir haben über den Antrag des Herrn Berichterstatters abzustimmen. Jene Damen und Herren, die diesem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Weiters haben wir abzustimmen über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Keshmiri und Brünner. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten, Einl.-Zahl 540/5, Beilage Nr. 102, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 540/1, Beilage Nr. 70, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (21.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Einl.-Zahl 540/1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz geändert wird.

Zum Pflichtschulerhaltungsgesetz haben Unterausschußverhandlungen unter Teilnahme von Frau Landesrätin Dr. Rieder, der Abgeordneten Ussar, Beutl, Präsident Vesko, Mag. Zitz, Dr. Brünner, Kröpl, Majcen, Mag. Bleckmann, Mag. Erlitz, Tschernko sowie Vertretern des Landesschulrates und der Rechtsabteilung 13 stattgefunden.

In diesen Unterausschußverhandlungen wurde die Abänderung der Regierungsvorlage in einigen Punkten besprochen. Da sich durch diese Einigung aber umfangreiche Änderungen in der Regierungsvorlage ergeben haben, soll das Pflichtschulerhaltungsgesetz in der im Ausschußantrag niedergeschriebenen Fassung beschlossen werden. Der Ausschußantrag liegt vor und wurde den Fraktionen rechtzeitig zugesandt.

Die wichtigsten Änderungen:

Mit der Aufwertung der Polytechnischen Schule sollte auch die entsprechende Qualität und das entsprechende Lehrangebot gewährleistet werden. Diesem kann aber bei nur einer Klasse an einem Schulstandort nicht entsprochen werden, weshalb die gesetzliche Regelung geändert werden soll und grundsätzlich mindestens zwei Klassen zur Führung einer Polytechnischen Schule erforderlich sind. Im Rahmen der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird auch die gesetzliche Festlegung über die Beistellung und Kostentragung des beigegebenen Pflege- und Hilfspersonals für die Schüler notwendig. Da aber auch Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in Ausnahmefällen eines Pflege- und Hilfspersonals bedürfen, ist eine entsprechende Feststellung dieses Bedarfes durch Gutachten erforderlich. Nach einer Feststellung des Bedarfes durch den Bezirksschulrat soll der jeweilige Schulerhalter für die Beistellung des Personals verantwortlich sein. Ich bitte um Annahme. (21.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (21.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Mit dem Pflichtschulerhaltungsgesetz schließen wir heute den letzten Teil eines Schulpaketes ab, das auf Grund von bundesgesetzlichen Novellen im Schulorganisationsgesetz, im Schulzeitgesetz und im Dienstrechtsgesetz notwendig geworden ist. Wir haben uns in den Ausschußsitzungen, in den Unterausschußsitzungen vor allem, sehr ausführlich mit den notwendigen Änderungen befaßt und auch bezüglich der zu erwartenden Mehrkosten Unterlagen, Informationen, Kostenschätzungen eingeholt. Vor allem zu zwei Punkten, die die Vollziehung der Novellen des Schulorganisationsgesetzes betreffen, haben wir dann eine einvernehmliche Lösung oder einvernehmliche Lösungsvorschläge gefunden, nämlich zu den Polytechnischen Schulen an exponierten Standorten und zur Bereitstellung und Kostentragung von Hilfs- und Pflegepersonal für den integrativen Unterricht von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Ich möchte in meiner Wortmeldung vor allem auf diese neue Polytechnische Schule eingehen und daran erinnern, daß der Polytechnische Lehrgang, der vor dreißig Jahren eingeführt wurde, leider nie ganz diese Akzeptanz gefunden hat, die er verdient hätte, und ich sage dazu, ungerechterweise. Aber von Anfang an hat er einfach nicht den Stellenwert innerhalb unserer Schultypen und Schulenvielfalt gefunden. Es hat immer wieder auch Kritik der Betriebe gegeben, und die Eltern haben ihre Kinder lieber in andere Schulformen geschickt. In der Zwischenzeit sind wir alle mit diesen rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt konfrontiert, die natürlich auch die Anforderungen vor allem zum Berufseinstieg stark geändert haben, und die Erwartungen, die an die Absolventen einer solchen Klasse und vor allem auch die Erwartungen, die die Eltern und die Betriebe an die Schule haben, die haben sich natürlich vor diesem Hintergrund ebenfalls geändert.

Eine solide Allgemeinbildung, eine qualitätsvolle Berufsgrundbildung, Schlüsselqualifikationen, das Zauberwort in unserer heutigen Zeit, und die Orientierung auf neue Berufsfelder, das sind jene Grundlagen, die von den Jugendlichen an dieser Nahtstelle gefordert werden. Nur dann eröffnen sich für sie wirklich gute Chancen auch Lehrstellen zu finden oder auch in weiterführende Schulen überzutreten. Nun hat es vor Beschlußfassung zu dieser Schulorganisationsgesetznovelle im Vorlauf dazu viele Jahre hindurch Schulversuche zum sogenannten „Poly 2000“ gegeben, und es sind von den Lehrerinnen und Lehrern, insbesondere auch von steirischen Schulen, Modelle entwickelt worden, die auf diese neuen Bedürfnisse sehr stark eingegangen sind. Es hat sich gezeigt, daß Schüler beziehungsweise Absolventen dieser „Poly-2000-Schulen“ sehr gerne angenommen wurden. Das heißt, 80 Prozent der Absolventen von diesen Lehrgängen konnten auf Anhieb Lehrstellen finden, und der Zulauf ist auch besser geworden, das heißt, die rückläufigen Schülerzahlen konnten gestoppt werden. Das hat natürlich auch die Lernmotivation der 15jährigen sehr gefördert und mit dazu beigetragen, daß nun tatsächlich ein neuer Poly, die neue Polytechnische Schule, wie sie nun heißt, eingeführt wird. Sie hat sich mit einem verbesserten Praxisbezug von der Berufs-

orientierung hin zur echten Berufsgrundbildung weiterentwickelt. Es ist zu hoffen, daß vor allem diese „Poly-Flüchtlinge“, diese Ausweichschiene in andere Schularten, damit gestoppt werden können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine wichtige Neuerung der neuen Polytechnischen Schule hinweisen, und ich glaube, diese Information muß auch ganz stark an Eltern herangetragen werden, nämlich Absolventen der Polytechnischen Schule mit positivem Abschluß können ohne Zeitverlust in Zukunft und auch ohne Aufnahmeprüfung in berufsbildende mittlere Schulen übertreten. Ich glaube, das ist ein sehr guter Schritt hin zur Verbesserung, wo es geheißen hat, es gibt keine Brücken und Übergänge für diese Schüler.

Ganz kurz zum pädagogischen Konzept: Ganz stark auf die Berufsgrundausbildung ausgelegt wird sehr viel Wert auf Praxisbezug gelegt. Das heißt, es soll verstärkt den Schülern die Möglichkeit eröffnet werden, im Rahmen einer berufspraktischen Woche, von Schnuppertagen und von vielen Kooperationen mit Betrieben, sozusagen die Berufswelt hautnah kennenzulernen. Die schulautonomen Lehrpläne sehen auch sehr viel Freiraum vor, auf regionale und lokale Bedürfnisse einzugehen, und das, glaube ich, ist dann auch das Faszinierende an dieser neuen Schule. Insgesamt sieben Fachbereiche müssen in alternativen Pflichtgegenständen angeboten werden. Metall, Elektro, Bau, Holz, Handel, Büro, Dienstleistungen und Tourismus. Und je nach Schülerzahl und in Abstimmung vor allem mit der Ausstattung, die an der Schule jeweils zur Verfügung steht, sind mindestens drei Fachbereiche anzubieten. Das, was besonders wichtig ist und worüber wir uns im Unterausschuß auch einigen konnten, das ist ein sehr wesentlicher Punkt. Daß diese Fachbereiche nicht nur klassen-, sondern auch schulübergreifend zusammengezogen werden können. Damit bin ich schon bei jenem Teil, wo wir festgestellt haben, daß das Schulerhaltungsgesetz hier auf unsere besonderen Bedürfnisse im Land Steiermark eingehen kann und muß. Nämlich, wenn es darum geht, daß einklassige Polytechnische Lehrgänge, die an Hauptschulen angeschlossen sind, die all diese neuen Anforderungen und inhaltlichen Aufgaben des neuen Lehrplanes nicht mehr erfüllen können und aus dem Grund eigentlich aufgelöst werden müssen, daß die Schüler an zentralen Standorten zusammengezogen werden sollen. An manchen verkehrstechnisch wirklich ungünstigen Schulstandorten und exponierten Lagen ist das den Kindern nicht zuzumuten, daß sie zwei bis drei Stunden täglich im Bus sitzen, nur um an einen Schulstandort zu kommen. Ich denke zum Beispiel an Mariazell, aber auch Bad Aussee und Weißkirchen an der Enns sind Standorte, die mit diesem Problem zu kämpfen haben.

Nun haben wir in der Gesetzgebung ermöglicht, daß diese Kooperation von Schulen möglich wird, daß die Schüler nur einmal in der Woche an einen anderen Schulstandort fahren müssen und dort geblockt diese Fachbereiche angeboten bekommen. Daß sich die Gemeinden dann bezüglich der Kosten der Ausstattung der neuen Unterrichts- oder Werkräume über Vereinbarungen einigen werden, das ist als sicher anzunehmen.

Auf etwas müssen wir in dem Zusammenhang schon noch aufpassen, daß nämlich die Schülerfahrten zu diesen Kooperationsschulen auch in den Rahmen der Schülerfreifahrten fallen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde von der Rechtsabteilung 13 bereits an das zuständige Ministerium geschickt.

Zum Abschluß möchte ich den wirklich engagierten Lehrern an dieser so wichtigen Nahtstelle, hinein in den Beruf, ein herzliches Danke sagen, denn gerade die polytechnischen Lehrer haben es mit Schülern zu tun, die in einer schwierigen Entwicklungsphase stecken, und in der Pubertät sind sie nicht immer leicht zu handhaben. Es ist also wirklich auch den Lehrern zu verdanken, die sich so sehr um das Wohl und Weiterkommen, nicht nur dieses Schultyps, sondern auch der ihnen anvertrauten Schüler so sehr annehmen und sich vor allem immer wieder persönlich auch darum bemühen, daß sie Lehrstellen erhalten, und in vielen Fällen gelingt das auch.

Ich möchte dazu erwähnen – und das mit viel Stolz –, daß es vor allem steirische Lehrer sind, die sich rechtzeitig, schon in den letzten Jahren, darauf extra vorbereitet haben. In eigenen Zusatzausbildungen, und österreichweit führend, wenn es darum geht, daß sie Berufsorientierungs- und Bildungsinformationsseminare absolviert und sich ganz speziell für die neuen Aufgaben ausgebildet haben.

Abschließend etwas sehr Wichtiges, worauf wir immer wieder hinweisen sollten. Die Lehre ist keine Sackgasse! Motivierte und engagierte Absolventen einer Polytechnischen Schule, die in eine Lehre übertreten, haben dann die Möglichkeit, über eine Berufsreifeprüfung auch eine Höherqualifizierung zu erfahren; denen steht auch der Zugang zu einer Hochschule offen. Ich glaube, das müssen wir den jungen Leuten immer wieder sagen, denn noch einmal, lebenslanges Lernen ist etwas, worauf wir nicht früh genug vorbereiten können. Insgesamt hoffen wir alle, daß die Akzeptanz dieser neuen Polytechnischen Schule weiterhin die sein wird, wie sie sich jetzt bereits in den ersten Versuchsjahren gezeigt hat. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 21.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (21.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Frau Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich danke der Kollegin Beutl für die umfangreiche Berichterstattung über die pädagogische Arbeit im Polytechnischen Lehrgang. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, daß gerade diese Schulgattung auch einmal im Mittelpunkt der Betrachtung steht, weil hier wirklich Pionierarbeit geleistet wurde.

Ich darf Ihnen sagen, daß wir in der Ausschusssitzung des Ausschusses für Bildung, Schulen, Kultur und Kindergärten schon am 1. Juli 1997 das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulzeit-Ausführungsgesetz geändert wird, das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz geändert wird, und das Gesetz, mit

dem das Steiermärkische Pflichtschülerhaltungsgesetz geändert wird, sowie das Gesetz, mit dem das Landes-Lehrerdienstrechtsgesetz geändert wurde, dem Unterausschuß zur Beratung zugewiesen haben.

Der Unterausschuß hat nun bereits am 1. Oktober, am 14. Oktober 1997, am 5. November 1997, am 3. Dezember 1997, am 14. Jänner 1998 und zuletzt am 17. März 1998 getagt.

Der Entwurf zum Steiermärkischen Schulzeit-Ausführungsgesetz, der Entwurf des Steiermärkischen Pflichtschulorganisationsgesetzes und das Gesetz, mit dem das Landes-Lehrerdienstrechtsgesetz geändert wurde, haben wir hier im Hohen Haus bereits beschlossen.

Heute, sehr geehrte Damen und Herren, liegt uns das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschülerhaltungsgesetz geändert wird, zur Beschlußfassung vor.

Wir haben im Unterausschuß auch diesen Entwurf ausführlich diskutiert, behandelt, und in der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Bildung und Kindergärten wurde der Entwurf einstimmig zur Kenntnis genommen.

Mit der Schulorganisationsgesetz-Novelle, sehr geehrte Damen und Herren, erfolgt eine stärkere Hervorhebung, wie bereits die Kollegin Burgi Beutl gesagt hat, für den Polytechnischen Lehrgang, der nun Polytechnische Schule heißt und meiner Ansicht nach dadurch auch eine sichtbare Aufwertung erhalten hat. In diesem Zusammenhang erfolgte, wie gesagt, diese Umbenennung.

Der zweite Schwerpunkt, sehr geehrte Damen und Herren, die Schulorganisationsgesetz-Novelle betrifft die Weiterführung der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe eins. Dadurch wurde aber auch eine Regelung der Kostentragung für das Pflege- und Hilfspersonal im Rahmen des ordentlichen Schulsachaufwandes notwendig.

Mit der Novellierung des Pflichtschulgrundsatzgesetzes durch das Bundesgesetz Nr. 232/26 wurde der Ausführungsgesetzgeber auch ermächtigt, Bestimmungen zu erlassen, die die Überlassung für Schulzwecke gewidmeter Baulichkeiten und Liegenschaften für schulfremde Zwecke ermöglicht. Das ist ein länger Wunsch, der immer wieder herangetragen wurde, und nun auch im Gesetz seinen Niederschlag findet.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Aufwertung der Polytechnischen Schule sollte aber, wie gesagt, vor allem auch die Qualität, das entsprechende Lehrangebot in dieser Schule gewährleistet werden.

Im Rahmen der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurde aber auch die gesetzliche Festlegung über die Kostentragung des beigegebenen Pflege- und Hilfspersonals für diese Schüler erforderlich. Diese Kosten sollten ursprünglich im Rahmen des ordentlichen Schulsachaufwandes von den jeweiligen Schulerhaltern, sprich Gemeinden, getragen werden. Von der Rechtsabteilung 13 wurde eine Erhebung, betreffend die Anzahl der derzeit an den steirischen Pflichtschulen durch Hilfs- und Pflegepersonal zu betreuenden Schüler und damit verbundenen Kosten, ermittelt. Auf Grund dieser Erhebungen in

allen steirischen Bezirken - das ist sehr interessant - besteht derzeit bei 384 Schülern an 84 allgemein bildenden Pflichtschulen ein Pflegebedarf während der Unterrichtszeit. Dabei konnten im Laufe des Schuljahres 1997/98 1773 wöchentliche Pflegestunden mit durchschnittlich 122 Schilling pro Pflegestunde ermittelt werden. Sehr geehrte Damen und Herren, damit ergaben sich pro Woche Kosten von 214.533 Schilling. Ausgehend von 40 Schulwochen pro Schüler entsteht ein Betrag von 8.581.000 Schilling beziehungsweise 10.057.000 Schilling unter Berücksichtigung der 17,2prozentigen Dienstgeberwerkvertragsverpflichtung. Umgelegt nun, sehr geehrte Damen und Herren, auf 52 Wochen zuzüglich eines 13. und 14. Monatsbezugs, belaufen sich die Kosten auf rund 12.800.000 Schilling. Aufgerundet kann daher mit jährlichen Gesamtkosten von 15 Millionen Schilling gerechnet werden, von denen das Land 9 Millionen Schilling zu tragen hat.

Und nun ganz kurz zu den wichtigsten Änderungen: Mit der Aufwertung des Polytechnischen Lehrganges sollte, wie ich schon gesagt habe, die entsprechende Qualität und das entsprechende Lehrangebot gewährleistet werden. Diesem kann aber nur, wie schon die Kollegin Beutl festgestellt hat, bei einer Klasse an einem Schulstandort nicht entsprochen werden, weshalb die gesetzliche Regelung geändert wurde. Nur bei exponierten geographischen Randlagen, wurde eben schon erwähnt, und damit zusammenhängend unzumutbar langen Schulwegen können auch ein-klassige Polytechnische Schulen geführt werden. Und damit wurden viele Wünsche, die an die Frau Landesrat und auch an uns herangetragen wurden, erfüllt.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird auch die gesetzliche Festlegung über die Beistellung und Kostentragung des beigegebenen Pflege- und Hilfspersonals für Schüler notwendig.

Da aber auch Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in Ausnahmefällen eines Pflege- und Hilfspersonals bedürfen, ist eine entsprechende Feststellung dieses Bedarfes durch Gutachten erforderlich. Nach einer Feststellung des Bedarfes durch den Bezirksschulrat soll der jeweilige Schulerhalter für die Beistellung des Personals verantwortlich sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Kosten in Verbindung mit der Feststellung des Pflegebedarfes werden auch die Kosten des Pflege- und Hilfspersonals in dem Gesetz im vorgesehenen Ausmaß vom Land, von den Gemeinden des jeweiligen Schulbezirktes zu tragen sein. Der im Gesetz festgelegte Aufteilungsschlüssel beträgt 60 Prozent Land und 40 Prozent Gemeinden.

Ich komme schon zum Schluß. Für die erfolgreichen Verhandlungen im Zusammenhang der Festlegung des Kostenaufteilungsschlüssels darf ich Frau Hofrat Landesrat Dr. Anna Rieder und auch dem Herrn Landesfinanzreferenten Ing. Joachim Ressel herzlich danken. Sehr geehrte Damen und Herren, mit der heutigen Beschlußfassung des Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetzes haben wir die im Unterausschuß am 1. Juli 1997 übertragene Aufgabe erfüllt und alle vier Entwürfe mit ihrer heutigen Beschlußfassung einer positiven Beschlußfassung

zugeführt. Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf nochmals Frau Landesrätin Dr. Anna Rieder für ihre besondere Unterstützung danken, ein besonderer Dank auch dem ehemaligen Chef der Rechtsabteilung 13, Herrn Dr. Alois Urabic, sowie dem neuen Chef Dr. Albert Eigner. Ein ganz besonderer Dank aber auch den Mitgliedern des Unterausschusses für die rege, konstruktive Mitarbeit, ein Dank auch an Frau Mag. Barbara Hiden für die sorgfältige Protokollführung und ein ganz besonderer Dank, sehr geehrte Damen und Herren, auch heute den steirischen Lehrerinnen und Lehrern, den Direktorinnen und Direktoren, und ich möchte das mit ganz besonderem Stolz sagen, die mit Einsatz, Ideenreichtum, Engagement, Vision zum Wohle unserer Kinder und zum Wohle unserer Schule und zum Wohle unseres Landes wirken. Herzlichen Dank. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, ein herzliches Glück auf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 21.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (21.48 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn der Kollege Ussar vor mir spricht und die Frau Kollegin Beutl, dann ist dem pädagogischen Inhalt nichts mehr hinzuzufügen, und die Rede vom Kollegen Ussar war jetzt so schön, daß ich mir fast überlegen mußte, ob ich meinen Wermutstropfen noch anfügen soll. Ich persönlich bin ja froh, daß es gelungen ist, den behinderten Kindern das Recht auf Integration einzuräumen, auch in der Sekundarstufe, und für mich ist das auch ein weiterer kleinerer Schritt in Richtung gelebte Toleranz. Nur, der eine Wermutstropfen betrifft jetzt die Kosten, die durch diese Novelle dem Land und den Gemeinden, insbesondere aber den Gemeinden, erwachsen sind oder erwachsen werden. Der Herr Kollege Ussar hat schon zitiert, daß anfangs in den Unterausschußverhandlungen die Schulerhalter die Kosten zu 100 Prozent übernehmen hätten sollen. Dagegen haben wir uns einmal gewehrt, und ich war der Meinung, daß das Land die 100 Prozent der Kosten übernehmen soll. Nun, die Erhebung hat ergeben, daß 15 Millionen Schilling, wie schon der Redner ausgeführt hat, notwendig sind, damit das Pflege- und Hilfspersonal beigelegt werden kann. Und man hat sich dann geeinigt – Landesrätin Dr. Rieder und Landesrat Ing. Ressel, plus dem Gemeindebund –, daß der Finanzierungsschlüssel nach der Finanzkraft der Gemeinden 60 zu 40 aufzuteilen ist.

Der zweite Wermutstropfen ist vielleicht der verwaltungstechnische Ablauf. Ich kann das als Praktiker vor Ort sagen, als Schulerhalter muß ich jetzt die Ermittlung, die Vorschreibung, die Abrechnung, die Entrichtung der Kosten für das Pflege- und Hilfspersonal sozusagen leisten. Und das sieht so aus, daß ich vor Ort jetzt an die Gemeinden meines Bezirkes die Vorschreibung leisten muß, also verwaltungstechnisch nicht unbedingt fortschrittlich. Die Juristen haben ja gesagt, daß es derzeit keine andere Lösung gibt. Aber, um die Kosten vielleicht doch noch im Rahmen zu halten, hätte ich einen Vorschlag. Wir könnten die ISGS, die jetzt gegründet werden und durch das neue Sozial-

hilfegesetz ja entstehen, dieses Pflege- und Hilfspersonal von den steirischen Trägerorganisationen abdecken und übernehmen. Wir hätten folgenden Vorteil, das heißt die Gemeinden. Wir hätten eine Betreuungssicherheit und keine Probleme bei Urlaubs- und Krankenstandstagen, ich habe vor Ort ein qualifiziertes Personal zur Verfügung, das eine fachgerechte Betreuung sicherstellt, zudem auch eine flächendeckende Sicherstellung. Mittels Leistungsnachweis kann ich auch die Stundenkosten abrechnen. Wichtig ist aber, daß das Personal im Personalstand der Trägerorganisation bleibt und die Gemeinden nicht unbedingt Personal in den Beschäftigtenstand aufnehmen müssen. Die Gemeinden haben den Vorteil, Personal (Hilfspersonal) nicht ganzjährig zu beschäftigen, genaugenommen nur 40 Wochen im Jahr. Somit könnten die Betreuungsstunden von den Trägerorganisationen abgerechnet und sogar administriert werden. Dieses Modell ist aber nur dann umsetzbar, wenn die Landesregierung zustimmt, daß diese Betreuung im Rahmen der mobilen Dienste umgesetzt und durchgeführt wird. Wie schon erwähnt, bin ich froh, daß die Schwächsten unserer Gesellschaft wirklich diese Hilfestellung erhalten, aber weise noch einmal darauf hin, daß wir in Zukunft mehr denn je überlegen müssen, ob die Gemeinden noch mehr finanziell belastet werden können. (Beifall bei der ÖVP. – 21.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort hat Frau Landesrätin Rieder.

Landesrätin Dr. Rieder (21.52 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie werden jetzt in Kürze, anschließend, möchte ich sagen, über die letzte von vier Novellen im Pflichtschulbereich abstimmen, und ich nehme an, diese Novelle wird die Mehrheit bekommen. Die Inhalte dieser Novellen sind uns nur zum Teil durch Bundesgesetze vorgegeben, zum überwiegenden Teil bestehen sie auf Grund der Initiative meines Ressorts. Die Novelle, die heute beschlossen wird, das steiermärkische Pflichtschulerhaltungsgesetz, sieht zwei markante Verbesserungen und Neuerungen vor. Zum Ersten die Aufwertung der Polytechnischen Lehrgänge in Polytechnische Schulen, wobei einerseits die Qualität dieser Schulen angehoben wurde und man vor allem – und das war mir sehr wichtig – auf die geographischen Randlagen der Steiermark bedacht genommen hat und auch die Möglichkeit in diesem Gesetz, die Führung einer Polytechnischen Schule als eine Klasse vorsieht. Die zweite wesentliche Verbesserung ist die Bereitstellung des Hilfs- und Pflegepersonals für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Bisher war es so, daß die Kosten im Pflichtschulerhaltungsgesetz ausschließlich von den Gemeinden getragen wurden. Hier ist es mir gelungen – und ich danke dem Finanzreferenten dafür –, daß wir in diesem Gesetz einen Kostenaufteilungsschlüssel von 60 zu 40 Prozent, Land – Gemeinden des Schulsprengels, verankert haben. Ich habe diese Überlegung getroffen, weil für mich die Möglichkeit bestanden hat, entweder im steiermärkischen Behindertengesetz oder in diesem Pflichtschulerhaltungs-

gesetz dieses kostenlose Angebot sicherzustellen. Ich habe mich für den Schulbereich entschieden, weil ich meine, daß die Schule für alle Schülerinnen und Schüler kostenlos sein soll und daß man da keine Unterschiede machen soll. Wenn Sie, Herr Abgeordneter Tschernko, gesagt haben, ein Wermutstropfen findet sich für Sie im Gesetz, dann kann ich das eigentlich nicht verstehen. Einen Wermutstropfen hätte ich nur dann gesehen, wenn Sie als Gemeindefunktionär oder die Gemeinden zur Gänze für diese Kosten aufzukommen hätten, aber so zahlen sie nur 40 Prozent. Ich hätte mir eher ein Danke erwartet und daß Sie sich freuen, daß diese Kostenaufteilung kommt. Und wenn Sie sagen, der zweite Wermutstropfen besteht darin, daß der Verwaltungsaufwand ein sehr großer ist, nämlich die Abrechnung zwischen dem Land und den Gemeinden eines Schulsprengels, dann kann ich das verstehen. Mir tut es leid, daß die Beamtenschaft keine verwaltungsmäßig einfachere Lösung anbietet. Wenn Sie meinen, das Hilfs- und Pflegepersonal könnte von den mobilen Diensten, die wir jetzt im neuen Sozialhilfegesetz verankert haben, angeboten werden, so gebe ich Ihnen vollkommen recht. Ich habe, wie ich einmal beim Unterausschuß eingeladen war, diesen Vorschlag gemacht, und es ist Sache der Gemeinden, Herr Abgeordneter, in welcher Form dieses Hilfs- und Pflegepersonal angeboten wird, und nicht Sache des Landes.

Sie müssen nur in Ihrem Schulsprengel die entsprechenden Beschlüsse der Bürgermeister und Gemeinden herbeiführen.

Ich glaube, daß wir in diesen Gesetzen sehr gut vorgegangen sind, daß wir auch sehr rasch zu einer Beschlussfassung gekommen sind, deshalb ganz kurz mein Dank an die Beamtenschaft der Rechtsabteilung 13 mit ihrem Vorstand Dr. Eigner. Ein Dank vor allem an Sie, daß die Parteienverhandlungen so rasch und in einem sehr guten und konstruktiven Klima abgelaufen sind. Mein besonderer Dank dem Vorsitzenden.

Ein Wort zum Schluß. Die besten Gesetze helfen nichts, wenn sie nicht mit einem entsprechenden Leben erfüllt sind. Daher ein Danke an die steirische Lehrerschaft, die sich immer wieder bemüht, unseren steirischen Kindern ein entsprechendes Wissen beizubringen und ihnen zu helfen, daß sie im späteren Leben entsprechend bestehen können. Ein herzliches Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 598/6, zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Heibl, Tschernko, Dr. Wabl, Keshmiri und Porta, betreffend Hallenbad Leibnitz.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (21.57 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 598/6, der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Heibl, Tschernko, Wabl, Keshmiri und Porta, betreffend Hallenbad Leibnitz.

Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut: Den Schülern der Bezirke Leibnitz, Radkersburg und Deutschlandsberg sollte in ihrer Heimatregion eine Schwimmbildung ermöglicht werden. Die Möglichkeit bestünde durch die Adaptierung des Tauchbeckens der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring.

Die Steiermärkische Landesregierung wurde aufgefordert, zu prüfen, ob für die Schüler in den Bezirken Leibnitz, Deutschlandsberg und Radkersburg ein konkreter Bedarf an einer Schwimmbildung in den Monaten September bis Mai besteht.

Weder der Bezirksschulrat des Bezirkes Deutschlandsberg noch der Bezirksschulrat von Radkersburg sehen die Notwendigkeit einer Adaptierung des Hallenbades Lebring. Der Bezirksschulrat Leibnitz stellt fest, daß zurzeit eine wünschenswerte Schwimmbildung nicht möglich ist. Der Besuch von Hallenbädern wäre zu kostenintensiv und mit langen Fahrzeiten verbunden.

Abschließend wird noch festgehalten, daß für eine schulische Mitbenützung des Hallenbades der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring Investitionen in der Höhe von mindestens 5 Millionen Schilling notwendig sind. Eine gesicherte und regelmäßige Nutzung der Anlage scheint im Hinblick auf ihren primären Verwendungszweck nicht möglich. Die Betriebskosten und der zusätzliche Aufwand für eine den Sicherheitsrisiken entsprechende Aufsicht der Schülerinnen und Schüler wäre unverhältnismäßig hoch.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Februar 1998 den Antrag, der Landtag möge beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Heibl, Tschernko, Wabl, Keshmiri und Porta, betreffend Hallenbad Leibnitz, wird zur Kenntnis genommen. (22.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Danke, Frau Berichterstatterin.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (22:00 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Damen und Herren!

Jedes Ding hat zwei Seiten. Einerseits gibt es die Bevölkerung und den dringenden Wunsch der Bevölkerung, im Bezirk Leibnitz auch die Möglichkeit zu bekommen, im Winter eine Schwimmbildung durchzuführen. Andererseits gibt es ein Hallenbad bei uns in der Landesfeuerwehrschule mit 25 mal 10,6 Meter, was die größte Wasserfläche in den drei Bezirken darstellt, außer wir nehmen die Therme Radkersburg, wo nicht unbedingt eine Schwimmbildung möglich ist.

Wenn man die beiden Stellungnahmen anschaut, die erste, die darauf abzielt, daß es eigentlich kaum möglich ist, daß es viel Geld kostet, daß man investieren muß, daß eigentlich nur wenige Tage zur Verfügung stehen, und Probleme dieser und Probleme jener Art, und die zweite Stellungnahme der Schulen der drei Bezirke, wobei im Bezirk Leibnitz schon ein konkreter Bedarf für eine Schwimmbildung gegeben wäre. Wir haben im Bezirk Leibnitz nur ein einziges Schwimmbad in der Schule in Gleinstätten. Das ist nur für diese Gemeinde nutzbar und sonst für keine andere Schule im Bezirk. Auch die Radkersburger müssen relativ weit fahren, nach Pinkafeld, ebenso auch die Deutschlandsberger. (Abg. Schleich: „Feldbach?“) Feldbach auch nicht. Ja, nach Pinkafeld, sogar ins Burgenland hinüber.

Ich habe bereits bei meinen mehreren Besuchen in der Feuerweherschule feststellen müssen, daß unten in diesem Fall wenig Bereitschaft besteht, irgendwas zu machen. Das tut mir in dieser Richtung sehr leid, weil die Landesfeuerweherschule - sehr gut, daß die Frau Landeshauptmann auch gekommen ist - ein sehr offenes Haus ist. Sie waren ja auch schon des öfteren unten, und sehr viele Organisationen, vom Roten Kreuz, über das Bundesheer, Gendarmerie und weiß Gott was, die Möglichkeit bekommen, dieses Haus zur Ausbildung zu nutzen und zur Weiterbildung ihrer Leute.

Nur allein bei diesem Problem, da beißen sich scheinbar alle regionalen Politiker, die das weiter treiben wollen beziehungsweise auch die Bürgermeister die Zähne aus. Dort kommt man nicht hinein, dort gibt es keine Möglichkeit, und da kann die Bevölkerung sich des öfteren fragen, daß hier ein Bad fast das halbe Jahr leer steht, das man mit 5 bis 6 Millionen Schilling adaptieren könnte. Über einen Neubau zu diskutieren ist nicht notwendig, weil das kostet zumindest das Zehnfache.

Ich glaube schon, daß es bei einem geringen Willen aller Beteiligten die Möglichkeit geben sollte, diese Investitionen vorzunehmen, diesen besseren Ausbau des Bades, das heißt das Absenken oder das Aufheben des Tiefbeckens, eine neue Umkleidekabine und eine weitere Verbesserung der Infrastruktur. Es gäbe auch eine Möglichkeit der Zufahrt, das Hallenbad ist, wer den Ort kennt, abgesetzt ein bißchen von der Schule. Und es ist auch nicht so, daß ständig Übungen stattfinden, daß damit die Schüler gefährdet wären. (Abg. Gennaro: „Du, tummle dich, ich möchte schwimmen gehen!“) Du möchtest schwimmen gehen, das ist sehr schön. Hoffentlich gehen wir gemeinsam einmal dort hin. Wenn du heute mitstimmst, dann können wir gemeinsam schwimmen gehen.

Es ist ja nicht nur das einzige, daß das Hallenbad nicht benützt werden darf dort unten, es gibt ja noch ein kleines Schmankerl, das ich bei meinem Besuch festgestellt habe. Gleich im Anschluß an das Hallenbad gibt es auch eine Sauna, was logisch ist. Diese Sauna darf aber keiner benützen. Die Sauna steht das ganze Jahr leer. Da dürfen nur die Taucher ab und zu hineingehen, sich anwärmen.

Also, ich frage mich schon, wofür haben wir Einrichtungen geschaffen um weiß Gott wie viele Millionen Schilling, und da sitzen ein paar drauf wie die

Bruthennen, Entschuldigung, daß ich diesen Ausdruck so verwende, und lassen hier keinen hinein, weder in die Sauna noch in das Hallenbad.

Also, ich würde schon ersuchen, daß man vielleicht diese Investition tätigt und die Möglichkeit gibt, mit einer genauen Absprache, zumindest den Schülern des Bezirkes - (Abg. Vollmann: „Kollege!“) Schau, ich muß dich ja ein bißchen überzeugen, du überzeugst mich sonst ja auch immer. Aber nachdem es der Kollege Vollmann schon unbedingt fordert, stelle ich den Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Tauchbecken in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring für eine Schwimmbildung im Rahmen des Schulunterrichtes zu adaptieren und durch eine genaue Zeiteinteilung die gemeinsame Nutzung dieser Einrichtung durch die Feuerwehr- und Zivilschutzschule und die Schulen des Bezirkes sicherzustellen. Ich ersuche um Annahme des Antrages. (Beifall bei der FPÖ. - 22.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (22.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muß schon etwas relativieren. Deiner Forderung, Herr Kollege Wiedner, ein Hallenbad in unserem Bezirk zu errichten, kann ich voll und ganz zustimmen. Die Kosten hierfür von 40 bis 80 Millionen Schilling, die eine oder mehrere Gemeinden aufbringen müßten, wurden abgelehnt, Punkt eins.

Punkt zwei. Daß das Tauchschwimmbecken in der FF Lebring ein halbes Jahr leersteht, ist für mich eine zu pauschale Behauptung. Eine Untersuchung von der Rechtsabteilung 12, Rechtsabteilung 13, Fachabteilung IV a, vom Landesschulrat für Steiermark, Landesfeuerwehrverband und der Abteilung für Katastrophenschutz hat zum Ergebnis geführt, daß das Tauchlehr- und Schwimmbecken sehr wohl ausgelastet ist. Eine Freikapazität von nur mehr 84 Tagen im Jahr ist gegeben. (Abg. Schinnerl: „Da lachen ja die Hühner!“) Bitte, hier ist dieses Untersuchungsergebnis, und auf dieses kann ich mich stützen. Das heißt, es geht hier nicht nur um die Auslastungsfrage.

Zusammenfassend kann ich sagen, es spielt die Wassertemperatur für die Einsatztauchausbildung eine Rolle, die Wassertiefen, die Auslastung des Tauchbeckens, die Aufstockung der Wasserdienstlehrgänge in der Zukunft, ebenso die vorgeschriebenen Sanitär- und Erste-Hilfe-Räume sowie die weiteren Betriebskosten. Somit können wir deinem Antrag nicht zustimmen, wohl aber, daß wir im Bezirk gerne ein Hallenbad hätten. (Beifall bei der ÖVP. - 22.08 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 598/6. Wenn Sie zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zweitens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Hallenbad Leibnitz. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Handzeichen. Danke, ich verzichte auf die Gegenprobe.

Ich stelle fest, daß der Antrag leider nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

Wir kommen somit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 740/1, der Abgeordneten Dr. Karisch und Pußwald, betreffend Versicherungsombudsmann.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (22.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der gegenständliche Antrag verweist auf die große Unübersichtlichkeit und Undurchschaubarkeit des Versicherungsmarktes für den Konsumenten nach der Liberalisierung und wünscht sich als Lösung eine klare Regelung des Versicherungsverkaufes und die Einsetzung eines Versicherungsombudsmannes durch die privaten Versicherungsunternehmen nach Schweizer Vorbild.

Namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge erstens dem Nationalrat ein Versicherungsvertriebsgesetz vorlegen, das die Rahmenbedingungen für den Versicherungsverkauf regelt und worin unter anderem die Selbständigkeit, die beruflichen Mindestanforderungen und eine entsprechende Haftung für den Makler festgelegt werden, und zweitens für die Einrichtung eines Versicherungsombudsmannes nach Schweizer Muster Sorge tragen, der als unabhängige Auskunft- und Vermittlungseinrichtung agiert und Beschwerden im Versicherungsbereich prüft. (22.10 Uhr.)

Präsident: Danke. Ich erteile der Frau Berichterstatterin auch das Wort als Rednerin.

Abg. Dr. Karisch (22.10 Uhr): (Abg. Gennaro: „Fordern Sie eine Versicherungsombudsfrau?“) In der Schweiz gibt es eine Versicherungsombudsfrau, ob Mann oder Frau, wie auch immer.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Mitgliedschaft der Europäischen Union hat uns Österreichern einen Paradigmenwechsel im Konsumentenrecht beschert. Während früher in Österreich alles sehr genau geregelt und kontrolliert war und die Konsumenten sich darauf verlassen haben und konnten, daß von oben alles geregelt ist und daß die Qualität und die Richtigkeit der Produkte stimmen, ist heute der mündige Konsument gefragt. Die Liberalisierung des Marktes brachte einen Wettbewerb und viele neue Produkte mit sich. Produkte, die nicht gut oder schlecht, mehr oder weniger sinnvoll sind. Der Konsument muß selbst entscheiden, was er will, er muß sich orientieren. Eine

exakte Deklaration soll ihm dabei helfen. Dieses Prinzip gilt grundsätzlich auch für den Versicherungsmarkt.

Neue Versicherer bieten heute eine Vielzahl von Produkten an. Es gibt keine staatlich genehmigten Versicherungsbedingungen mehr. Der Konsument ist auf sich allein gestellt. Die Begriffsdefinitionen sind sehr unterschiedlich. Jeder Anbieter verwendet eigene Bezeichnungen, die Produkte lassen sich oft nur sehr schwer vergleichen. Der Markt ist undurchschaubar geworden, es gibt viel Werbung und nur wenig echte Information. Die österreichischen Versicherungskunden, die sich immer darauf verlassen haben, daß alles von oben kontrolliert wird, tun sich nun schwer. Auch die Vertriebswege der Versicherungen sind nicht immer klar zu erkennen. Es gibt drei Arten von Versicherungsvertretern, erstens den angestellten Außendienstmitarbeiter, für den die Versicherung haftet, wenn er einen Fehler macht. Zweitens einen Agenten, der selbständig für eine Versicherung arbeitet, auch für ihn haftet die Versicherung, und drittens den selbständigen und auch unabhängigen Versicherungsmakler. Doch hier fängt es für den Konsumenten oft an, schwierig zu werden. Es gibt Makler, die immer und fast ausschließlich für ein- und dieselbe Versicherung tätig sind oder nur für ganz wenige Versicherungsanstalten, weil sie dorthin gute Geschäftsbeziehungen haben und wahrscheinlich auch eine entsprechende Provision erhalten. Ein solches Naheverhältnis eines sogenannten selbständigen Maklers zu einem Versicherungsunternehmen ist in Österreich für den Konsumenten nicht immer erkennbar. In anderen Ländern, zum Beispiel in Italien oder in den Beneluxländern, darf ein Makler nicht mehr als 30 oder 35 Prozent seines Geschäftsvolumens bei einer Versicherung haben, um als selbständig zu gelten. Eine solche Bestimmung gibt es in Österreich nicht. Ein zweiter Schwachpunkt im Maklerwesen: Was ist, wenn er einen Fehler macht? Für die ersten beiden genannten Agenten haftet das Versicherungsunternehmen. Der selbständige Makler hat eine Begrenzung seiner Haftung, nämlich die Auflage einer Pflichtversicherung mit einer Million Schilling, und das, meine Damen und Herren, ist zu wenig. Das ist schon bei einer fehlerhaften Beratung bei einem Einfamilienhaus nicht genug.

Vor wenigen Tagen war ein Bericht des Ombudsmannes in der „Kleinen Zeitung“ mit der Überschrift „Wer liest und versteht denn Versicherungsbedingungen?“, und er schreibt darin von „Stammelschachtelsätzen“, die für Konsumenten nicht mehr durchschaubar sind.

Meine Damen und Herren, was könnte man machen, daß es die österreichischen Versicherungskunden ein bißchen leichter haben? Erstens klare und gesetzliche Rahmenbedingungen für diesen freien Markt. Ich möchte den freien Markt, ich möchte den Wettbewerb, aber es gehören gewisse Eckpfeiler eingerammt. Dazu gehört eine klare Regelung des Versicherungsvertriebes, an der sich der Konsument orientieren kann. Er muß erkennen können, mit wem er es zu tun hat, ob das ein selbständiger Makler ist oder ob das ein Versicherungsagent oder ein Vertreter ist.

Und das Zweite ist die Einrichtung eines Ombudsmannes. Keine Sorge, ich möchte keine zusätzliche staatliche Stelle. Ombudsleute lassen sich auch auf privater Ebene organisieren. Mir schwebt hier die Schweiz als Beispiel vor, wo es eine Stiftung der Privatversicherungen schon seit den siebziger Jahren gibt, und diese hat sich sehr bewährt. Ein unabhängiger Ombudsmann, der von den Privatversicherungen bezahlt wird, berät Konsumenten, vermittelt, und – er hat auch eine wichtige Funktion für die Versicherungen – er gibt den Versicherungen Rückmeldungen, und das Versicherungswesen hat sich dort sehr gebessert. In Österreich gibt es dazu einen kleinen Ansatz beim Verband der Versicherungsanstalten in Wien, allerdings ist dort diese Beschwerdestelle nicht unabhängig.

Meine Damen und Herren, ich bin mir klar, daß ich nicht sehr viel bewegen kann. Mit dem heutigen Antrag wollen wir auf das Problem aufmerksam machen, daß Konsumenten gewisse Hilfestellungen und etwas mehr Licht im Dschungel eines sehr großen und unübersichtlichen Versicherungsmarktes brauchen. Wir können dieses Problem nicht im Land Steiermark lösen, es ist eine Bundeskompetenz. Auch der Verband der privaten Versicherungsunternehmen hat seinen Sitz in Wien.

Ich ersuche Sie um Ihre Unterstützung für diesen Antrag zugunsten der Konsumenten. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 22.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollege Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (22.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie schon in der Ausschusssitzung ausgeführt, haben wir mit diesem Antrag keine besondere Freude, und dies aus mehreren Gründen.

Zum Punkt eins des Antrages, an den Nationalrat heranzutreten, ein Versicherungsvertriebsgesetz vorzulegen, wäre zu sagen, daß ein Versicherungsvertragsgesetz derzeit schon besteht, das eine Harmonisierung der derzeitigen Versicherungen vorsieht. Es gibt auch durch den freien Wettbewerb, den wir jetzt mit Europa haben, und das ist ja auch ein Teil der freien Marktwirtschaft, die man sich allerseits gewünscht hat, der führt jetzt dazu, daß das Angebot sich vergrößert hat und Monopolstellungen von Versicherungen gefallen sind. Das heißt also, daß wir hier einen breiteren Zugang zu Leistungen haben, auch dort ein Wettbewerb besteht und der Kunde durchaus eine bessere Wahlmöglichkeit hat. Staatliche Tarife und Produktkontrolle in dem Fall gibt es nicht mehr.

Maklerverträge gibt es sehr wohl, die gibt es über Vertretung von mehreren Versicherungen, von einer Versicherung, und es ist ja auch so, wie Exklusivverträge, zum Beispiel ein VW-Händler, der VW-Autos verkauft, durchaus auch andere Autos reparieren kann, und da kommt es eben auf die zu vergebenden Leistungen an.

Was die Ausbildung betrifft, ist bei den Maklern längst vorgesorgt. Es gibt bereits die entsprechenden Voraussetzungen. Akademisch geprüfter Versiche-

rungskaufmann und die Konzessionsprüfung, das ist bereits geklärt. Dazu ist keine Notwendigkeit mehr gegeben.

Was vor allem die Haftung betrifft, da muß ich dazu sagen, es gibt auf der einen Seite eine Produkthaftung, und der Versicherungsmakler bietet ja nur ein Angebot an, das von einer anderen Versicherung getragen wird. Natürlich kann man darüber reden, inwieweit man den Maklern Beschränkungen auferlegt, inwieweit sie nur ein Produkt oder mehrere Produkte vertreten können.

Auch der Versicherungsvertreter, Frau Kollegin Karisch, ist ja nichts anderes als ein Makler, nur makelt er mit einem Produkt. Es ist genau dasselbe bei Immobilien, bei allem anderen. Es gibt also verschiedene Zugänge dazu, nur, wir haben uns gewünscht, daß diese Freiheit kommt, und ich glaube, daß es diese Freiheit auch geben soll. Daß es eine Kontrollinstanz geben soll, halte ich für nicht notwendig, es soll eine Beschwerdeinstanz geben.

Wir müssen uns, und das ist ganz klar, langsam aber sicher daran gewöhnen, daß wir bei allen Produkten lernen, auch das Kleingedruckte zu lesen – das haben wir früher schon müssen –, und jeder, der einen Vertrag unterschreibt, ist dazu tunlichst angehalten, und das betrifft nicht nur die Versicherungen, sondern jeden Mietvertrag und alles andere, damit er dem zugute kommt. Es gibt einen Konsumentenschutz, es gibt andere Bereiche, die das tun.

Der Versicherungsombudsmann nach Schweizer Muster, der Ihnen vorschwebt, ist zwar keine Belastung für den Staat, das sehe ich schon ein, nur, wir fangen bei einem an, und das wird sich fortsetzen, und wir haben nur mehr Ombudsmänner, weil dadurch auch die Aufmerksamkeit oder das Bewußtsein, das Unmittelbar-auf-die-Dinge-Eingehen, bei der Bevölkerung dadurch hintangehalten wird, weil sie immer wieder sagen kann, wenn es mir nicht paßt, kann ich mich ja irgendwo beschweren.

Ich glaube, daß wir mit dem Schritt nach Europa auch einen Schritt im Sinne der Reife des Bürgers zu machen haben, der, wenn er einen Vertrag unterschreibt, dafür zu sorgen hat, daß er auch das, was er unterschreibt, erkannt und gelesen hat.

Die Vielfalt der Versicherung hilft dem Versicherungsnehmer auf der einen Seite. Es gibt aber auch Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Ich kann mir heute zum Beispiel bei einer englischen Versicherung mein Auto versichern lassen. Ich unterschreibe dort einen Vertrag in englischer Sprache, wenn es darauf ankommt. Ich kann mir auch ein Auto in England kaufen, und dazu gehört dann auch, daß ich die Sprache verstanden habe oder daß ich alle anderen Voraussetzungen erfülle. Dann zu sagen, ich habe das Kleingedruckte nicht gelesen, und bin aufs Kreuz gelegt worden, ist zwar sehr schön, nur wir wollen auch erreichen, daß der Bürger mündig genug ist, um sein Schicksal in die Hand zu nehmen. Und wenn wirklich etwas schiefgeht, dann bitte gibt es diesen Instanzenbereich, mit dem wir leben können und leben sollen.

Sie haben recht, es ist ein Antrag an die Bundesregierung, dessen Schicksal ich voraussehen kann. Ich bin aber trotzdem der Meinung, daß wir uns dieses Schicksal ersparen können. (Beifall bei der FPÖ. – 22.21 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 23 und 24 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, daß wir diese beiden Punkte gemeinsam behandeln, jedoch getrennt abstimmen.

Wenn Sie dem zustimmen können, bitte ich Sie wiederum um ein Handzeichen.

Danke! Ich stelle die Annahme fest.

Ich komme zum Punkt

23. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 742/1, betreffend den letzten Vierteljahresbericht 1997 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (22.22 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In dem letzten Vierteljahresbericht 1997 wird berichtet:

erstens über den Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark im Hinblick auf das EWR-Abkommen und die EU-Mitgliedschaft Österreichs Anfang Jänner 1998; zweitens über wichtige Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene seit Oktober 1997; drittens über Maßnahmen Österreichs beziehungsweise der Steiermark im Hinblick auf die Europäische Union.

Im Kapitel zwei erscheint erwähnenswert die Plenartagung am 19./20. November 1997 in Brüssel, wo Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic im Ausschuß der Regionen zum Thema „Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der beitragswilligen Länder Mittel- und Osteuropas“ berichtet hat.

Interessant weiters die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3./4. Dezember 1997 zur Erweiterung, wo das Europäische Parlament besonders die Betroffenheit von Regionen mit Außengrenzen zu Beitrittskandidaten sowie die daraus resultierende Notwendigkeit der besonderen Unterstützungen über Programme und Mittel anerkennt, um abrupte Veränderungen in der Wettbewerbssituation zu vermeiden.

Im dritten Kapitel wird vor allem über die Öffentlichkeitsarbeit in Europaangelegenheiten in der Steiermark berichtet und über die Auswirkungen der EU-Regionalpolitik auf die Steiermark, Stand der EU-Förderung per 1. Dezember 1997 sowie über die Agrarförderung in der Steiermark aus EU-, Bundes- und Landesmitteln. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (22.24 Uhr.)

Präsident:

24. Selbständiger Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Einl.-Zahl 797/1, über seine Tätigkeit im Jahre 1997.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (22.24 Uhr): Der Ausschuß für Europäische Integration hat in seiner letzten Sitzung am vergangenen Dienstag Ihnen empfohlen, seinen Selbständigen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte um Kenntnisnahme. (22.24 Uhr.)

Präsident: Danke sehr.

Keine Wortmeldung.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 742/12, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 797/1, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 473/1, Beilage Nr. 60, Gesetz, mit dem das Ortsbildgesetz 1977 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (22.25 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung stellt den Antrag, der Landtag wolle folgende Änderungen im Ortsbildgesetz beschließen:

Paragraph 2 Absatz 3 vorletzter Satz lautet:

„Vor Beschlußfassung ist das Ortsbildkonzept mit dem örtlichen Entwicklungskonzept und dem Flächenwidmungsplan abzustimmen und die Ortsbildkommission zu hören.“

Paragraph 7 Absatz 4 entfällt.

Paragraph 11 Absatz 1 lautet:

„(1) Die Landesregierung hat Sachverständige zu bestellen, die über Fachkenntnisse auf dem Gebiet des Ortsbild- und Landschaftsschutzes verfügen müssen (Ortsbildsachverständige) und diese in ein Verzeichnis aufzunehmen. Die Gemeinde hat aus diesem Kreis jeweils für die Dauer von zwei Jahren einen Ortsbildsachverständigen und für den Fall dessen Verhinderung zumindest einen Vertreter auszuwählen, den sie gemäß Paragraph 10 Absatz 1 heranzuziehen hat. Wird diese Auswahl nicht widerrufen, gilt sie jeweils auf ein weiteres Jahr als verlängert.“

Paragraph 11 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Ihre Ernennung ist zu widerrufen.“

Paragraph 12 Absatz 2 litera d lautet:

„dem Bürgermeister oder einem von ihm bestellten Vertreter der Gemeinde, deren Belange das Schutzgebiet betrifft und dem Ortsbildsachverständigen dieser Gemeinde.“

Paragraph 19 Absatz 2 lautet:

„(2) Auf Grund des Paragraphen 4, in der bis zum Inkrafttreten dieser Novelle (Paragraph 21) geltenden Fassung vorgenommenen Ersichtlichmachungen sind auf Antrag des Grundeigentümers von der für die Ersichtlichmachung im Grundbuch verantwortlichen Gebietskörperschaft im Grundbuch löschen zu lassen.“

Ich bitte um Annahme. (22.26 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter. Keine Wortmeldung. Wer zustimmt, den bitte ich um Handzeichen. Danke.

Der Antrag ist angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen. Guten Abend!

Die Sitzung ist geschlossen. Guten Abend! (Ende der Sitzung: 22.27 Uhr.)